

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilagen Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Salzstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 8. Fernsprecher 902.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf., für Ausland 1 Mk. 25 Pf. Einzelhefte 20 Pf. Bei den Postämtern 25 Pf. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die sechsstelligen Zeilen 10 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtteil Seite 50 Pf., Post-Bestellungsliste Seite 200.

Nr. 91.

Magdeburg, Freitag den 20. April 1906.

17. Jahrgang.

Dreiklassenwahlstatistik.

In den Tagen des Wahlrechtskampfes der preussischen Arbeiter sind die statistischen Ergebnisse des elendesten aller Wahlsysteme schon häufig besprochen worden. Jeder Zeitungsläser kennt die Schönheiten dieses Wahlsystems, weiß, wie in ihm der volle Geldsack die Arbeit und die Intelligenz unterdrückt, und ist darüber orientiert, wie wenig die ausfallgebende Stellung der reaktionären Parteien im Parlament ihrer Anhängererschaft im Volke entspricht. Ueber diese Vergewaltigung aller politischen Moral und Umkehrung jeglicher staatsrechtlichen Vernunft, die sich in der Statistik der Wähler und Gewählten widerspiegelt, läßt sich beim besten Willen nichts Neues mehr sagen. Wenn irgend ein Dunkelmann, und hiesse er selbst Metternich oder Bobjedonoff — um von den kleinen Kopien dieser würdigen Vorbilder, den Bethmännern und Bülow's, ganz zu schweigen — den Auftrag erhielte, ohne Modest, rein als Ausgeburt reaktionärer Phantasie ein Wahlrecht zu schaffen, das alle Widerständigkeit, Ungerechtigkeiten und Vernunftwidrigkeiten in sich verkörpert, auf das Dreiklassenwahlrecht in der Form, die es in den 55 Jahren seines Bestehens angenommen hat, wäre keiner von ihnen gekommen. Menschliche Niedertracht reicht nicht aus, ein Wahlrecht zu erdenken, das so im Widerspruch zu aller Vernunft steht, wie das Dreiklassenwahlrecht, das auch besser war wie es geschaffen wurde wie heute, nachdem ein halbes Jahrhundert die wirtschaftliche Struktur Preußens von Grund aus gewandelt hat, während das Wahlrecht das einzig Feste in dem Fluß dieser gewaltigen Entwicklung geblieben ist.

Muß es so als unmöglich erscheinen, zu den Hauptmängeln gegen das Dreiklassenwahlrecht neue durch eine Besprechung der Statistik der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus hinzuzufügen, so ist es doch möglich, die bisher schon bekannten Tatsachen schärfer herauszuarbeiten, nachdrücklicher die Verfehrtheiten des ganzen Wahlsystems zu betonen. Es ist in diesen Tagen im Verlage des „Vorwärts“ eine Schrift*) erschienen, die sich diese Aufgabe setzt und in befriedigender Weise löst. Der Verfasser, der Genosse Paul Girsch, hat die Schrift im Auftrage des Parteivorstandes verfaßt, sie soll der Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht dienen und müßte zum mindesten von allen den Parteigenossen gelesen werden, die agitatorisch tätig sind. Wir können es uns hier versagen, Einzelheiten aus dem Inhalt des ersten allgemeinen Teiles wiederzugeben, da dessen Wert nicht in der Reinheit der gewonnenen Resultate, sondern in der übersichtlichen Zusammenstellung und zahlenmäßigen Begründung der himmelschreienden Ungerechtigkeiten dieses sogenannten Wahlrechts besteht. Doch mag hier eine der von Girsch zusammengestellten Tabellen Platz finden, da sie besser wie viele Worte zeigt, weshalb das Dreiklassenwahlrecht so energisch von den offenen und verkappten Reaktionen verteidigt wird. Bei der zweiten Lesung der „Wahlreformvorlage“, die jetzt dem Landtag zur Beschlußfassung unterbreitet ist, meinte der Freikonservative Gamp, selbst bei Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen würde die Zusammenfassung des Landtags sich nicht wesentlich ändern. Die Freisinnigen würden 6, das Zentrum 7, die Sozialdemokraten 32 Sitze gewinnen. Im ganzen würden nur 50 Wahlen anders ausfallen. Es ist müßig, dem Herrn auseinanderzusetzen zu wollen, weshalb seine Rechnung falsch ist. Daß sie aber falsch ist, lehrt folgende Tabelle, die zeigt, wieviel Abgeordnete die einzelnen Parteien im Landtage haben und wieviel sie im Verhältnis zur Zahl ihrer Erwähler haben müßten.

	Es haben Abgeordnete	Es müßten haben Abgeordnete
Konservative	143	84
Freikonservative	60	12
Nationalliberale	74	66
Freisinnige Volkspartei	8	4
Freisinnige Vereinigung	25	19
Zentrum	97	65
Polen }	14	47
Dänen }	7	55
Sonstige Parteien	7	55
Sozialdemokraten	0	81

Da aus der Wahlstatistik die Parteistellung aller Erwähler nicht zu ersehen ist, leidet die Tabelle an einigen Ungenauigkeiten. Aber darauf kommt es nicht an. Was sie mit mühsenswerter Deutlichkeit lehrt, das ist, daß beim Dreiklassenwahlrecht die konservativen Parteien, die National-

liberalen und das Zentrum sich auf Kosten der Sozialdemokraten und Polen gewaltig bereichern. Ganz anders, wie Herr Gamp erzählt, wirkt das Dreiklassenwahlrecht, das macht es aber auch begreiflich, daß die begünstigten Parteien es mit Klauen und Zähnen verteidigen, ungeachtet einzelner zahmer Verdammungsurteile aus Zentrumsmunde.

Im zweiten Teile seiner Schrift vergleicht Girsch die Ergebnisse des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum Reichstag mit denen des preussischen Dreiklassenwahlrechts, wobei natürlich nur die Wahlkreise berücksichtigt werden konnten, in denen eine nennenswerte Zahl von Landtagswählern sozialdemokratisch stimmte. Für unseren Regierungsbezirk kommen die folgenden Wahlkreise in Betracht:

Magdeburg: Bei den Reichstagswahlen wurden 42 127 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten: Sozialdemokraten 20 781 (49,5 Prozent), Nationalliberale 15 710 (37,3 Prozent), Mittelstandspartei 4696 (11,2 Prozent). Bei der Landtagswahl wählten in der ersten Abteilung 559, in der zweiten 2274, in der dritten 16 068 Erwähler 647 nationalliberale und 145 sozialdemokratische Wahlmänner. 10 228 nationalliberale Erwähler = 54 Prozent der Abstimmenden wählten zwei Abgeordnete, 8215 sozialdemokratische Erwähler = 43 Prozent der Abstimmenden bleiben unvertreten. Auf jeden sozialdemokratischen Wahlmann kamen 57, auf jeden nationalliberalen dagegen nur 16 Erwähler, jede nationalliberale Stimme wiegt dreiviertel so schwer wie jede sozialdemokratische.

Ferichow 1 und 2. Von 25 132 Stimmen bei der Reichstagswahl erhielten die Sozialdemokraten 8140 (32,4 Prozent), die Konservativen 10 430 (41,5 Prozent), die Freisinnige Volkspartei 6480 (25,8 Prozent). Bei der Landtagswahl wählten 703 Erwähler oder 21 Prozent sozialdemokratisch, 1786 (54 Prozent) konservativ, 470 (14 Prozent) nationalliberal. Die Konservativen, die bei der Reichstagswahl nur 41,5 Prozent der Stimmen erhalten hatten, erzielten bei der Landtagswahl die absolute Mehrheit der Erwähler.

Wolmirstedt - Neuhaldensleben. Von 21 594 Stimmen wurden bei der Reichstagswahl 8346 (38,6 Prozent) für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben, 12 649 oder 58,6 Prozent erhielt der Nationalliberale. Ein konservativer Kandidat war nicht aufgestellt. Bei der Landtagswahl stimmten 319 Erwähler oder 10,4 Prozent sozialdemokratisch, 2115 oder 69,2 Prozent konservativ und 439 oder 14,4 Prozent nationalliberal. Die Konservativen, die bei der Reichstagswahl einen nationalliberalen Agrarier wählten, erzielten bei der Landtagswahl die absolute Mehrheit. Die Sozialdemokraten brachten es bei der Reichstagswahl auf 38,6 Prozent, bei der Landtagswahl nur auf 10,4 Prozent der Stimmen, die Nationalliberalen sind bei der Landtagswahl einflusslos.

Wanzleben. Die Sozialdemokraten erzielten bei der Reichstagswahl von 17 038 Stimmen 7900 (46,4 Prozent), 2922 (17,1 Prozent) entfielen auf die Konservativen, 5275 oder 31 Prozent auf die Nationalliberalen. Bei der Landtagswahl wählten 1341 Erwähler sozialdemokratisch, 1342 konservativ und 1720 nationalliberal. Obwohl die Sozialdemokraten genau soviel Erwähler hatten wie die Konservativen, brachten sie nur wenig Wahlmänner durch. Die Nationalliberalen hatten 400 Erwähler mehr, aber 21 Wahlmänner weniger wie die Konservativen, die das Mandat eroberten. Auf jeden nationalliberalen Wahlmann kamen über 13, auf jeden konservativen nur 9 Erwähler.

Calbe-Mscherleben. 39 276 Stimmen wurden bei der Reichstagswahl abgegeben. Davon 20 261 (51,6 Prozent) für die Sozialdemokraten, 16 999 (43,3 Prozent) für die Konservativen, 1769 (4,5 Prozent) für die Freisinnigen. Bei der Landtagswahl wählten 1146 Erwähler sozialdemokratisch, 1417 nationalliberal und 2920 freikonservativ. Die Freikonservativen, die man bei den Reichstagswahlen überhaupt nicht kennt, errangen beide Mandate, die Nationalliberalen haben bei der Reichstagswahl doppelt soviel Wähler wie bei der Landtagswahl, die Sozialdemokratie erhielt noch nicht den fünften Teil ihrer Reichstagsstimmen bei der Landtagswahl.

Salberstadt - Oschersleben - Wernegerode. Von 33 000 Stimmen erhielten bei der Reichstagswahl die Sozialdemokraten 13 171 oder 41,7 Prozent, die Nationalliberalen 11 393 oder 43,5 Prozent, ein konservativer Kandidat war nicht aufgestellt. Bei der Landtagswahl wählten 878 Erwähler sozialdemokratisch, 1077 konservativ, 3395 nationalliberal. Von den Wahlmännern stimmten 436 nationalliberal, 142 freikonservativ und 39 sozialdemokratisch. Die Nationalliberalen haben den Hauptvorteil vom Dreiklassenwahlrecht, die Konservativen, die es vorziehen, bei der Reichstagswahl gleich für die Nationalliberalen zu stimmen, erzielten eine beträchtliche Anzahl von Wahlmännern und würden den Wahlkreis wohl erobern, wenn der Kandidat

nicht sehr bekannt wäre und bei den Agrariern mit Recht den Ruf genösse, ebenso reaktionär wie ein Konservativer zu sein.

So sehen die Früchte des Dreiklassenwahlrechts aus. Ueber seine Reformbedürftigkeit vor der Arbeiterschaft nach ein Wort zu verlieren, hiesse Wasser in die Elbe tragen. Aber von der Einsicht in die absolute Vernunftwidrigkeit einer Einrichtung bis zu ihrer Erregung durch eine bessere und gerechtere Institution ist noch ein weiter Schritt, und bisher hat die Wahlrechtsbewegung der preussischen Arbeiter nur die eine Folge gehabt, daß sie die Regierung mit ihrer sogenannten Wahlreform und der Minister von Bethmann-Hollweg mit seiner polizeilichen Weltanschauungsrede auf das blutigste verhöhnte.

Die Demonstrationen vom 21. Januar und vom 18. März waren nur ein Anfang, einer der zwar mancherlei verhiess, aber noch lange nicht die Massenbewegung schuf, die nötig ist, um die hartgefotenen Dreiklassenwahlinteressenten zum Nachgeben zu zwingen. Wir müssen auf gesellichem Wege weiter gehen und die nächste Gelegenheit, über das Dreiklassenwahlrecht zu Gericht zu sitzen, wird der 1. Mai sein.

Möge die Arbeiterschaft durch eine umfassende Arbeiterschaft der Bourgeoisie einen kleinen Vorgesmack von dem geben, was kommen kann, wenn der Schrei der Massen nach Gerechtigkeit noch weiter ungehört verhallt. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 19. April 1906.

Wo steckt der Center?

Wir haben gestern die Vermutung ausgesprochen, daß der einzige Reichsbeamte, der der Volkvertretung verantwortlich ist, von dem bekannten Käfigtelegramm, durch welches aller Voraussicht nach der Dreiklassenwahlrecht in die Luft gesprengt worden ist, überhaupt noch keine Kenntnis besitzt. Diese Vermutung aussprechen schien immerhin gewagt angesichts des Umstandes, daß die offiziöse Presse fälschlich berichtet, der Reichskanzler wäre ferngeblieben, und von seinem Unfall im Reichstag seien nicht die mindesten Folgen zurückgeblieben. Aus einer offiziös inspirierten Auflassung, die im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht wird, geht aber hervor, daß der Reichskanzler tatsächlich, obgleich angeblich gesund, aus allen Geschäften ausgeschlossen ist. Der Kanzler, heißt es da, hieße noch immer das Bett und empfangen keinerlei Besuch, auch nicht den des Kaisers, weil der Rekonvaleszent von jeglicher Beschäftigung mit politischen Fragen fern gehalten werden müsse. Die Uebearbeitung des Fürsten sei die Hauptursache seines Zusammenbruchs im Reichstag gewesen; darum sei zu seiner Wiederherstellung eine möglichst ungestörte mehrwöchige Ruhe und Enthaltung von jeglicher Beschäftigung mit Dienstangelegenheiten erforderlich.

Es fragt sich also, wo er die ungeheure Arbeitslast, die den armen Reichskanzler erdrückt haben soll, jetzt übernommen hat. Entweder der Fürst Bülow hat sich ganz überflüssige Scherereien gemacht, oder aber die Arbeit, die er verrichtet hat, muß weiter getan werden, wenn nicht alles drunter und drüber gehen soll. Wer besorgt sie also? Der frühere Staatssekretär des auswärtigen Amtes, der Freiherr v. Rüdiger, ist tot; auch er soll unter der Arbeitslast zusammengebrochen sein. Die Arbeit, unter der zwei Athleten zusammengebrochen sein sollen, müßte jetzt Herr v. Tschirschky besorgen, der noch vor ein paar Wochen als preussischer Gesandter in Hamburg saß. Herr v. Tschirschky aber sieht weder wie ein Genie noch wie ein Duse aus; im Reichstag hat er sich bisher — und mit Recht — auf die Rolle des ahnungslosen Unschuldengels beschränkt, der von nichts weiß.

Nun könnte man noch an die Geheimräte im auswärtigen Amt denken. Aber vor kurzem schon ging die Nachricht durch die Presse, daß die Hauptstütze des Amtes, der Geheimrat v. Hofstein, infolge innerer Konflikte seinen Abschied eingereicht habe, und heute wird bekannt, daß ihm die Entlassung tatsächlich bewilligt worden ist. Also auch dieser Wackerer scheidet aus. Man hat behauptet, Herr v. Hofstein sei der Führer der marokkanischen Kriegspartei gewesen, der Kanzler habe mit ihm als dem Hauptcharakter der auswärtigen Politik heftige Auseinandersetzungen gehabt, und schließlich habe Herr v. Hofstein über die Niederlage von Agadir mit seinem Abschiedsgesuch quittiert. Andererseits behauptet jetzt die „Sächsische Zeitung“ genau umgekehrt, Herr v. Hofstein habe stets die Rolle des Bremers gespielt, er habe sich immer bemüht, die raschen Entschlüsse des Kaisers zu mildern. Darüber sei er gestürzt. Wie dem auch immer sei — sicher ist, daß Herr v. Hofstein jetzt keine Sachen paßt. Es sind also nicht bloß zwei,

*) Unter dem elendesten aller Wahlsysteme. Materialien zur Beurteilung der politischen Rechtfertigung der Arbeiterklasse in Preußen. Unter Benutzung amtlicher Quellen bearbeitet von Paul Girsch. Berlin 1906. Buchhandlung Vorwärts. Preis 1,50 Mark.

sondern drei Männer, auf denen die Hauptlast der auswärtigen Politik ruhte, ausgeschieden — und immer dringender wiederholt sich die Frage: Wer tut ihre Arbeit? Muß es nicht unter solchen Umständen drunter und drüber gehen?

Der Gedanke liegt nahe, daß jetzt der Kaiser vielleicht die ganze Arbeit der drei Männer auf sich genommen habe; vermutlich wird aber seine Umgebung dafür sorgen, daß er keine Last auf sich nehme, unter der schon zwei Leute zusammengebrochen sind. Auch sprechen die zahlreichen Reisen des Kaisers und seine vielfachen sonstigen Beschäftigungen gegen diese Annahme. Wo also ist der Mann, der die auswärtigen Geschäfte des Reiches sachmännlich leitet — will die Polizei vielleicht die Aufgabe übernehmen ihn zu suchen, oder soll für seine Auffindung ein Preis ausgeschrieben werden?

Und wer trägt vor dem deutschen Volk, wer vor dem Reichstag die Verantwortung für das, was jetzt geschieht? Dem Fürsten Bülow, der sich ja noch im Amte befindet, als den Verantwortlichen zu behandeln, ließe sich auf eine Komödie hinaus. Entweder hat Bülow in seiner Krankheit nichts erfahren, oder — was auch möglich ist — er hat seine Ohnmacht bekommen, als er den Inhalt des Goldkowski-Telegramms erfuhr, das ja viel früher abgeschrieben als veröffentlicht wurde. In dem einen Falle ist er durch Abwesenheit entschuldigt, in dem andern Falle ist er schon genug gestraft. Die liberale bürgerliche Presse, die früher über die „konstitutionellen Garantien“ wie ein Hahn über seinen Hühnerhof wachte, hat bisher noch gar nicht bemerkt, daß ihr etwas abhandeln gekommen ist. Sie hat das heikle Problem bisher gar nicht anzufassen gewagt. Sie hat die Aufgabe alles zu loben, was geschieht, ohne viel zu fragen, wie es zustande gekommen ist. Ihr patriotischer Eifer weiß sich frei von jeder Neugierde, und anbetend kniet sie vor allem, was sich ihr droben hinter den Wolken verbirgt.

Rationalliberale Freude.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Krause-Königsberg, der sich jüngst im preussischen Abgeordnetenhaus im Namen seiner Fraktion gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts zu den preussischen Landtagswahlen erklärte, hat den Titel eines Geheimen Justizrats erhalten.

Für das geheime Wahlrecht ist er nicht, aber der geheime Justizrat erweist ihn und seine Gesinnungsgenossen, wie man aus dem Jubelruf der „National-Zeitung“ erkennen kann:

Dem hochverdienten Parlamentarier, der stets zu den treuesten Freunden der „National-Zeitung“ gehört hat, sprechen wir unsern herzlichsten Glückwunsch aus. Wir sind dabei sicher, daß sich die nationalliberalen Parteifreunde in Preußen und im Reich ohne Ausnahme freudig anschließen werden.

Wie kindisch muß eine Partei geworden sein, deren Angehörige in der heutigen Zeit der Ueberfülle an Titeln und Orden durch einen simplen Geheimrat aus dem Häuschen gelockt werden.

Die Kriegsgerichte bestehen fort.

Die Militäralen französischen Offiziere demonstrieren weiter gegen die Gesetze der zivilen Republik. Neuerdings sind wieder von zwei Kriegsgerichten Offiziere freigesprochen worden, die sich geweigert hatten, bei den Inventaraufnahmen in den Kirchen den Zivilbehörden gegen die revoltierenden, von den Pfaffen ausgehenden Militäralen den vom Gesetz diktierten Beistand zu leisten. Die Offiziere pfeifen also auf das Gesetz und ihre Kameraden klatschen ihnen als Richter Beifall.

Um so frapperender wirkt demgegenüber der Beschluß der Regierung und ihrer Majorität, die mit viel Lärm angekündigte Reform der Kriegsgerichte in der Versenkung verschwinden zu lassen. Zwei Tage lang hat vor ihrem jetzt eingetretenen Schluß die Kammer über allerhand belanglose Gegenstände debattiert, worunter der Schutz der nationalen Sardinie den Hauptplatz einnahm, und schließlich sie auseinandergegangen, ohne daß man nur auch ein Sterbenswörtchen von den Kriegsgerichten hätte verlauten lassen.

Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß mit einigen Gelegenheitsparagrafen nicht viel getan wäre. Würde man die von den Militärpersonen begangenen gemeinrechtlichen Delikte sowie den Ungehorsam gegen Anordnungen der Zivilbehörden den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zuweisen, so wäre das wohl einleuchtend logisch und daneben noch eine Demonstration gegen die Offizierskaste, aber in den wichtigsten der vorliegenden praktischen Fälle ohne Bedeutung, denn die militärischen Insubordinationen blieben immer noch den Militärgerichten vorbehalten. Die von der Regierung in den letzten Tagen angenommene Klausel, daß die Kriegsgerichte gehalten sein sollten, ihre Urteile zu begründen, wäre nicht imstande, die Opposition der Militärrichter zu beeinträchtigen. Und dabei bliebe immer noch die Widerständigkeit bestehen, daß der Kriegsminister im administrativen Wege Strafen verhängen könnte, die den Freispruch der Richter tatsächlich aufheben.

Die unendliche Militärgerichtsbarkeit ist eben ein Unfug und eine Unberechtigung, sofern daneben die unbeschränkte Disziplinargewalt des Kriegsministers besteht, die über den Angeklagten wie über seine Richter schalten kann. Die einzige Lösung dieser das Prozederförmliche wie das materielle Recht berührenden Schwierigkeiten wäre, Disziplinargewalt und Strafrecht genau auseinanderzuhalten und, unter Aufhebung der ständigen Militärgerichtsbarkeit, die Kompetenz der bürgerlichen Gerichte möglichst zu erweitern, wobei allerdings, aus den Bedürfnissen der Praxis heraus, für militärische Ausnahmegerichte in Kriegszeiten vorgesorgt werden müßte.

Jedenfalls sind die Aufgaben, die sich in dieser Hinsicht der Gesetzgebung stellen, sehr kompliziert. Aber nachdem sich die Majorität und die Regierung einmal für eine Reform auf diesem Gebiete erklärt hatten, wäre ein Beschluß, der den künftigen Gesetzgebern den Weg gewiesen hätte, immerhin

ehrer am Platz gewesen als das stille Begräbnis, das den Reaktionsären ein vergnügtes Schminzeln entlockt, und das sie bei den bevorstehenden Wahlen auszunutzen wissen werden.

Das Ministerium der Verräter.

Das neue ungarische Ministerium der magyarischen Koalition hat die Aufgabe erhalten und angenommen, das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht gesetzlich einzuführen und auf seinem Grunde sofort ein neues Abgeordnetenhaus wählen zu lassen. Das neue ungarische Ministerium der magyarischen Volksfreunde bereitet sich langsam aber sicher auf den Plan vor, das gegebene Versprechen zu brechen.

Vor einigen Tagen hat der neue Ministerpräsident Weterle in einer offiziellen Rede von dem „allgemeinen Wahlrecht mit Heranziehung der berufenen Faktoren, insbesondere des berechtigten Arbeiterelements, aber unter nationalen Rauteln“ gesprochen. Am Mittwoch hat er einer magyarischen Deputation aus Temesvar gegenüber sich ebenfalls recht verräterisch geäußert:

Die von der Regierung durchzuführende Reform des Wahlrechts bezweckt, unter Wahrung der Unverletzlichkeit der ungarischen Staatsidee eine Gelegenheit zu schaffen, daß jeder berufene Faktor, insbesondere die Arbeiterklasse, die freie Ausübung des Wahlrechts erlangt. Das Wahlrecht werde ein allgemeines und jedem Bürger zugängliches sein und in möglichst kleinen lokalen Kreisen ausgeübt werden.

Nach diesen Verlegenheitsreden ist es zweifellos, daß das Ministerium Weterle das Seine versuchen wird, um den von der Krone erhaltenen und angenommenen Auftrag, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen, durch Fälschung aus der Welt zu schaffen.

Fraglich ist nur, ob und wie weit der schmutzige Plan gelingt. Die Fälschungsversuche werden natürlich dem heftigsten Widerstand der sozialdemokratischen Partei und auch wohl der bürgerlichen Anhänger des allgemeinen Wahlrechts begegnen. Jede Absicht, die Wahlreform unter dem Vorwand des Schutzes der ungarischen (magyarischen) Staatsidee zu verflummeln, wird auch den Widerstand der nicht-magyarischen Nationalitäten entfesseln. Ob die Koalitionsregierung, die offenkundig die Adelscherrschaft aufrechterhalten will, angesichts dieses Widerstandes den Mut haben wird, die Fälschung der Wahlreform zu wagen, wird sich ja zeigen.

bleibt noch die Haltung der Krone. Die ungarische Adelscherrschaft hat es seit jeher verstanden, bei günstiger Gelegenheit die Habsburger in die Enge zu treiben, sich der Fürstenmacht gegenüber mit übermütigem Trotz zu behaupten, um nach eigenem Gutdünken das Land zu plündern. Für die Krone gibt es nur ein Mittel, die rebellische Oligarchie endgültig zu überwinden: das allgemeine, geheime Wahlrecht, die Beseitigung der Komitatswirtschaft durch Verstaatlichung der Verwaltung, den Appell an das Volk.

Wenn die Krone jetzt, mit dem momentanen Erfolg der „Entwirrung“ zufrieden, sich mit der Politik des Fortwurstelns begnügt und einer verflummelten Wahlreform die Sanction erteilt, so hat sie bei der nächsten geeigneten Gelegenheit die Wiederholung der eben beigelegten Wirren zu gewärtigen — ohne bei den rechtlosen, sozialökonomisch bedrückten Massen und bei den national bedrückten Nicht-magaren auf eine Stütze rechnen zu können.

Dann aber ist es mit den Habsburgern in Ungarn endgültig vorbei.

Aus der Parteibewegung.

Genosse Janaz Auer feiert heute, am 19. April, seinen jehzigsten Geburtstag. Wir bringen ihm unsere herzlichsten Glückwünsche dar und wünschen ihm baldige, volle Genesung von seiner Krankheit. Auer war einige Jahre hindurch sehr leidend, aber wir können mit Freude konstatieren, daß, wenn auch die alte Arbeitskraft noch nicht wiedergekehrt ist, unser Nazi einer sich zurzeit relativ guten Gesundheit erfreut. Er wohnte diesen Winter allen Sitzungen des Reichstags bei und nahm an den Geschäften des Parteivorstandes teil. Wir glauben, mit unsern Glückwünschen die durchaus begründete Hoffnung verbinden zu können, unsern so verdienstvollen Janaz Auer bald wieder ganz frei von körperlichen Beschwerden zu wissen. Möge dann unser Nazi noch recht viele Jahre unter uns wirken — für die Partei wird das ein Segen sein!

Gegen die „Leipziger Volkszeitung“ ist abermals eine recht merkwürdige Anklage erhoben worden. In der Nummer vom 22. Januar erschien ein Artikel „Der Tiger als Affe“, in dem die Vorbereitungen, die der Militarismus am 21. Januar getroffen hatte, um „die Revolution“ niederzuschleusen und -zuschlagen, gehörend gewürdigt wurden. Wegen dieses Artikels fühlten sich die Minister des Innern und des Kriegs in Preußen und Sachsen beleidigt, weshalb sie Strafaufrag stellten. Das ist schon merkwürdig, daß sich vier Minister auf einmal zusammuntun, um die Beurteilung eines sozialdemokratischen Blattes zu erzielen. Noch merkwürdiger ist allerdings, daß die Staatsanwaltschaft nicht nur den verantwortlichen Redakteur, den Genossen Kressin, anklagte, sondern auch die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“, die Genossen Wehring, Lenich und Hänlich. Offenbar sucht die Staatsanwaltschaft auf diese Weise hinter den Verfasser zu kommen, worin sie sich natürlich täuschen wird. Es ist uns überhaupt nicht recht klar, wie die Anklage gegen die drei politischen Redakteure begründet werden soll. Von Herrn Böhm, dem Leipziger Ersten Staatsanwalt, ist man ja mancherlei gewöhnt, aber wie er dieser Anklage elb vor lächerlichen Richtern Erfolg verschaffen will, ist uns doch unfaßlich.

Landeskongress der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

b. Zwicau, den 17. April 1906.

In der alten Bergarbeiterstadt Zwicau traten heute die Vertreter des hiesigen Proletariats zu einer zweiwöchigen Verhandlung im feierlich geschmückten Saal des Belvedere zusammen.

Der Vertrauensmann der Zwicauer Genossen, Genosse Müller, eröffnete die Konferenz um 10 Uhr vormittags mit einer Begrüßungsansprache. Nach der Bureauwahl und der Erledigung anderer geschäftlicher Angelegenheiten berichtete Genosse Sindermann, Dresden vom Zentral-Agitationskomitee über die Parteibewegung im vergangenen Jahre. Sie auf der vorjährigen Konferenz konnte ein erfreuliches Wachs-

tum unserer Organisationen konstatiert werden, und zwar betrag die Zunahme 8000 Mitglieder. Seit 1901 haben die Organisationen um 28 000 Mitglieder zugenommen, die Gesamtzahl betragt jetzt 84 000. Die Abonnentenzahl der Parteipresse habe sich um mindestens 8000 vermehrt. Die Organisationen mühten vor der nächsten Reichstagswahl noch mehr ausgebaut werden, damit die kommenden Kämpfe gewonnen seien. Alle Institutionen würden zum Kampfe gegen uns benützt, wie die Schreckensurteile gegen die harnlosen Demonstranten und das braconische Urteile gegen die „Leipziger Volkszeitung“ beweise. Der Redner sprach dann noch die Anträge zu diesem Punkt.

Nach dem vom Kassierer gegebenen Kassenbericht für den vergangenen Jahre vom Zentral-Agitationskomitee 16 451 M. eingekommen worden. Im unübermittelte Preise sind 80 000 Agitationskalender abgegeben worden. Für die Gemeindevertreter sind über 1200 Exemplare der „Kommunalen Praxis“ gehalten worden.

Nach der Begründung der Anträge, worunter sich einer auf die Gründung der Jugendorganisation bezog, berichtete in der Nachmittagsitzung die Mandats-Prüfungskommission. Danach sind sämtliche 23 Kreise durch 58 Delegierte vertreten, außerdem sind die fünf Komitees, 12 Reichstagsabgeordnete, der Genosse Gerisch für den Parteivorstand und der Genosse Dr. Siebel für den „Kommunalen Praxis“ erschienen. Nach einer lebhaften Diskussion, in der verschiedene Wünsche zur weiteren Ausgestaltung der Organisation und der Presse vorgebracht worden waren insbesondere die Aufstellung eines Landesparteisekretärs verlangt worden war, ergab die Abstimmung folgendes: Die Landesorganisation ist entsprechend dem allgemeinen Parteistatut umzuformen Die Bezirksaufteilung bleibt wie bisher unter der Leitung der Agitationskommission bestehen, an der Spitze steht das Zentral-Agitationskomitee. Diesem liegt die gesamte Agitation und jede äußere Parteitätigkeit ob. Der Antrag, in Zukunft hat jeder Kreis nur zwei Delegierte zu senden, wurde abgelehnt; ebenso der Antrag eines Landesparteisekretärs. Der Antrag, die Jugendorganisation betreffend, wurde dem Zentralkomitee zur Verwirklichung überwiesen.

Zum Punkt 2 berichtete der Genosse Goldstein über die Tätigkeit des Landtags. An Beispielen zeigte er die Arbeiterfeindschaft dieses agrarischen Dreiklassenlandtags. Bei jedem Freispruch breche die Arbeiterfeindschaft hervor. In einer freihetlichen Entwicklung des Wahlrechts sei nicht zu denken. Der neue Mann, Graf Hohenkhal, könne und werde an dem System nichts ändern. Wir hätten deshalb nur weiter wie bisher zu arbeiten, bis zum endgültigen Sturz der Dreiklassen-schmach.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 18. April 1906.

Zum Streik der Antscher.

Die Polizei hat auch heute morgen wieder elf Streikposten festgesetzt. Ihnen wurde auch das vervielfältigte Protokoll zur Unterschrift vorgelegt. Man stellt das Verlangen an die Streikposten, zu unterschreiben, daß sie die öffentliche Ruhe und Ordnung und den Verkehr durch Ausübung ihres Rechtes gestört haben, und die Streikbrecher haben Spießruten laufen lassen. Die Esstierten verweigern selbstverständlich ihre Unterschrift unter ein Protokoll zu setzen, was von Anfang bis zu Ende nur erbitterte Tatsachen enthält. Die vier Streikenden, die gestern morgen in Haft genommen worden sind, hat man heute wieder aus der Haft entlassen. Warum man sie in Haft behalten hat, ist den Inhaftierten nicht mitgeteilt worden? Wie lange wird diese Festjagd auf die Streikenden noch forgesetzt werden? Die Veranstalter dieser Kesseltreiben gegen die Streikenden werden doch jetzt schon zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es das ungeeignete Mittel ist, den Kampf zu beenden. Nicht durch Rechtslosmachung der Streikenden, sondern dadurch, daß man ihre berechtigten Forderungen erfüllt, wird dieser Kampf ein Ende nehmen. Die Streiklage ist auch heute noch unverändert.

Gestern abend hatte in der „Freundschaft“ der „Arbeitgeber-Verband Magdeburg“ seine Generalversammlung. Herr Simon Sprenger senior war auch durch Zirkular zu dieser Versammlung eingeladen worden. Der Vorsitzende, Herr Direktor Dittmar, erklärte bei Eröffnung der Versammlung, daß Sprenger irrtümlich nochmals eingeladen sei und forderte ihn auf, das Lokal zu verlassen. Man ließ Herrn Sprenger aber nicht einmal die Zeit, den Ueberzieher anzuziehen, sondern packte ihn und warf ihn hinaus, und zwar so heftig, daß er beinahe hingeschlagen wäre. Als Scheidegruß rief man ihm die Worte Lump und ehroloser Kerl nach. Und warum wurde Sprenger in dieser pöbelhaften Weise behandelt und so brutal an die Luft gesetzt? Nur weil er den Tarif mit der Organisation abgeschlossen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkannt hat! Die Herren vom Arbeitgeber-Verband können nicht Worte genug finden, um den Terrorismus der Streikenden zu brandmarken und benutzen die geringsten Anlässe dazu, die Polizei auf sie zu hetzen. Sie selbst aber üben einen brutalen Terrorismus, wie er von den Streikenden bisher noch nicht angewandt worden ist und auch in Zukunft nicht angewandt werden wird. In ihren Augen ist Sprenger ein ehroloser Mensch, weil er den Beschluß ihrer Organisation nicht hochgehalten hat, dieselben Leute aber versuchen die ehrlichen Arbeiter, die sich im Streik befinden, zu überreden die Arbeit wieder aufzunehmen, das hieße eine Tat zu begehen, die zehnmal ehroloser ist als die Tat, die sie bei Sprenger verurteilen. Hier kommt die zweitelei Moral dieser Herren wieder in der brutalsten Form zum Ausdruck. Herr Fiering machte in der Kommissionsitzung am Sonnabend die Bemerkung, daß er den letzten Tropfen Blut für seine Arbeitswilligen, die ihm aus der Not geholfen hätten, hingeben würde. Also eine ehrolose Tat, wenn sie von Arbeitern gegen Arbeiter verübt wird, erscheint in den Augen der Arbeitgeber als höchst ehrenhaft und nachahmenswert, überzeugt sich aber ein Unternehmer von der Berechtigung der Forderungen der Arbeiter und erkennt sie an, so ist er in ihren Augen ein Abtrünniger, ein Ehroloser, dem kein Mensch mehr Arbeit geben darf. Wird die Staatsanwaltschaft nichts gegen diese Art von Terrorismus einzunehmen haben?

Zur Maler-Aussperrung.

Am Mittwoch abend fand eine Versammlung der ausgesperrten Malerhelfer im „Dreifarbend“ statt. In der Bezirksleiter Herr Korn einen kurzen Bericht über den bisherigen Verlauf und den Stand der Aussperrung gab. Redner sprach seine Befriedigung darüber aus, daß eine größere Anzahl von Aussperrten bereits abgereist und somit den Arbeitsmarkt hier entlastet hätte. Diese Entlastung müsse aber weiter fortgesetzt werden. Da in Berlin und andern Orten die Lohnbewegungen als erledigt angesehen werden können, wird es den noch vorhandenen ledigen wie auch den verheirateten Malern nicht schwer werden, anderweitig unterzukommen. Die letzteren fordernde M. besonders auf, außerhalb Magdeburgs Arbeit anzunehmen, da ja laut Streikreglement die Familien hier Unterstützung erhalten. Wenn sich am Pläze die Zahl der Arbeitskräfte in dem Maße

vermindert, als die Zeit der Hochkonjunktur heranrückt, werden die Unternehmer schon andern Sinnes werden und zu Verhandlungen geneigt sein. Vorherhand können die Gehilfen die bisher geliebte passive Haltung noch weiter einnehmen.

Fast sämtliche der Organisation angehörende Arbeiter sind ausgesperrt. Wo solche noch in Arbeit stehen, soll in den nächsten Tagen den betreffenden Meistern der Tarif vorgelegt werden. Bei Nichtanerkennung desselben sind die Gehilfen alsdann verpflichtet, die Arbeit sofort einzustellen. Ausgesperrt waren insgesamt 273 Gehilfen. Abgereist sind bis jetzt 62, zu den neuen Bedingungen arbeiten 87, so daß noch 170 Gehilfen zu unterstützen sind. Diese Zahl soweit wie irgend möglich zu reduzieren wird die nächste Aufgabe der Verbandsleitung sein. Der Bezirksleiter kündigt an, daß diejenigen, die künftig als Streikposten sich Unterlassungen zuschulden kommen lassen oder sich nicht zur regelmäßigen Kontrolle einfinden, für diesen Tag keine Unterstützung erhalten. Nachdem aus der Versammlung heraus die Arbeit der Ausgesperrten in diesem ihnen aufgezwungenen Kampf mehrfach auf das schärfste kritisiert worden war, gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach die Gehilfen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, pro Tag 50 Pf. an die Streikkasse abzuführen haben. Dasselbe wird von denen verlangt, die nur 3 Tage in der Woche arbeiten. Mit der Aufforderung, energischer als bisher in diesem Kampfe die Interessen der Gehilfen zur Geltung zu bringen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins finden kommende Woche statt. Die Bezirke **Sudenburg** und **Buckau** halten ihre Versammlungen Montag den 23. April ab. Für die Bezirke **Wilhelmstadt**, **Neue Neustadt**, **Alte Neustadt**, **Magdeburg-Süd** und **Magdeburg-Nord** sind sie auf Dienstag den 24. April angesetzt worden. In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten. Besonders haben sich die Versammlungen mit dem Weltfeiertag, dem 1. Mai, zu beschäftigen. Es ist Aufgabe der Genossen, für recht lebhaften Besuch Sorge zu tragen.

Einer abermaligen Aufreizung zum Klassenhass soll sich Genosse Holzappel in einer Rede in einer Groß-Öffentlichkeit gemacht haben. Das Vorgehen wird in einer Kritik an der Justiz erörtert. Auch der Vorsitzende der Versammlung soll durch einige Bemerkungen am Schluß der Verhandlungen sich gegen § 130 St.-G.-B. vergangen haben, wie beiden Sündern heute früh bei einer Vernehmung vom Untersuchungsrichter mitgeteilt wurde.

Zum 1. Mai. Die organisierten Stukfateure beschließen, den 1. Mai durch **Arbeitsruhe** zu feiern.

Garrett Smith u. Comp. und die Tätigkeit der Gewerkschaften. Die Konturverwaltung der Firma Garrett Smith u. Co. hat sich seit Ende vorigen Jahres Mühe gegeben, den Betrieb bis zur Uebergabe an eine neue Firma weiterzuführen, allerdings unter bedeutender Einschränkung desselben. Die Arbeiterzahl ist nicht mehr halb so groß als vormals. Es wird auch der neuen Firma immerhin einige Schwierigkeiten bereiten. Ersatz zu bekommen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. Die jetzt noch Beschäftigten sind sämtlich langjährig im Betriebe tätig. Um so mehr muß darum die Art und Weise beurteilt werden, in der einzelne Meister, die im Gewerkschafts-Mitglied waren oder es noch sind, gegen Mitglieder des Verbandes vorgehen, deren Arbeitskraft ganz außerordentlich nützlich für den Betrieb bisher gewesen ist. Kurzhand entlassen kann man sie nicht gut, aber man läßt ausgeführt gerade die kurze Zeit arbeiten oder schickte sie sonst in anderer Weise, während Meister und Mitglieder des Gewerkschafts aus drei und vier Werkstätten zusammenarbeiten, um die verpöbelte Arbeit eines Gewerkschafts durchzuschmuggeln, die Konturleure zu täuschen; von diesen wird das aufgedeckt und der Meister steht als Lügner vor den höheren Vorgesetzten. Es ist wohl das erste Mal, daß wir solche Ausführungen machen; jedoch zwingt uns die beispiellose Frechheit, mit der die Gewerkschaften wider besseres Wissen über Terrorismus schreiben, dabei aber selbst den schlimmsten Terrorismus treiben, zu solcher Abwehr. Noch ein Beispiel dafür aus dieser Fabrik: Der Vorarbeiter Schmidt ist Mitglied des Gewerkschafts. Er beschäftigt zwei Arbeiter, einer ist im Metallarbeiterverband, der andre im christlichen Verband organisiert. Einer von beiden soll entlassen werden und Schmidt eröffnet dem letzteren, er solle sich nach anderer Arbeit umsehen. Nach einigen Tagen kommt Schmidt wieder und erklärt ihm, er habe ein gut Wort eingelegt, es werde deshalb der Verbandsleiter entlassen. Zum Dank dafür erwarte er aber, daß der Mann aus dem christlichen Verband ausscheide und sich bei Dehler in den Gewerkschaftsverband überbeschreiben lasse. Wie solche Unverschämtheit wirkt, konnte der Müsse Vorarbeiter daraus ersehen, daß der betreffende Christliche am gleichen Tage seine Entlassung forderte, als sein Kollege vom Verband entlassen wurde.

Die Firma Gebrüder Comminhan sucht noch immer in großen Interessen Erlaß für die Ausständigen, ein Beweis dafür, daß wohl wochenlang aufgegebene Inzerate und größtmögliche Hilfe Behlers und der Gewerkschaft eine Anzahl Streikbrecher der Firma gebracht haben, aber sie sind natürlich auch danach. Wir machen die Metallarbeiter darauf aufmerksam, daß der Streik noch nicht aufgehoben ist, daß selbst aber, wenn dies geschehen sollte, die Sperre über den Betrieb so lange verhängt bleibt, bis die Firma sich zu anderer Handlungsweise der Arbeiterschaft gegenüber bequemt. Wir erwarten also nach wie vor, daß jeder organisierte Arbeiter es ablehnt, in diesem Betriebe Arbeit zu nehmen.

Die Polizei und der Achtuhrladenschluß. Man kann nicht sagen, daß die Magdeburger Polizei in übermäßiger Weise sozialen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Aber für den Achtuhrladenschluß scheint sie eine große Vorliebe zu haben. Als gestern Abend der Prediger der Freireligiösen Gemeinde, Herr Dr. Kramer, den Besuchern seiner Versammlung, Schriften zum Verkauf anbot, inhibierte das der über-

wachende Polizeibeamte unter der Begründung, es sei nach 8 Uhr und um 8 Uhr trete Schluß der Verkaufszeit ein. Es ist gewiß sehr erfreulich, wenn die Polizei dafür sorgt, daß Arbeitererschließung auch befolgt werden, ob sie aber bei dem Vorgehen gegen Dr. Kramer nur **soziale Erwägungen** leiteten, möchten wir doch bezweifeln.

Magistrat und Krankenkassen. Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 87 der „Volksstimme“, die mir erst heute zu Gesicht kommt, lesen Sie in dem Artikel „Magistrat und Krankenkassen“: „Herr Könnede (Arbeitgeber) glaubt nicht, daß er seine Frau oder seine Schöner vorkommendenfalls nach der Erholungsstätte auf der Schwanenschänke schicken würde.“ Ich habe in meiner kurzen Rede, die die probeweise Beschickung der vom Vaterländischen Frauen-Verein angebotenen Schwanenschänken-Erholungsstätte aus praktischen Gründen empfahl, obiges Bistat wie folgt angewendet: Die Beschickung dieser Erholungsstätte würde sich nicht empfehlen für Konvaleszenten nach kurz überstandenen schweren Krankheiten, und würde ich in diesem Falle weder meine Frau noch meine Töchter, wenn ich solche besäße, dorthin schicken. Wohl aber würde ich zur Beseitigung der Unstätt bei leichten Erkrankungen raten.

Die vom Allgemeinen Frauen- und Lehrerinnenverein ins Leben gerufenen Fortbildungskurse für schulentlassene Mädchen der Bürger- und Volksschulen, in denen inengeteilich Unterrichtsunterricht wird in Deutsch, Körperpflege, Haushaltungslehre, Handarbeiten, Maschinennähen, Turnen und Bewegungsspielen, beginnt am Montag den 23. April in der Dörfelerschule. Der Unterricht dauert von 7 bis 9 Uhr abends. Anmeldungen werden noch entgegengenommen von Fräulein Rose Meyer, Karlsruherstraße 7.

„Ein eigentümlicher Doppelfelbstmord“ war eine Notiz in Nr. 89 unserer Zeitung übergeschrieben, in der mitgeteilt wurde, daß sich zwei Magdeburger Dienstmädchen in Berlin das Leben genommen hätten. Die Notiz, die einem Berliner Blatte entnommen war, gab als Ursache des Selbstmordes Entlassung der Dienstmädchen wegen fortgesetzten nächtlichen Ausschlebens an. Von Lesern unseres Blattes wird uns nun der Abschiedsbrief eines der Mädchen, der Emma Weischer, zur Verfügung gestellt, wonach die Sache aber ein ganz anderes Aussehen erhält. Unter anderem schreibt das Mädchen an seine Mutter:

„Wäre ich nur abgezogen, dann bräuhete ich mich nicht rauschmeißen zu lassen und nicht und garnichts auch meine liebe Freundin Lischen war auch mit im Hause wir sind am Montag Abend beide ganz plötzlich rausgeschmeißen dann bin ich bis Dienstag Abend bei Lischen Eltern gewesen bis am Dienstag Dann sind wir nach Burg gemacht bis am Donnerstag sech haben uns nochmal köstlich amüsiert und jetzt sind wir in Berlin es ist hier großartig wolke ja immer nach hier Meine lieben guten Eltern dies ist die letzte Nachricht die ihr von mir bekommt denn ich habe das Leben satt und haben wir beide uns vereinigt gemeinsam aus dem Leben zu scheiden denn was soll ich nur anfangen, eine Stellung bekomme doch nicht wieder auf meinen Meist was ich bekommen habe die ganze Schuld haben doch die, Zwei Jahre bin ich gut gewesen und nun auf einmal war ich nichts mehr wert, weil ich nicht gehen ... das wirst Du wohl auch wissen wie das ist liebe Mutter und jetzt muß ich mir aussprechen gegen die, habe nichts schlechtes getan, erkundige dich bitte bei Lischen Eltern dort bin ich gewesen.“

Eine Andeutung über die Ursache der Entlassung in dem Briefe lassen wir weg. Sicher ist jedenfalls das eine: Mädchen die „fortgesetzt nächtlich ausschleiben“ befehlt man nicht zwei Jahre im Dienst. Und selbst wenn es vorgekommen wäre, bräuhete die „herrschschaft“ das nicht gleich ins Zeugnis zu schreiben. Es scheint nach dem Abschiedsbriefe des Mädchens hier eine der bekannnten Dienstmädchenmordenden vorzuliegen, deren wirkliche Ursachen aber nicht mehr einwandfrei festzustellen sind, weil die Opfer im fähigen Grunde ruhen.

Die kopflose Leiche eines unbekannt, zirka 22 jährigen jungen Mannes wurde am Donnerstag vormittag auf den Gleisen der Berliner Bahn hinter dem Schrottplatz aufgefunden und mit samt dem eine kurze Strecke vom Fundplatz entfernt liegenden Kopfe nach der Leichenhalle des altstädtischen Krankenhauses gebracht. Fingerringe und Papiere über die Person des jugendlichen Selbstmörders — denn um einen solchen handelt es sich augenscheinlich — wurden nicht vorgefunden.

Gefundene Leiche. Am Mittwoch Abend ist die Leiche des Arbeiters Wilhelm Bremer, der am 7. d. M. in der Höhe des Stadtparks beim Verbreiten von Flugblättern in die Elbe gefallen und ertrunken war, am Petrisufer an das Land gespült worden. Die Leiche wurde nach dem Westfriedhof geschafft.

Blinder Säugling. Am Donnerstag früh 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre durch den Feuermelder Große Marktstraße alarmiert. Ein dortiger Anwohner wollte auf dem Dache der im Neuen Weg belegenen „Bereinigung“ eine Flamme bemerkt haben. Die Meldung erwies sich als blinder Säugling.

Gerichts- Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 18. April 1906.

Sittlichkeitsverbrechen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der vorbeirafte Arbeiter Andreas Mikolajczek hier, geboren 1860, wegen Sittlichkeitsverbrechens an der 19 Jahre alten Tochter zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein betrunkenen Majestätsbeleidiger. Der Arbeiter Friedrich Rodich aus Sidrice, geboren 1880, kam auf der Wanderschaft am 20. November 1905 nach Gottesforch und kehrte beim Gastwirt Hummel ein. In der Gaststube machte Rodich sich in angerunkenem Zustande der Majestätsbeleidigung schuldig und erhielt deswegen 3 Monate Gefängnis.

Zigeunertaten. Der vorbeirafte Väterlehrling Karl Victoria aus Kronhorst, geboren 1888, ein Zigeuner, fälschte im Januar d. J. hier eine Quittungssarte, bettelte und legte sich einen falschen Namen bei. In Hannover hatte Victoria sich im November auf den Namen „Willi Schmidt“ eine Quittungssarte ausstellen lassen, auch dem Kellner Schmidt eine solche gestohlen. Betreffs der Urkundenfälschung wurde das Verfahren eingestellt. Wegen der übrigen Straftaten erkannte die Kammer auf 3 Monate 1 Woche Gefängnis und 5 Wochen Haft.

Daustriedensbruch. Der Maschinenschlosser Rudolf Nieh, geboren 1877, hier, und der Arbeiter Wolf Carl zu Diesdorf, geboren 1870, sollen am 30. September 1905 den Feldhüter Bartel, als er den Auszug vor Bezahlung der rückständigen Miete verhindern wollte, gemeinschaftlich mißhandelt haben. Carl soll sich auch des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht erkannte am 29. Januar d. J. gegen Nieh auf 2 Monate Gefängnis, gegen Carl auf 8 Monate und 1 Woche Gefängnis. Die Berufungskammer ermächtigte die Strafe bez Nieh auf 80 Mark Geldstrafe ev. 6 Tage Gefängnis und sprach Carl von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei. Im übrigen wurde seine Berufung verworfen.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der Kommandantur.

Magdeburg, 18. April 1906.

Aus Hunger zum Dieb geworden war am 10. März dieses Jahres der Dekorationshandwerker Wilhelm Hünge vom hiesigen Feldartillerie-Regiment. Er, der bisher noch unbestraft und von guter Führung ist, griff auf der Handwerkerstraße aus Versehen in eine ihm nicht gehörige Drillschloße, worin sich ein Portemonnaie, enthaltend eine Reichsmark, befand. Da H., wie er angibt, großen Hunger hatte, konnte er der Verführung nicht widerstehen und eignete sich die Mark an, um sich dafür Nahrungsmittel zu kaufen. Der Angeklagte ist geständig. Beantragt werden 3 Wochen strenger Arrest. Das Urteil lautet dem Antrag gemäß. Von einer Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes wurde in Anbetracht der bisherigen guten Führung des Angeklagten Abstand genommen.

Wegen **Ungehörigkeit** begangen an einem Kameraden, sind angeklagt die Kanoniere Paul Jabusch und Wilhelm Piotrowsky, beide von der 3. Kompanie des 4. Fußartillerie-Regiments Ende hier. Sie haben gemeinschaftlich ohne erschlichenen Grund den Kanonier Freilicht, der am Abend des 8. März auf die Stube der beiden Angeklagten kam, mit einer Kloppfeife derartig beschrien, daß der Geschlagene längere Zeit Schmerzen und blaue Flecke hatte. Mit Rücksicht auf die dabei zutage getretene Roheit werden beantragt gegen Jabusch 3 Wochen, gegen Piotrowsky 14 Tage Gefängnis. Das Urteil lautet auf 10 bzw. 5 Tage Gefängnis. Die zum Schlagen benutzte Kloppfeife wurde vom Gericht als nicht gefährliches Werkzeug angesehen.

Wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe im wiederholten Rückfalle war der Pionier Karl Gertz von der 3. Kompanie des 4. Pionier-Bataillons hier vom Standgericht am 30. v. M. zu 4 Wochen strenger Arrests verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu hoch erschien. Da durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß der Angeklagte ohne ersichtlichen Grund seine Truppe fortgesetzt verließ, wird die Berufung verworfen.

Letzte Nachrichten.

Das Erdbeben in Kalifornien.

Sd. New-York, 19. April. Ueber die Katastrophe in San Francisco wird weiter berichtet: Das Palasthotel ist gänzlich niedergebrennt. Die Truppen demolieren alle umliegenden Gebäude, um ein Umsichgreifen des Feuers zu verhindern. Um 11 Uhr waren bereits alle Häuser des äußersten Nordens der Stadt zerstört. Der ganze östliche Teil bildet ebenfalls ein Flammenmeer, das sich immer weiter in südöstlicher Richtung ausbreitet. Wie verlautet, sind die zwei Schiffe, welche in der Bucht von San Francisco vor Anker lagen und gesunken sind, Kriegsschiffe. Ein heftiger Ostwind unterhält das Feuer und bedroht die ganze Stadt. — Telegramme aus San Francisco berichten, daß dort Meldungen eingetroffen sind, wonach alle Schiffe des amerikanischen Geschwaders, die der Stillen Ozean-Flotte angehören, gesunken seien.

Sd. San Francisco, 19. April. Die St. Ignatiuskirche steht in Flammen. Die Regierung verteilt Medikamente, Lebensmittel und Geld unter die Verunglückten. Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich die beiden Paläste der Zeitungen „Examiner“ und „Call“. Alle Journalisten, die sich in den beiden Gebäuden befanden, sind unversehrt.

Sd. New-York, 19. April. „Evening World“ meldet, daß in San Francisco das Waisenhaus eingestürzt und 200 Kinder unter den Trümmern begraben wurden.

Sd. New-York, 19. April. Die Conriedsche Operntruppe befindet sich gegenwärtig in San Francisco. Unter ihnen befinden sich Kapellmeister Herz, Marcelia Sembrich, Olive Fremstad, Burgkaller, Dippel, van Noog, Wühlmann, Reiz und Blas. Die Truppe wohnte im Palasthotel, konnte sich aber retten und man glaubt sie in Sicherheit, wenngleich keine Depeschen von ihnen eingetroffen sind.

* Wien, 19. April. Die Erdbebenwarte in Laibach teilt mit, daß sämtliche Instrumente daselbst gestern 1/3 Uhr nachmittags ein äußerst heftiges Fernbeben Richtung Südost auf Entfernung von 10 000 Kilometer anzeigten. Erst 5 Uhr nachmittags kamen die Apparate zur Ruhe.

* Stade, 19. April. Bei der Landtagsersatzwahl für Stade I wurden von 139 abgegebenen Stimmen für den Hofbesitzer Peter Otters auf Jork (Wund der Landwirte) 116 und für den Gegenkandidaten Peter Giese-Mittelfirchen (Wund der Landwirte) 23 Stimmen abgegeben. Ersterer ist somit gewählt.

* Hannover, 19. April. Die Reichstags-Ersatzwahl für Hannover-Vinden ist auf den 22. Juni festgesetzt.

* Münster, 19. April. Der Divisionspfarrer von Bielefeld-Minden wurde vom hiesigen Oberkriegsgericht, an welches das Reichsmilitärgericht am 3. März die Angelegenheit zurückverwiesen hatte, wegen seiner bekannten Osuabrer Rede wegen Religions-schmähung zu 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Sd. Petersburg, 19. April. Das radikale Blatt „Dwa-dzaty Let“ erhielt eine ernste Verwarnung und dürfte unterdrückt werden, weil dasselbe zum Boykott französischer Waren aufgefordert hatte im Hinblick darauf, daß Frankreich die russische Anleihe vor Zusammentritt der Reichsдума ermöglicht habe.

Gasronen
Gaszuglampen
Gasocher



nur bestes Fabrikat, wenig Gasverbrauch. — Umarbeitung von Petroleumlampen für Gasverbrauch. — Neuester preiswert.

O. Janoscheck, Gr. Junkerstraße 6a
Gegenüber der Buckauer Bierhalle. 3076

Leder-Ausschnitt

in großer Auswahl billigst bei

Gust. Hoffmeister

Prälantenstraße 21. 444 Annastraße 44.

Schreibhefte

nach neuester Anordnung

für Bürger- und Volksschulen

empfiehlt

Buchhandlung Volksstimme

Jakobstraße 49.

Fahrräder

neue und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten

ohne grosse Anzahlung und gegen

kleine monatliche Abzahlung

3085 bei **Albert Brennecke, Sudenburg**
Fernsprecher 1938. Ecke Westendstrasse.

Emaille

erste Qualität.

Verkauf nach Gewicht. 3392

Billigste Bezugsquelle am Platze.

23 Altmarkt 23.

sondern drei Männer, auf denen die Hauptlast der auswärtigen Politik ruhte, ausgeschoben — und immer dringender wiederholt sich die Frage: Wer tut ihre Arbeit? Wo es nicht unter solchen Umständen drunter und drüber gehen?

Der Gedanke liegt nahe, daß jetzt der Kaiser vielleicht die ganze Arbeit der drei Männer auf sich genommen habe; vermutlich wird aber seine Umgebung dafür sorgen, daß er keine Last auf sich nehme, unter der schon zwei Leute „sammengesprochen“ sind. Auch sprechen die zahlreichen Reisen des Kaisers und seine vielfachen sonstigen Beschäftigungen gegen diese Annahme. Wo also ist der Mann, der die auswärtigen Geschäfte des Reiches sachmännlich leitet — will die Polizei vielleicht die Aufgabe übernehmen ihn zu suchen, oder soll für seine Auffindung ein Preis ausgeschrieben werden?

Und wer trägt vor dem deutschen Volk, wer vor dem Reichstag die Verantwortung für das, was jetzt geschieht? Den Fürsten Bülow, der sich ja noch im Amte befindet, als den Verantwortlichen zu behandeln, ließe einfach auf eine Komödie hinaus. Entweder hat Bülow in seiner Krankheit nichts erfahren, oder — was auch möglich ist — er hat seine Ohnmacht bekommen, als er den Inhalt des Goluchowski-Telegramms erfuhr, das ja viel früher abgeschickt als veröffentlicht wurde. In dem einen Falle ist er durch Abwesenheit entschuldigt, in dem andern Falle ist er schon genug gestraft. Die liberale bürgerliche Presse, die früher über die „konstitutionellen Garantien“ wie ein Gahn über seinen Süßnerhof wachte, hat bisher noch gar nicht bemerkt, daß ihr etwas abhanden gekommen ist. Sie hat das heikle Problem bisher gar nicht anzufassen gewagt. Sie hat die Aufgabe alles zu loben, was geschieht, ohne viel zu fragen, wie es zustande gekommen ist. Ihr patriotischer Eifer weiß sich frei von jeder Neugierde, und anbetend kniet sie vor allem, was sich ihr droben hinter den Wolken verbirgt.

Nationalliberale Freunde.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Krause-Königsberg, der sich jüngst im preussischen Abgeordnetenhaus im Namen seiner Fraktion gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts zu den preussischen Landtagswahlen erklärte, hat den Titel eines Geheimen Justizrats erhalten. Für das geheime Wahlrecht ist er nicht, aber der geheime Justizrat erfreut ihn und seine Gesinnungsgenossen, wie man aus dem Subelruf der „National-Zeitung“ erkennen kann:

Dem hochverdienten Parlamentarier, der stets zu den treuesten Freunden der „National-Zeitung“ gehört hat, sprechen wir unsern herzlichsten Glückwunsch aus. Wir sind dabei sicher, daß sich die nationalliberalen Parteifreunde in Preußen und im Reich ohne Ausnahme freudig anschließen werden.

Wie kindisch muß eine Partei geworden sein, deren Angehörige in der heutigen Zeit der Ueberfülle an Titeln und Orden durch einen simplen Geheimrat aus dem Häuschen gelockt werden.

Die Kriegsgerichte bestehen fort.

Die Merkale französischen Offiziere demonstrieren weiter gegen die Befehle der zivilen Republik. Neuerdings sind wieder von zwei Kriegsgerichten Offiziere freigesprochen worden, die sich geweigert hatten, bei den Inwertaufnahmen in den Kirchen den Zivilbehörden gegen die revoltierenden, von den Pfaffen aufgehetzten Merkale den vom Gesetz diktierten Beistand zu leisten. Die Offiziere pfeifen also auf das Gesetz und ihre Kameraden klatschen ihnen als Richter Beifall.

Um so fröhlicher wirkt demgegenüber der Beschluß der Regierung und ihrer Majorität, die mit viel Lärm angekündigte Reform der Kriegsgerichte in der Versenkung verschwinden zu lassen. Zwei Tage lang hat vor ihrem jetzt eingetretenen Schluß die Kammer über allerhand belanglose Gegenstände debattiert, worunter der Schutz der nationalen Sardinie den Hauptplatz einnahm, und schließlich ist sie auseinandergegangen, ohne daß man nur auch ein Sterbenswörtchen von den Kriegsgerichten hätte verlauten lassen.

Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß mit einigen Gelegenheitsparagrafen nicht viel getan wäre. Würde man die von den Militärpersonen begangenen gemeinrechtlichen Delikte sowie den Ungehorsam gegen Anordnungen der Zivilbehörden den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zuweisen, so wäre das wohl einleuchtend logisch und daneben noch eine Demonstration gegen die Offizierskaste, aber in den wichtigsten der vorliegenden praktischen Fälle ohne Bedeutung, denn die militärischen Insubordinationsvergehen blieben immer noch den Militärgerichten vorbehalten. Die von der Regierung in den letzten Tagen angenommene Maßregel, daß die Kriegsgerichte gehalten sein sollten, ihre Urteile zu begründen, wäre nicht imstande, die Opposition der Militärrichter zu beeinträchtigen. Und dabei bliebe immer noch die Widerständigkeit bestehen, daß der Kriegsminister in administrativen Wege Strafen verhängen könnte, die den Freispruch der Richter tatsächlich aufheben.

Die besondere Militärgerichtsbarkeit ist eben ein Unsinn und eine Unredlichkeit, sofern daneben die unbeschränkte disziplinare Gewalt des Kriegsministers besteht, die über den Angeklagten wie über seine Richter halten kann. Die einzige Lösung dieser das Prozederfahren wie das materielle Recht berührenden Schwierigkeiten wäre, Disziplinalgewalt und Strafrecht genau auseinanderzuhalten und, unter Aufhebung der ständigen Militärgerichtsbarkeit, die Kompetenz der bürgerlichen Gerichte möglichst zu erweitern, wobei allerdings, aus den Bedürfnissen der Praxis heraus, für militärische Ausnahmegerichte in Kriegszeiten vorgesorgt werden müßte.

Jedenfalls sind die Aufgaben, die sich in dieser Hinsicht der Gesetzgebung stellen, sehr kompliziert. Aber nachdem sich die Majorität und die Regierung einmal für eine Reform auf diesem Gebiete erklärt hatten, wäre ein Beschluß, der den künftigen Gesetzgebern den Weg gewiesen hätte, immerhin

eher am Platz gewesen als das stille Begräbnis, das den Reaktionsären ein vergnügtes Schmunzeln entlockt, und das sie bei den bevorstehenden Wahlen auszunutzen wissen werden.

Das Ministerium der Verräter.

Das neue ungarische Ministerium der magyarischen Koalition hat die Aufgabe erhalten und angenommen, das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht gesetzlich einzuführen und auf seinem Grunde sofort ein neues Abgeordnetenhaus wählen zu lassen. Das neue ungarische Ministerium der magyarischen Volksfeinde bereitet sich langsam aber sicher auf den Plan vor, das gegebene Versprechen zu brechen.

Vor einigen Tagen hat der neue Ministerpräsident Weterle in einer offiziellen Rede von dem „allgemeinen Wahlrecht mit Heranziehung der berufenen Faktoren, insbesondere des berechtigten Arbeiterelements, aber unter nationalen Rautelen“ gesprochen. Am Mittwoch hat er einer magyarischen Deputation aus Temesvár gegenüber sich ebenfalls recht verräterisch ausgedrückt:

Die von der Regierung durchzuführende Reform des Wahlrechts bezweckt, unter Wahrung der Unverletzlichkeit der ungarischen Staatsidee eine Gelegenheit zu schaffen, daß jeder berufene Faktor, insbesondere die Arbeiterklasse, die freie Ausübung des Wahlrechts erlangt. Das Wahlrecht werde ein allgemeines und jedem Bürger zugängliches sein und in möglichst kleinen lokalen Kreisen ausgeübt werden.

Nach diesen Verlegenheitsreden ist es zweifellos, daß das Ministerium Weterle das Seine versuchen wird, um den von der Krone erhaltenen und angenommenen Auftrag, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen, durch Fälschung aus der Welt zu schaffen.

Fraglich ist nur, ob und wie weit der schmutzige Plan gelingt. Die Fälschungsversuche werden natürlich dem heftigsten Widerstand der sozialdemokratischen Partei und auch wohl der bürgerlichen Anhänger des allgemeinen Wahlrechts begegnen. Jede Absicht, die Wahlreform unter dem Vorwand des Schutzes der ungarischen (magyarischen) Staatsidee zu verflummeln, wird auch den Widerstand der nicht-magyarischen Nationalitäten entfesseln. Ob die Koalitionsregierung, die offenkundig die Abelschere aufrechterhalten will, angesichts dieses Widerstandes den Mut haben wird, die Fälschung der Wahlreform zu wagen, wird sich ja zeigen.

bleibt noch die Haltung der Krone. Die ungarische Herrschaft hat es seit jeher verstanden, bei günstiger Gelegenheit die Habsburger in die Enge zu treiben, sich der Fürstennacht gegenüber mit übermütigem Trotz zu behaupten, um nach eigenem Gutdünken das Land zu plündern. Für die Krone gibt es nur ein Mittel, die rebellische Oligarchie endgültig zu überwinden: das allgemeine, geheime Wahlrecht, die Beseitigung der Komitatswirtschaft durch Verstaatlichung der Verwaltung, den Appell an das Volk.

Wenn die Krone jetzt, mit dem momentanen Erfolg der „Entwörung“ zufrieden, sich mit der Politik des Fortwurstelns begnügt und einer verflummelten Wahlreform die Sanktion erteilt, so hat sie bei der nächsten geeigneten Gelegenheit die Wiederholung der eben besprochenen Wirren zu gewärtigen — ohne bei den rechtlosen, sozialökonomisch bedrückten Massen und bei den national bedrückten Nicht-magaren auf eine Stütze rechnen zu können.

Dann aber ist es mit den Habsburgern in Ungarn endgültig vorbei.

Aus der Parteibewegung.

Genosse Ignaz Auer feiert heute, am 19. April, seinen sechzigsten Geburtstag. Wir bringen ihm unsere herzlichsten Glückwünsche dar und wünschen ihm baldige, volle Genesung von seiner Krankheit. Auer war einige Jahre hindurch sehr leidend, aber wir können mit Freude konstatieren, daß, wenn auch die alte Arbeitskraft noch nicht wiedergekehrt ist, unser Nazi einer sich zurzeit relativ guten Gesundheit erfreut. Er wohnte diesen Winter allen Sitzungen des Reichstags bei und nahm an den Geschäften des Parteivorstandes teil. Wir glauben, mit unsern Glückwünschen die durchaus begründete Hoffnung verbinden zu können, unsern so verdienstvollen Ignaz Auer bald wieder ganz frei von körperlichen Beschwerden zu wissen. Möge dann unser Nazi noch recht viele Jahre unter uns wirken — für die Partei wird das ein Segen sein!

Gegen die „Leipziger Volkszeitung“ ist abermals eine recht merkwürdige Anklage erhoben worden. In der Nummer vom 22. Januar erschien ein Artikel „Der Tiger als Affe“, in dem die Vorbereitungen, die der Militarismus am 21. Januar getroffen hatte, um „die Revolution“ niederzuschlagen und — zuzusehen, gebührend gewürdigt wurden. Wegen dieses Artikels fühlten sich die Minister des Innern und des Kriegs in Preußen und Sachsen beleidigt, weshalb sie Strafantrag stellten. Das ist schon merkwürdig, daß sich vier Minister auf einmal zusammenschließen, um die Beurteilung eines sozialdemokratischen Klattes zu erzielen. Noch merkwürdiger ist allerdings, daß die Staatsanwaltschaft nicht nur den verantwortlichen Redakteur, den Genossen Krejcin, anklagte, sondern auch die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“, die Genossen Mehring, Leusch und Haniich. Offenbar sucht die Staatsanwaltschaft auf diese Weise hinter den Verfasser zu kommen, worin sie sich natürlich täuschen wird. Es ist uns überhaupt nicht recht klar, wie die Anklage gegen die drei politischen Redakteure begründet werden soll. Von Herrn Böhm, dem Leipziger Ersten Staatsanwalt, ist man ja mancherlei gewöhnt, aber wie er dieser Anklage elb vor sachlichen Richtern Erfolg verschaffen will, ist uns doch unfaßlich.

Landeskongress der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

b. Zwickau, den 17. April 1906.

In der alten Bergarbeiterstadt Zwickau traten heute die Vertreter des sächsischen Proletariats zu einer zweitägigen Verhandlung im festlich geschmückten Saal des Belvedere zusammen.

Der Vertrauensmann der Zwickauer Genossen, Genosse Müller, eröffnete die Konferenz um 10 Uhr vormittags mit einer Begrüßungsansprache. Nach der Bureauwahl und der Entscheidung anderer geschäftlicher Angelegenheiten berichtete Genosse Siederer über die Parteibewegung im vergangenen Jahre. Sie auf der vorjährigen Konferenz wäre ein erfreuliches Ergeb-

nis unserer Organisation konstatiert werden, und zwar betrag die Zunahme 8000 Mitglieder. Seit 1901 haben die Organisationen um 25 000 Mitglieder zugenommen, die Gesamtzahl betragt jetzt 64 000. Die Abonnentenzahl der Parteipresse habe sich um mindestens 8000 vermehrt. Die Organisationen müßten vor der nächsten Reichstagswahl noch mehr ausgebaut werden, damit wir den kommenden Kämpfen gewachsen seien. Alle Institutionen würden zum Kampfe gegen uns benützt, wie die Schiedensurteile gegen die harmlosen Demonstranten und das braconische Urteil gegen die „Leipziger Volkszeitung“ beweise. Der Redner besprach dann noch die Anträge zu diesem Punkt.

Nach dem vom Kassierer gegebenen Kassenericht sind im vergangenen Jahre vom Zentral-Agitationskomitee 16 451 Mk. eingemommen worden. An minderbemittelte Kreise sind 80 000 Agitationskalender abgegeben worden. Für die Gemeindevorsteher sind über 1200 Exemplare der „Kommunalen Praxis“ gehalten worden.

Nach der Begründung der Anträge, worunter sich einer auf die Gründung der Jugendorganisation bezog, berichtete in der Nachmittagsitzung die Mandats-Berücksichtigungskommission. Danach sind sämtliche 23 Kreise durch 58 Delegierte vertreten, außerdem sind die fünf Komitees, 12 Reichstagsabgeordnete, der Genossenschaft für den Parteivorstand und der Genosse Dr. Süßkum von der „Kommunalen Praxis“ erschienen. Nach einer lebhaften Diskussion, in der verschiedene Wünsche zur weiteren Ausgestaltung der Organisation und der Presse vorgebracht worden waren, insbesondere die Aufstellung eines LandesparteiSekretärs verlangt worden war, ergab die Abstimmung folgendes: Die Landesorganisation ist entsprechend dem allgemeinen Parteistatut ungenügend. Die Bezirksabteilung bleibt wie bisher unter der Leitung der Agitationskommission bestehen, an der Spitze steht das Zentral-Agitationskomitee. Dessen liegt die gesamte Agitation und jede äußere Parteitätigkeit ob. Der Antrag, in Zukunft hat jeder Kreis nur zwei Delegierte zu senden, wurde abgelehnt; ebenso der auf Anstellung eines LandesparteiSekretärs. Der Antrag, die Jugendorganisation betreffend, wurde dem Zentralkomitee zur Berücksichtigung überwiesen.

Zum Punkt 2 berichtete der Genosse Goldstein über die Tätigkeit des Landtags. An Beispielen zeigte er die Arbeiterfeindlichkeit dieses agrarischen Dreiklassenlandtags. Bei jedem Gelegenheitswurf breche die Arbeiterfeindlichkeit hervor. In eine freihändlerische Entwicklung des Wahlrechts sei nicht zu denken. Der neue Mann, Graf Hohenhausen, könne und werde an dem System nichts ändern. Wir hätten deshalb nur weiter wie bisher zu arbeiten, bis zum endgültigen Sturz der Dreiklassen-schmach.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 18. April 1906.

Zum Streik der Antiker.

Die Polizei hat auch heute morgen wieder elf Streikposten festgesetzt. Ihnen wurde auch das vervielfältigte Protokoll zur Unterschrift vorgelegt. Man stellt das Verlangen an die Streikposten, zu unterschreiben, daß sie die öffentliche Ruhe und Ordnung und den Verkehr durch Ausübung ihres Rechtes gestört haben, und die Streikbrecher haben Spießruten laufen lassen. Die Eskortierten verweigern selbstverständlich ihre Unterschrift unter ein Protokoll zu setzen, was von Anfang bis zu Ende nur erdichtete Tatsachen enthält. Die vier Streikenden, die gestern morgen in Haft genommen worden sind, hat man heute wieder aus der Haft entlassen. Warum man sie in Haft behalten hat, ist den Inhaftierten nicht mitgeteilt worden? Wie lange wird diese Fehlgang auf die Streikenden noch fortgesetzt werden? Die Veranlasser dieser Kesseltreiben gegen die Streikenden werden doch jetzt schon zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es das ungeeignetste Mittel ist, den Kampf zu beenden. Nicht durch Rechtslosmachung der Streikenden, sondern dadurch, daß man ihre berechtigten Forderungen erfüllt, wird dieser Kampf ein Ende nehmen. Die Streiklage ist auch heute noch unverändert.

Gestern abend hatte in der „Freundschaft“ der „Arbeitgeber-Verband Magdeburg“ seine Generalversammlung. Herr Simon Sprenger senior war auch durch Zirkular zu dieser Versammlung eingeladen worden. Der Vorsitzende, Herr Direktor Dittmar, erklärte bei Eröffnung der Versammlung, daß Sprenger irrtümlich nochmals eingeladen sei und forderte ihn auf, das Lokal zu verlassen. Man ließ Herrn Sprenger aber nicht einmal die Zeit, den Ueberzieher auszulegen, sondern packte ihn und warf ihn hinaus, und zwar so heftig, daß er beinahe hingeschlagen wäre. Als Scheidegruß rief man ihm die Worte Lump und ehrloser Kerl nach. Und warum wurde Sprenger in dieser pöbelhaften Weise behandelt und so brutal an die Luft gesetzt? Nur weil er den Tarif mit der Organisation abgeschlossen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkannt hat! Die Herren vom Arbeitgeber-Verband können nicht Worte genug finden, um den Terrorismus der Streikenden zu brandmarken und benutzen die geringsten Unfälle dazu, die Polizei auf sie zu hetzen. Sie selbst aber üben einen brutalen Terrorismus, wie er von den Streikenden bisher noch nicht angewandt worden ist und auch in Zukunft nicht angewandt werden wird. In ihren Augen ist Sprenger ein ehrloser Mensch, weil er den Beschluß ihrer Organisation nicht hochgehalten hat, dieselben Leute aber versuchen die ehrlichen Arbeiter, die sich im Streit befinden, zu überreden die Arbeit wieder aufzunehmen, das hieße eine Tat zu begehen, die zehnmal ehrloser ist als die Tat, die sie bei Sprenger verurteilen. Hier kommt die zweierlei Moral dieser Herren wieder in der brutalsten Form zum Ausdruck. Herr Fierwig machte in der Kommissionssitzung am Sonnabend die Bemerkung, daß er den letzten Tropfen Blut für seine Arbeitswilligen, die ihm aus der Not geholfen hätten, hingeben würde. Also eine ehrlose Tat, wenn sie von Arbeitern gegen Arbeiter verübt wird, erscheint in den Augen der Arbeitgeber als höchst ehrenhaft und nachahmenswert, überzeugt sich aber ein Unternehmer von der Berechtigung der Forderungen der Arbeiter und erkennt sie an, so ist er in ihren Augen ein Abtrünniger, ein Ehrloser, dem kein Mensch mehr Arbeit geben darf. Wird die Staatsanwaltschaft nichts gegen diese Art von Terrorismus einzuwenden haben?

Zur Maler-Aussperrung.

Am Mittwoch abend fand eine Versammlung der ausgesperrten Malergesellen im „Dreikaiserbund“ statt. In der Bezirksleiter Reichhorn einen kurzen Bericht über den bisherigen Verlauf und den Stand der Aussperrung gab. Redner sprach seine Befriedigung darüber aus, daß eine größere Anzahl von Aussperrten bereits abgereist und somit den Arbeitsmarkt hier entlastet hätte. Diese Entlastung müsse aber weiter fortgesetzt werden. Da in Berlin und andern Orten die Lohnbewegungen als erledigt angesehen werden können, wird es den noch harrenden ledigen wie auch den verheirateten Malern nicht schwer werden, anderweitig unterzukommen. Die letzteren forderte R. besonders auf, außerhalb Magdeburgs Arbeit anzunehmen, da ja laut Streikreglement die Familien hier Unterstützung erhalten. Wenn sich am Platze die Zahl der Arbeitskräfte in dem Maße

vermindert, als die Zeit der Hochkonjunktur heranrückt, werden die Unternehmer schon andern Sinnes werden und zu Verhandlungen geneigt sein. Vorderhand können die Gehilfen die bisher geliebte passive Haltung noch weiter einnehmen.

Fast sämtliche der Organisation angehörige Arbeiter sind ausgesperrt. Wo solche noch in Arbeit stehen, soll in den nächsten Tagen den betreffenden Meistern der Tarif vorgelegt werden. Bei Nichtanerkennung desselben sind die Gehilfen alsdann verpflichtet, die Arbeit sofort einzustellen. **Ausgesperrt waren insgesamt 273 Gehilfen.** Abgesehen sind bis jetzt 62, zu den neuen Bedingungen arbeiten 87, so daß noch 170 Gehilfen zu unterstützen sind. Diese Zahl soll weit wie irgend möglich zu reduzieren ist die nächste Aufgabe der Verbandsleitung sein. Der Bezirksleiter kündigt an, daß diejenigen, die künftig als Streikposten sich Unterlassungen zuschulden kommen lassen oder sich nicht zur regelmäßigen Kontrolle einfinden, für diesen Tag keine Unterstützung erhalten. Nachdem aus der Versammlung heraus die Richtigkeit der ausgesperrten in diesem ihnen aufzunehmenden Kampfe mehrfach auf das schärfste kritisiert worden war, gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach die Gehilfen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, pro Tag 50 Pf. an die Streikliste abzuführen haben. Dasselbe wird von denen verlangt, die nur 3 Tage in der Woche arbeiten. Mit der Aufforderung, energischer als bisher in diesem Kampfe die Interessen der Gehilfenhaft zur Geltung zu bringen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins finden kommende Woche statt. Die Bezirke **Sudenburg** und **Buckau** halten ihre Versammlungen Montag den 23. April ab. Für die Bezirke **Wilhelmstadt**, **Neue Neustadt**, **Alte Neustadt**, **Magdeburg-Süd** und **Magdeburg-Nord** sind sie auf Dienstag den 24. April angelegt worden. In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten. Besonders haben sich die Versammlungen mit dem Weltfeiertag, dem 1. Mai, zu beschäftigen. Es ist Aufgabe der Genossen, für recht lebhaften Besuch Sorge zu tragen.

Einer abermaligen Anfechtung zum Klassenhass soll sich Genosse Hofgabel in einer Rede in Groß-Ollersleben schuldig gemacht haben. Das Vergehen wird in einer Kritik an der Justiz erörtert. Auch der Vorsitzende der Versammlung soll durch einige Bemerkungen am Schluß der Verhandlungen sich gegen § 130 St.-G.-B. vergangen haben, wie beiden Sünden heute früh bei einer Vernehmung vom Untersuchungsrichter mitgeteilt wurde.

Zum 1. Mai. Die organisierten Stukkateure beschließen, den 1. Mai durch **Arbeitsruhe** zu feiern.

Garrett Smith u. Comp. und die Tätigkeit der Gewerksvereine. Die Kontrollerverwaltung der Firma Garrett Smith u. Co. hat sich seit Ende vorigen Jahres Mühe gegeben, den Betrieb bis zur Uebergabe an eine neue Firma weiterzuführen, allerdings unter bedeutender Einschränkung desselben. Die Arbeiterzahl ist nicht mehr halb so groß als vordem. Es wird auch der neuen Firma immerhin einige Schwierigkeiten bereiten, Erfolg zu bekommen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. Die jetzt noch Beschäftigten sind sämtlich langjährig im Betriebe tätig. Um so mehr muß darum die Art und Weise beurteilt werden, in der einzelne Meister, die im Gewerksverein Mitglied waren oder es noch sind, gegen Mitglieder des Verbandes vorgehen, deren Arbeitskraft ganz außerordentlich nützlich für den Betrieb bisher gewesen ist. Kurzerhand entlassen kann man sie nicht gut, aber man läßt ausgeführt gerade die kurze Zeit arbeiten oder schikaniert sie sonst in anderer Weise, während Meister und Mitglieder des Gewerksvereins aus drei und vier Werkstätten zusammenarbeiten, um die verpflüchtete Arbeit eines Gewerksvereins durchzuschmuggeln, die Kontroller zu täuschen; von diesen wird das aufgedeckt und der Meister steht als Lügner vor den höheren Vorgesetzten. Es ist wohl das erste Mal, daß wir solche Ausführungen machen; jedoch zwingt uns die beispiellose Frechheit, mit der die Gewerksvereine wider besseres Wissen über Terrorismus schreiben, dabei aber selbst den schändlichsten Terrorismus treiben, zu solcher Mißrede. Noch ein Beispiel dafür aus dieser Gattung: Der Vorarbeiter Schmidt ist Mitglied des Gewerksvereins. Er beschäftigt zwei Arbeiter, einer ist im Metallarbeiterverband, der andere im christlichen Verband organisiert. Einer von beiden soll entlassen werden und Schmidt eröffnet dem letzteren, er solle sich nach anderer Arbeit umsehen. Nach einigen Tagen kommt Schmidt wieder und erklärt ihm, er habe ein gut Wort eingelegt, es werde deshalb der Verhändler entlassen. Zum Dank dafür erwarte er aber, daß der Mann aus dem christlichen Verband ausscheide und sich bei Bekehrer in den Gewerksverein überschreiben lasse. Wie solche Unverschämtheit wirkt, konnte der Mühsie Vorarbeiter daraus ersehen, daß der betreffende Christliche am gleichen Tage seine Entlassung forderte, als sein Kollege vom Verband entlassen wurde.

Die Firma Gebritzer Commichan sucht noch immer in großen Inzeraten Ersatz für die Anständigen, ein Beweis dafür, daß wohl wochenlang aufgegebenen Inzerate und größtmögliche Hilfe Behlers und der Gewerksvereine eine Anzahl Streikbrecher der Firma gebracht haben, aber sie sind natürlich auch danach. Wir machen die Metallarbeiter darauf aufmerksam, daß der Streik noch nicht aufgehoben ist, daß selbst aber, wenn dies geschehen sollte, die Sperre über den Betrieb so lange verhängt bleibt, bis die Firma sich zu anderer Handlungsweise der Arbeiterhaft gegenüber bequemt. Wir erwarten also nach wie vor, daß jeder organisierte Arbeiter es ablehnt, in diesem Betriebe Arbeit zu nehmen.

Die Polizei und der Ahtuhrladenschluß. Man kann nicht sagen, daß die Magdeburger Polizei in übermäßiger Weise sozialen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Aber für den Ahtuhrladenschluß scheint sie eine große Vorliebe zu haben. Als gestern Abend der Prediger der Freireligiösen Gemeinde, Herr Dr. Kramer, den Besuchern seiner Versammlung, Schriften zum Verkauf anbot, inhibierte das der über-

wachende Polizeibeamte unter der Begründung, es sei nach 8 Uhr und um 8 Uhr trete Schluß der Verkaufszeit ein. Es ist gewiß sehr erfreulich, wenn die Polizei dafür sorgt, daß Arbeiterdurchgehende auch befolgt werden, ob sie aber bei dem Vorgehen gegen Dr. Kramer nur soziale Erwägungen leiteten, möchten wir doch bezweifeln.

Magistrat und Krankenkassen. Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 87 der „Volksstimme“, die mir erst heute zu Gesicht kommt, lesen Sie in dem Artikel „Magistrat und Krankenkassen“: „Herr Könnede (Arbeitgeber) glaubt nicht, daß er seine Frau oder seine Töchter vorkommendfalls nach der Erholungsstätte auf der Schwannenschanze schicken würde.“ Ich habe in meiner kurzen Rede, die die probeweise Beschickung der vom Vaterländischen Frauen-Verein angebotenen Schwannenschanze-Erholungsstätte auf der Schwannenschanze empfahl, obiges Blatt wie folgt angewendet: Die Beschickung dieser Erholungsstätte würde sich nicht empfehlen für Rekonvaleszenten nach kurz überstandenen schweren Krankheiten, und würde ich in diesem Falle weder meine Frau noch meine Töchter, wenn ich solche besäße, dorthin schicken. Wohl aber würde ich zur Beseitigung der leichten Erkrankungen raten.

Die vom Allgemeinen Frauen- und Schwesternverein ins Leben gerufenen Vorbildungskurse für schulentlassene Mädchen der Bürger- und Volksschulen, in denen unentgeltlich Unterweisung erteilt wird in Deutsch, Körperpflege, Haushaltungslehre, Handarbeiten, Maschinennähen, Turnen und Bewegungsspielen, beginnen am Montag den 23. April in der Diesterwegschule. Der Unterricht dauert von 7 bis 9 Uhr abends. Anmeldungen werden noch entgegengenommen von Fräulein Rose Meyer, Karstraße 7.

„Ein eigentümlicher Doppelselbstmord“ war eine Notiz in Nr. 89 unserer Zeitung überschrieben, in der mitgeteilt wurde, daß sich zwei Magdeburger Dienstmädchen in Berlin das Leben genommen hätten. Die Notiz, die einem Berliner Blatt entnommen war, gab als Ursache des Selbstmordes Entlassung der Dienstmädchen wegen „fortgesetzten nächtlichen Ausbleibens“ an. Von Befern dieses Blattes wird uns nun der Abschiedsbrief eines der Mädchen, der Emma Meischer, zur Verfügung gestellt, wonach die Sache aber ein ganz anderes Aussehen erhält. Unter anderem schreibt das Mädchen an seine Mutter:

„Wäre ich nur abgezogen, dann brauchte ich mich nicht rauschmeißen zu lassen um nichts und gar nichts auch meine liebe Freundin Bischen war auch mit im Hause wir sind am Montag Abend beide ganz plötzlich rausgeschmissen dann bin ich bis Dienstag Abend bei Bischen Eltern gewesen bis am Dienstag. Dann sind wir nach Burg gemacht bis am Donnerstag früh haben uns nochmal Köstlich amestert und jetzt sind wir in Berlin es ist hier großartig wolte ja immer nach hier Meine lieben guten Eltern dies ist die letzte Nachricht die ihr von mir bekommt denn ich habe das Leben satt und haben wir beide uns vereinigt gemeinsam aus dem Leben zu scheiden denn was soll ich nun anfangen, eine Stellung bekomme doch nicht wieder auf meinen Kopf was ich bekommen habe die ganze Schuld haben doch die, zwei Jahre bin ich gut gewesen und nun auf einmal war ich nichts mehr wert, weil ich nicht gethan ... das wirst du wohl auch wissen wie das ist liebe Mutter und jetzt muß ich mir ansprechen gegen dich, habe nichts schlechtes gethan, erkundige dich bitte bei Bischen Eltern dort bin ich gewesen.“

Eine Andeutung über die Ursache der Entlassung in dem Briefe lassen wir weg. Sicher ist jedenfalls das eine: Mädchen die „fortgesetzt nächtlich ausbleiben“ befaßt man nicht zwei Jahre im Dienst. Und selbst wenn es vorgekommen wäre, brauchte die „Herrschafft“ das nicht gleich ins Zeugnis zu schreiben. Es scheint nach dem Abschiedsbriefe des Mädchens hier eine der bekannten Dienstmädchenprovidien vorzuliegen, deren wirkliche Ursachen aber nicht mehr einwandfrei festzustellen sind, weil die Opfer im frühen Grunde ruhen.

Die kopflose Leiche eines unbekannt, zirka 22 jährigen jungen Mannes wurde am Donnerstag vormittag auf den Gleisen der Berliner Bahn hinter dem Schrottplatz aufgefunden und mitfall dem eine kurze Strecke vom Fundplatz entfernt liegenden Kopse nach der Leichenhalle des althädtischen Krankenhauses gebracht. Fingende welche Papiere über die Person des jugendlichen Selbstmörders — denn um einen solchen handelt es sich augenscheinlich — wurden nicht vorgefunden.

Gefundene Leiche. Am Mittwoch Abend ist die Leiche des Arbeiters Wilhelm Bremer, der am 7. d. M. in der Höhe des Stadtparks beim Verbreiten von Flugblättern in die Elbe gefallen und ertrunken war, am Petriförder an das Land gespült worden. Die Leiche wurde nach dem Westfriedhof geschafft.

Blinder Särm. Am Donnerstag früh 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr durch den Feuermelder Große Marktstraße alarmiert. Ein dortiger Anwohner wollte auf dem Dache der im Neuen Weg belegenen „Bereinigung“ eine Flamme bemerkt haben. Die Meldung erwies sich als blinder Särm.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 18. April 1906.

Sittlichkeitsverbrechen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Arbeiter Andreas Mikolajczek hier, geboren 1860, wegen Sittlichkeitsverbrechens an der 12 Jahre alten Tochter zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein betrunkenen Majestätsbeleidiger. Der Arbeiter Friedrich Rodich aus Ciefrier, geboren 1880, kam auf der Wanderfahrt am 26. November 1905 nach Gottesforth und kehrte beim Gaitswirt Hummel ein. In der Gaststube machte Rodich sich in angegrunkenem Zustande der Majestätsbeleidigung schuldig und erhielt deswegen 3 Monate Gefängnis.

Zigenerraten. Der vorbestrafte Bäderkehrer Karl Victoria aus Kronporst, geboren 1888, ein Zigeuner, fälschte im Januar d. J. hier eine Quittungskarte, bettelte und legte sich einen falschen Namen bei. In Hannover hatte Victoria sich im November auf den Namen „Willi Schmidt“ eine Quittungskarte ausstellen lassen, auch dem Kellner Schmidt eine solche gestohlen. Betreffs der Urkundenfälschung wurde das Verfahren eingestellt. Wegen der übrigen Straftaten erkannte die Kammer auf 3 Monate 1 Woche Gefängnis und 5 Wochen Haft.

Pausfriedensbruch. Der Maschinenschlosser Rudolf Tich, geboren 1877, hier, und der Arbeiter Adolf Carl zu Döbber, geboren 1870, sollen am 30. September 1905 den Feldhüter Bartel, als er den Auszug vor Bezahlung der rückständigen Miete verhindern wollte, gemeinschaftlich mißhandelt haben. Carl soll sich auch des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht erkannte am 20. Januar d. J. gegen Tich auf 2 Monate Gefängnis, gegen Carl auf 8 Monate und 1 Woche Gefängnis. Die Berufungskammer ermäßigte die Strafe des Tich auf 80 Tage Gefängnis ev. 6 Tage Gefängnis und sprach Carl von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei. Im übrigen wurde seine Berufung verworfen.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht des Kommandantur.
Magdeburg, 18. April 1906.

Aus Hunger zum Diebe geworden war am 10. März dieses Jahres der Delonomiehandwerker Wilhelm Hinge vom hiesigen Feldartillerie-Regiment. Er, der bisher noch unbestraft und von guter Führung ist, griff auf der Handwerkerstraße aus Versehen in eine ihm nicht gehörige Drillschloße, worin sich ein Portemonnaie, enthaltend eine Reichsmark, befand. Da H., wie er angibt, großen Hunger hatte, konnte er der Versuchung nicht widerstehen und eignete sich die Mark an, um sich dafür Nahrungsmittel zu kaufen. Der Angeklagte ist geständig. Beantragt werden 3 Wochen strenger Arrest. Das Urteil lautet dem Antrag gemäß. Von einer Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes wurde in Anbetracht der bisherigen guten Führung des Angeklagten Abstand genommen.

Wegen Körperverletzung, begangen an einem Kameraden, sind angeklagt die Kanoniere Paul Jabusch und Wilhelm Piotrowsky, beide von der 3. Kompanie des 4. Infanterie-Regiments Ende hier. Sie haben gemeinschaftlich ohne ersichtlichen Grund den Kanonier Frigfeldt, der am Abend des 8. März auf die Stube der beiden Angeklagten kam, mit einer Knospfeife derartig verhaften, daß der Geschlagene längere Zeit Schmerzen und blaue Flecke hatte. Mit Rücksicht auf die dabei zutage getretene Rohheit werden beantragt gegen Jabusch 3 Wochen, gegen Piotrowsky 14 Tage Gefängnis. Das Urteil lautet auf 10 bzw. 5 Tage Gefängnis. Die zum Schlagen benutzte Knospfeife wurde vom Gericht als nicht gefährliches Werkzeug angesehen.

Wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe im wiederholten Rückfalle war der Pionier Karl Gery von der 3. Kompanie des 4. Pionier-Bataillons hier vom Standgericht am 30. v. M. zu 4 Wochen strenger Arrest verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu hoch erschien. Da durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß der Angeklagte ohne ersichtlichen Grund seine Truppe fortgesetzt verläßt, wird die Berufung verworfen.

Letzte Nachrichten.

Das Erdbeben in Kalifornien.

Sd. New-York, 19. April. Heber die Katastrophe in San Francisco wird weiter berichtet: Das Palasthotel ist gänzlich niedergebrannt. Die Truppen demolieren alle umliegenden Gebäude, um ein Umstürzen des Feuers zu verhindern. Um 11 Uhr waren bereits alle Häuser des äußersten Nordens der Stadt zerstört. Der ganze östliche Teil bildet ebenfalls ein Flammenmeer, das sich immer weiter in südöstlicher Richtung ausbreitet. Wie verlautet, sind die zwei Schiffe, welche in der Bucht von San Francisco vor Anker lagen und gesunken sind, Kriegsschiffe. Ein heftiger Orkan unterhält das Feuer und bedroht die ganze Stadt. — Telegramme aus San Francisco berichten, daß dort Meldungen eingetroffen sind, wonach alle Schiffe des amerikanischen Geschwaders, die der Stillen Ocean-Flotte angehören, gesunken seien.

Sd. San Francisco, 19. April. Die St. Ignatiuskirche steht in Flammen. Die Regierung verteilt Medikamente, Lebensmittel und Geld unter die Verunglückten. Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich die beiden Paläste der Zeitungen „Examiner“ und „Call“. Alle Journalisten, die sich in den beiden Gebäuden befanden, sind umgekommen.

Sd. New-York, 19. April. „Evening World“ meldet, daß in San Francisco das Waisenhaus eingestürzt und 200 Kinder unter den Trümmern begraben wurden.

Sd. New-York, 19. April. Die Conradi'sche Operntruppe befindet sich gegenwärtig in San Francisco. Unter ihnen befinden sich Kapellmeister Herr Marcello Sembrich, Olibe Fremstad, Burgstaller, Dippel, van Rooz, Mühlmann, Reib und Blas. Die Truppe wohnte im Palasthotel, konnte sich aber retten und man glaubt sie in Sicherheit, wenngleich keine Depeschen von ihnen eingetroffen sind.

*** Wien, 19. April.** Die Erdbebenwarte in Raibach teilt mit, daß sämtliche Instrumente daselbst gestern 1/3 Uhr nachmittags ein äußerst heftiges Erdbeben Richtung Sibon auf Entfernung von 10 000 Kilometer anzeigten. Erst 5 Uhr nachmittags kamen die Apparate zur Ruhe.

*** Stade, 19. April.** Bei der Landtagsersatzwahl für Stade I wurden von 139 abgegebenen Stimmen für den Hofbesitzer Peter Olters auf Jork (Bund der Landwirte) 116 und für den Gegenkandidaten Peter Giese-Mittelnkirchen (Bund der Landwirte) 23 Stimmen abgegeben. Ersterer ist somit gewählt.

*** Hannover, 19. April.** Die Reichstags-Ersatzwahl für Hannover-Linden ist auf den 22. Juni festgesetzt.

*** Münster, 19. April.** Der Divisionspfarrer Bachstein-Minden wurde vom hiesigen Oberkriegsgericht, an welches das Reichsmilitärgericht am 3. März die Angelegenheit zur Überweisung hatte, wegen seiner bekannten Dsnabrücker Rede wegen Religionsmähung zu 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Sd. Petersburg, 19. April. Das radikale Blatt „Dwa-dzatty Wel“ erhielt eine ernste Verwarnung und dürfte unterdrückt werden, weil dasselbe zum Boykott französischer Waren aufgefordert hatte im Hinblick darauf, daß Frankreich die russische Antife vor Zutritt der Reichsduma ermöglicht habe.

Gastronom
Gaszungenlampen
Gasfocher
nur bestes Fabrikat, wenig Gasverbrauch. — Umarbeitung von Petroleumlampen für Gasverbrauch. — Neuester Preiswert.
O. Janoscheck, Gr. Junkerstraße 6a
Gegenüber der Buckauer Bierhalle. 3076

Leder-Ausschnitt
in großer Auswahl billigt bei
Gust. Hoffmeister
Prälattenstraße 21. 444 Annastraße 44.

Schreibhefte
nach neuer Anordnung
für Bürger- und Volksschulen
empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme
Jakobstraße 49.

Fahrräder
neue und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten
ohne grosse Anzahlung und gegen
kleine monatliche Abzahlung
3085 bei **Albert Brennecke, Sudenburg**
Fernsprecher 1938. Ecke Westendstrasse.

Emaille
erste Qualität.
Verkauf nach Gewicht. 3392
Billigste Bezugsquelle am Platz.
23 Altmarkt 23.

sondern drei Männer, auf denen die Hauptlast der aus-
wärtigen Politik ruhte, aufgeschoben — und immer
dringender wiederholt sich die Frage: Wer tut ihre Arbeit?
Und es nicht unter solchen Umständen drunter und drüber
gehen?

Der Gedanke liegt nahe, daß jetzt der Kaiser vielleicht
die ganze Arbeit der drei Männer auf sich genommen habe;
vermutlich wird aber seine Umgebung dafür sorgen, daß er
keine Last auf sich nehme, unter der schon zwei Leute „zu-
sammengebrosen“ sind. Auch sprechen die zahlreichen Reisen
des Kaisers und seine vielfachen sonstigen Beschäftigungen
gegen diese Annahme. Wo also ist der Mann, der die aus-
wärtigen Geschäfte des Reiches sachmännisch leitet — will
die Polizei vielleicht die Aufgabe übernehmen ihn zu suchen,
oder soll für seine Auffindung ein Preis ausgeschrieben
werden?

Und wer trägt vor dem deutschen Volk, wer vor dem
Reichstag die Verantwortung für das, was jetzt ge-
schieht? Den Fürsten Bülow, der sich ja noch im Amte be-
findet, als den Verantwortlichen zu behandeln, ließe einfach
auf eine Komödie hinaus. Entweder hat Bülow in seiner
Krankheit nichts erfahren, oder — was auch, möglich ist —
er hat seine Ohnmacht bekommen, als er den Inhalt des
Goluchowski-Telegramms erfuhr, das ja viel früher abge-
schickt als veröffentlicht wurde. In dem einen Falle ist er
durch Abwesenheit entschuldigt, in dem andern Falle ist er
schon genug gestraft. Die liberale bürgerliche Presse,
die früher über die „Konstitutionellen Garantien“ wie ein
Schuh über seinen Hühnerhof wachte, hat bisher noch gar
nicht bemerkt, daß ihr etwas abhanden gekommen ist. Sie
hat das heikle Problem bisher gar nicht anzufassen gewagt.
Sie hat die Aufgabe alles zu loben, was geschieht, ohne viel
zu fragen, wie es zustande gekommen ist. Ihr patriotischer
Eifer weiß sich frei von jeder Neugierde, und anbetend kniet
sie vor allem, was sich ihr droben hinter den Wolken ver-
birgt.

Nationalliberale Freude.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Krause-
Fönigsberg, der sich jüngst im preussischen Abgeordneten-
haus im Namen seiner Fraktion gegen die Einführung des
Reichstagswahlrechts zu den preussischen Landtagswahlen
erklärte, hat den Titel eines Geheimen Justizrats erhalten.
Für das geheime Wahlrecht ist er nicht, aber der
geheime Justizrat erfreut ihn und seine Gesinnungs-
genossen, wie man aus dem Jubelruf der „National-Zeitung“
erkennen kann:

Dem hochverdienten Parlamentarier, der stets zu den
treuesten Freunden der „National-Zeitung“ gehört hat, sprechen
wir unsern herzlichsten Glückwunsch aus. Wir sind dabei sicher,
daß sich die nationalliberalen Parteifreunde in Preußen und
im Reich ohne Ausnahme freudig anschließen werden.

Wie kindisch muß eine Partei geworden sein, deren An-
gehörige in der heutigen Zeit der Ueberfülle an Titeln und
Ordnern durch einen simplen Geheimrat aus dem Häuschen
gelockt werden.

Die Kriegsgerichte bestehen fort.

Die Hierakalen französischen Offiziere demon-
strieren weiter gegen die Gesetze der zivilen Republik. Neuer-
dings sind wieder von zwei Kriegsgerichten Offiziere
freigesprochen worden, die sich geweigert hatten, bei
den Inventaraufnahmen in den Kirchen den Zivilbehörden
gegen die rebellierenden, von den Pfaffen ausgehenden Klerika-
len den vom Gesetz diktierten Beistand zu leisten. Die
Offiziere pfeifen also auf das Gesetz und ihre Kameraden
klatschen ihnen als Richter Beifall.

Um so frapierender wirkt demgegenüber der Beschluß
der Regierung und ihrer Majorität, die mit viel Lärm an-
gekündigte Reform der Kriegsgerichte in der Verfertigung
verschwinden zu lassen. Zwei Tage lang hat vor ihrem
jetzt eingetretenen Schluß die Kammer über allerhand be-
langlose Gegenstände debattiert, worunter der Schutz der
nationalen Sardine den Hauptplatz einnahm, und schließ-
lich ist sie auseinandergegangen, ohne daß man nur auch ein
Sterbenswörtchen von den Kriegsgerichten hätte verlauten
lassen.

Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß mit einigen
Gelegenheitsparagrafen nicht viel getan wäre. Würde
man die von den Militärpersonen begangenen gemeinrecht-
lichen Delikte sowie den Ungehorsam gegen Anordnungen
der Zivilbehörden den ordentlichen bürgerlichen Gerichten
zuweisen, so wäre das wohl erleuchtend logisch, und daneben
noch eine Demonstration gegen die Offizierskaste, aber in
den wichtigsten der vorliegenden praktischen Fälle ohne Be-
deutung, denn die militärischen Insubordinationsvergehen
blieben immer noch den Militärgerichten vorbehalten. Die
von der Regierung in den letzten Tagen angenommene
Maßregel, daß die Kriegsgerichte gehalten sein sollten, ihre
Urteile zu begründen, wäre nicht imstande, die Opposition
der Militärrichter zu beeinträchtigen. Und dabei bliebe
immer noch die Widersinnigkeit bestehen, daß der Kriegs-
minister im administrativen Wege Strafen verhängen könnte,
die den Freibruch der Richter tatsächlich aufheben.

Die besondere Militärgerichtsbarkeit ist eben ein Unsinns-
und eine Unredlichkeit, sofern daneben die unbeschränkte Dis-
ziplinare Gewalt des Kriegsministers besteht, die über den
Angeklagten wie über seine Richter halten kann. Die
einzige Lösung dieser das Prozederfahren wie das materielle
Recht berührenden Schwierigkeiten wäre, Disziplinargewalt
und Strafrecht genau auseinanderzuhalten und, unter Auf-
hebung der ständischen Militärgerichtsbarkeit, die Kompe-
tenz der bürgerlichen Gerichte möglichst zu erweitern, wobei
allerdings, aus den Bedürfnissen der Praxis heraus, für
militärische Ausnahmegerichte in Kriegszeiten vorgesorgt
werden müßte.

Jedenfalls sind die Aufgaben, die sich in dieser Hinsicht
der Gesetzgebung stellen, sehr kompliziert. Aber nachdem
sich die Majorität und die Regierung einmal für eine Reform
auf diesem Gebiete erklärt hatten, wäre ein Beschluß, der den
künftigen Gesetzgebern den Weg gewiesen hätte, immerhin

cher am Platz gewesen als das stille Begräbnis, das den
Reaktionären ein vergnügtes Schmunzeln entlockt, und das
sie bei den bevorstehenden Wahlen auszunutzen wissen werden.

Das Ministerium der Verräter.

Das neue ungarische Ministerium der magyarischen
Koalition hat die Aufgabe erhalten und angenommen, das
allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht gesetzlich einzu-
führen und auf seinem Grunde sofort ein neues Abgeordnetens-
haus wählen zu lassen. Das neue ungarische Ministerium
der magyarischen Volksfeinde bereitet sich langsam aber sicher
auf den Platz vor, das gegebene Versprechen zu brechen.

Vor einigen Tagen hat der neue Ministerpräsident
Weterle in einer offiziellen Rede von dem „allgemeinen
Wahlrecht mit Heranziehung der berufenen Faktoren, insbe-
sondere des berechtigten Arbeiterelements, aber unter nationalen
Rahmenten“ gesprochen. Am Mittwoch hat er einer magyarischen
Deputation aus Temesvar gegenüber sich ebenfalls recht ver-
räterisch ausgedrückt:

Die von der Regierung durchzuführende Reform des Wahl-
rechts bezweckt, unter Wahrung der Unverletzlichkeit der ungarischen
Staatsidee eine Gelegenheit zu schaffen, daß jeder berufene Faktor,
insbesondere die Arbeiterklasse, die freie Ausübung des Wahlrechts
erlangt. Das Wahlrecht werde ein allgemeines und jedem
Bürger zugänglich sein und in möglichst kleinen lokalen
Kreisen ausgeübt werden.

Nach diesen Verlegenheitsreden ist es zweifellos, daß
das Ministerium Weterle das Seine versuchen wird, um den
von der Krone erhaltenen und angenommenen Auftrag, das
allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzu-
führen, durch Fälschung aus der Welt zu schaffen.

Fraglich ist nur, ob und wie weit der schmutzige Plan
gelingt. Die Fälschungsversuche werden natürlich dem heftig-
sten Widerstand der sozialdemokratischen Partei und auch
wohl der bürgerlichen Anhänger des allgemeinen Wahlrechts
begegnen. Jede Absicht, die Wahlreform unter dem Vor-
wand des Schutzes der ungarischen (magyarischen) Staats-
idee zu verwickeln, wird auch den Widerstand der nicht-
magyarischen Nationalitäten entfesseln. Ob die Koalitions-
regierung, die offenkundig die Adels Herrschaft aufrechterhalten
will, angesichts dieses Widerstandes den Mut haben wird,
die Fälschung der Wahlreform zu wagen, wird sich ja zeigen.

Wird noch die Haltung der Krone. Die ungarische
Adels Herrschaft hat es seit jeher verstanden, bei günstiger
Gelegenheit die Habsburger in die Enge zu treiben, sich der
Fürstenmacht gegenüber mit übermütigem Trotz zu behaupten,
um nach eigenem Gutdünken das Land zu plündern. Für
die Krone gibt es nur ein Mittel, die rebellische Oligarchie
endgültig zu überwinden: das allgemeine, geheime Wahlrecht,
die Beseitigung der Komitatswirtschaft durch Verstaatlichung
der Verwaltung, den Appell an das Volk.

Wenn die Krone jetzt, mit dem momentanen Erfolg der
„Entwirrung“ zufrieden, sich mit der Politik des Fort-
wurstelns begnügt und einer verflümmelten Wahlreform die
Sanktion erteilt, so hat sie bei der nächsten geeigneten
Gelegenheit die Wiederholung der eben beigelegten Wirren
zu gewärtigen — ohne bei den rechtlosen, sozialökonomisch
bedrückten Massen und bei den national bedrückten Nicht-
magyaren auf eine Stütze rechnen zu können.

Dann aber ist es mit den Habsburgern in Ungarn
endgültig vorbei.

Aus der Parteibewegung.

Genosse Ignaz Auer feiert heute, am 19. April, seinen
sechzigsten Geburtstag. Wir bringen ihm unsere herzlichsten Glück-
wünsche dar und wünschen ihm baldige, volle Genesung von seiner
Krankheit. Auer war einige Jahre hindurch sehr leidend, aber wir
können mit Freude konstatieren, daß, wenn auch die alte Arbeitskraft
noch nicht wiedergekehrt ist, unser Nazi einer sich zurzeit relativ guten
Gesundheit erfreut. Er wohnte diesen Winter allen Sitzungen des Reichs-
tags bei und nahm an den Geschäften des Parteivorstandes teil.
Wir glauben, mit unsern Glückwünschen die durchaus begründete
Hoffnung verbinden zu können, unsern so verdienstvollen Ignaz Auer
bald wieder ganz frei von körperlichen Beschwerden zu wissen. Möge
dann unser Nazi noch recht viele Jahre unter uns wirken — für die
Partei wird das ein Segen sein!

Gegen die „Leipziger Volkszeitung“ ist abermals eine recht
merkwürdige Anklage erhoben worden. In der Nummer vom 22. Januar
erschien ein Artikel „Der Diger als Affe“, in dem die Vorbereitungen,
die der Militarismus am 21. Januar getroffen hatte, um „die Revolution“
niederzuschlagen und -zuschieben, gebührend gewürdigt wurden. Wegen
dieses Artikels fühlten sich die Minister des Innern und des Kriegs in
Preußen und Sachsen beleidigt, weshalb sie Strafantrag stellten. Das
ist schon merkwürdig, daß sich vier Minister auf einmal zusammenschlo-
ßen, um die Beurteilung eines sozialdemokratischen Blattes zu erzielen.
Noch merkwürdiger ist allerdings, daß die Staatsanwaltschaft nicht nur
den verantwortlichen Redakteur, den Genossen Kreinin, anklagte,
sondern auch die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“,
die Genossen Rehring, Leusch und Hähnich. Offenbar sucht die
Staatsanwaltschaft auf diese Weise hinter den Verfasser zu kommen,
worauf sie sich natürlich täuschen wird. Es ist uns überhaupt nicht
recht klar, wie die Anklage gegen die drei politischen Redakteure be-
gründet werden soll. Von Herrn Böhm, dem Leipziger ersten Staats-
anwalt, ist man ja mancherlei gewohnt, aber wie er dieser Anklage
elbst vor sachlichen Richtern Erfolg verschaffen will, ist uns doch
unmöglich.

Landeskongress der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

b. Zwickau, den 17. April 1906.

In der alten Bergarbeiterkneipe Zwickau traten heute die
Vertreter des landesbewußten sächsischen Proletariats zu einer
zweitägigen Verhandlung im feierlich geschmückten Saal des Bel-
vederes zusammen.

Der Bertramensmann der Zwickauer Genossen, Genosse
Küller, eröffnete die Konferenz um 10 Uhr vormittags mit
einer Begrüßungsansprache. Nach der Bureauwahl und der Er-
ledigung anderer geschäftlicher Angelegenheiten berichtete Genosse
Sindermann von Dresden vom Zentral-Agitations-
komitee über die Parteibewegung im vergangenen Jahre.
Sie auf der vorjährigen Konferenz wurde ein erfreuliches Ergeb-

nis unserer Organisationen konstatiert worden, und zwar betrug
die Zunahme 8000 Mitglieder. Seit 1901 haben die Organisa-
tionen um 28 000 Mitglieder zugenommen, die Gesamtzahl betrag
jetzt 64 000. Die Abonnentenzahl der Parteipresse habe sich um
mindestens 8000 vermehrt. Die Organisationen mühten vor der
nächsten Reichstagswahl noch mehr ausgebaut werden, damit in
den kommenden Kämpfen gewonnen werden. Alle Institutionen
würden zum Kampfe gegen uns benötigt, wie die Sachverständigen
gegen die hainulose Demonstrationen und das drakonische Urteil
gegen die „Leipziger Volkszeitung“ beweise. Der Redner be-
sprach dann noch die Anträge zu diesem Punkt.

Nach dem vom Kassierer gegebenen Rapport berichtete er
im vergangenen Jahre vom Zentral-Agitationskomitee 16 451 M.
angenommen worden. In minderbemittelte Kreise sind 80 000
Agitationskalender abgegeben worden. Für die Gemeindegerech-
ter sind über 1200 Exemplare der „Kommunalen Praxis“ gehalten
worden.

Nach der Begründung der Anträge, worunter sich einer auf
die Gründung der Jugendorganisation bezieht, berichtete in der
Nachmittagsung die Mandats-Prüfungskommission. Danach
sind sämtliche 28 Kreise durch 68 Delegierte vertreten, außerdem
sind die fünf Komitees, 12 Reichstagsabgeordnete, der Genosse
Gersch für den Parteivorstand und der Genosse Dr. Südbach
von der „Kommunalen Praxis“ erschienen. Nach einer eingehenden
Diskussion, in der verschiedene Wünsche zur weiteren Umgestal-
tung der Organisation und der Presse vorgebracht worden waren
insbesondere die Anstellung eines Landesparteisekretärs verlan-
gt worden war, ergab die Abstimmung folgendes: Die Landesorgani-
sation ist entsprechend dem allgemeinen Parteistatut umzuformen.
Die Bezirkseinteilung bleibt wie bisher unter der Leitung der
Agitationskommission bestehen, an der Spitze steht das Zentral-
Agitationskomitee. Dessen liegt die gesamte Agitation und jede
äußere Parteitätigkeit ob. Der Antrag, in Zukunft hat jeder
Kreis nur zwei Delegierte zu senden, wurde abgelehnt; eben-
so der Antrag auf Anstellung eines Landesparteisekretärs. Der Antrag,
die Jugendorganisation betreffend, wurde dem Zentralkomitee zur
Berücksichtigung überwiesen.

Zum Punkt 2 berichtete der Genosse Goldstein über die
Tätigkeit des Landtags. An Beispielen zeigte er die Arbeiter-
feindlichkeit dieses agrarischen Dreiklassenlandtags. Bei jedem
Gesetzentwurf breche die Arbeiterfeindlichkeit hervor. In einer
freieitliche Entwicklung des Wahlrechts sei nicht zu denken. Der
neue Mann, Graf Hohenthal, könne und werde an dem
System nichts ändern. Wir hätten deshalb nur weiter wie bis-
her zu arbeiten, bis zum endgültigen Sturz der Dreiklassen-
schmach.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 18. April 1906.

Zum Streik der Ruffcher.

Die Polizei hat auch heute morgen wieder elf Streikposten
festgesetzt. Ihnen wurde auch das vervielfältigte Protokoll zur Unter-
schrift vorgelegt. Man stellt das Verlangen an die Streikposten, zu
unterschreiben, daß sie die öffentliche Ruhe und Ordnung
und den Verkehr durch Ausübung ihres Rechtes ge-
stört haben, und die Streikbrecher haben Spießruten laufen lassen.
Die Streikposten verweigern selbstverständlich ihre Unterschrift unter ein
Protokoll zu setzen, was von Anfang bis zu Ende nur erdichtete Tat-
sachen enthält. Die vier Streikenden, die gestern morgen in Haft ge-
nommen worden sind, hat man heute wieder aus der Haft entlassen.
Warum man sie in Haft behalten hat, ist den Inhaftierten nicht mit-
geteilt worden? Wie lange wird diese Heßjagd auf die Streikenden
noch fortgesetzt werden? Die Veranlasser dieser Kesseltreiben gegen die
Streikenden werden doch jetzt schon zu der Ueberzeugung gekommen
sein, daß es das ungeeignetste Mittel ist, den Kampf zu beenden. Nicht
durch Rechtsnachmachung der Streikenden, sondern dadurch, daß man
ihre berechtigten Forderungen erfüllt, wird dieser Kampf ein Ende
nehmen. Die Streiklage ist auch heute noch unverändert.

Gestern abend hatte in der „Freundschaft“ der Arbeitgeber-
Verband Magdeburg seine Generalversammlung. Herr Simon
Sprenger senior war auch durch Zirkular zu dieser Versammlung
eingeladen worden. Der Vorsitzende, Herr Direktor Wittmar, erklärte
bei Eröffnung der Versammlung, daß Sprenger irrtümlich nochmals
eingeladen sei und forderte ihn auf, das Lokal zu verlassen. Man
ließ Herrn Sprenger aber nicht einmal die Zeit, den Ueberzieher an-
zuziehen, sondern packte ihn und warf ihn hinaus, und zwar so
heftig, daß er beinahe hingefallen wäre. Als Scheidegruß
rief man ihm die Worte Lump und chlofer Kerl nach. Und
warum wurde Sprenger in dieser pöbelhaften Weise behandelt und so
brutal an die Luft gesetzt? Nur weil er den Tarif mit der Organi-
sation abgeschlossen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter aner-
kannt hat! Die Herren vom Arbeitgeber-Verband können nicht Worte
genug finden, um den Terrorismus der Streikenden zu brand-
marken und bezeugen die geringsten Anlässe dazu, die Polizei auf sie
zu hetzen. Sie selbst aber üben einen brutalen Terrorismus, wie er
von den Streikenden bisher noch nicht angewandt worden ist und auch
in Zukunft nicht angewandt werden wird. In ihren Augen ist Sprenger
ein ehrolofer Mensch, weil er den Beschluß ihrer Organisation nicht
hochgehalten hat, dieselben Leute aber versuchen die ehrliehen Arbeiter,
die sich im Streik befinden, zu überreden die Arbeit wieder aufzunehmen,
das hieße eine Tat zu begehen, die zehnmal ehrolofer ist als die
Tat, die sie bei Sprenger verurteilen. Hier kommt die zweierlei
Moral dieser Herren wieder in der brutalsten Form zum Ausdruck.
Herr Fiering machte in der Kommissionsitzung am Sonnabend
die Bemerkung, daß er den „letzten Tropfen Blut“ für
eine Arbeitswilligen, die ihm aus der Not ge-
holten hätten, hingeben würde. Also eine ehrolofe Tat,
wenn sie von Arbeitern gegen Arbeiter verübt wird, erscheint in den
Augen der Arbeitgeber als höchst ehrenhaft und nachahmenswert, über-
zeugt sich aber ein Unternehmer von der Berechtigung der Forderungen
der Arbeiter und erkennt sie an, so ist er in ihren Augen ein Ab-
trünniger, ein Ehrolofer, dem kein Mensch mehr Arbeit geben darf.
Wird die Staatsanwaltschaft nichts gegen diese Art von Terrorismus
einzuwenden haben?

Zur Maler-Ausperrung.

Am Mittwoch abend fand eine Versammlung der ausge-
sperrten Malergesellen im „Dreikaiserbund“ statt. In der Bezirks-
leiter Fichtorn einen kurzen Bericht über den bisherigen Ver-
lauf und den Stand der Ausperrung gab. Redner sprach seine
Befriedigung darüber aus, daß eine größere Anzahl von Aus-
gesperrten bereits abgereist und somit den Arbeitsmarkt hier ent-
lastet hätte. Diese Entlastung müßte aber weiter fortgesetzt
werden. Da in Berlin und andern Orten die Wohnbedürfnisse
als erledigt angesehen werden können, wird es den noch vor-
handenen ledigen wie auch den verheirateten Malern nicht schwer
werden, anderweitig unterzukommen. Die letzteren forderte er
besonders auf, außerhalb Magdeburgs Arbeit anzunehmen, da ja
laut Streikreglement die Familien hier Unterstützung erhalten.
Wenn sich am Platze die Zahl der Arbeitskräfte in dem Maße

vermindert, als die Zeit der Hochkonjunktur heranrückt, werden die Unternehmer schon andern Sinnes werden und zu Verhandlungen geneigt sein. Vorberhand können die Gehilfen die bisher geübte passiv Haltung noch weiter einnehmen.

Fast sämtliche der Organisation angehörigen Meister sind ausgesperrt. Wo solche noch in Arbeit stehen, soll in den nächsten Tagen den betreffenden Meistern der Tarif vorgelegt werden. Bei Nichtanerkennung derselben sind die Gehilfen alsdann verpflichtet, die Arbeit sofort einzustellen. Ausgesperrt waren insgesamt 278 Gehilfen. Abgereist sind bis jetzt 82 zu den neuen Bedingungen arbeiten 87, so daß noch 170 Gehilfen zu unterstützen sind. Diese Zahl würde wie irgend möglich zu reduzieren wird die nächste Aufgabe der Verbandsleitung sein. Der Bezirksleiter kündigt an, daß diejenigen, die künftig als Streikposten sich Unterlassungen zuschulden kommen lassen oder sich nicht zur regelmäßigen Kontrolle einfinden, für diesen Tag keine Unterstützung erhalten. Nachdem aus der Versammlung heraus die Loyalität der ausgesperrten in diesem Sinne aufzuwecken Kampf mehrfach auf das schärfste kritisiert worden war, gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach die Gehilfen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, pro Tag 50 Pf. an die Streikklasse abzuführen haben. Dasselbe wird von denen verlangt, die nur 3 Tage in der Woche arbeiten. Mit der Aufforderung, energischer als bisher in diesem Kampfe die Interessen der Gehilfen zur Geltung zu bringen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins finden kommende Woche statt. Die Bezirke S u d e n b u r g und W u l f a u halten ihre Versammlungen Montag den 23. April ab. Für die Bezirke W i l h e l m s t a d t, N e u e N e u s t a d t, A l t e N e u s t a d t, M a g d e b u r g - S ü d und M a g d e b u r g - N o r d sind sie auf Dienstag den 24. April angesetzt worden. In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten. Besonders haben sich die Versammlungen mit dem Weltfeiertag, dem 1. Mai, zu beschäftigen. Es ist Aufgabe der Genossen, für recht lebhaften Besuch Sorge zu tragen.

Einer abermaligen Aufreizung zum Klassenhass soll sich Genosse Holzappel in einer Rede in Groß-Dietzleben schuldig gemacht haben. Das Vergehen wird in einer Kritik an der Justiz erblickt. Auch der Vorsitzende der Versammlung soll durch einige Bemerkungen am Schluß der Verhandlungen sich gegen § 130 St.-G.-B. vergangen haben, wie beiden Sündern heute freit bei einer Vernehmung vom Untersuchungsrichter mitgeteilt wurde.

Zum 1. Mai. Die organisierten Stukkateure beschließen, den 1. Mai durch **Arbeitsruhe** zu feiern.

Garrett Smith u. Comp. und die Tätigkeit der Gewerkschaften. Die Kontraktverwaltung der Firma Garrett Smith u. Co. hat sich seit Ende vorigen Jahres Mische gegeben, den Betrieb bis zur Uebergabe an eine neue Firma weiterzuführen, allerdings unter bedeutender Einschränkung desselben. Die Arbeiterzahl ist nicht mehr halb so groß als vordem. Es wird auch der neuen Firma immerhin einige Schwierigkeiten bereiten, Ersatz zu bekommen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. Die jetzt noch Beschäftigten sind sämtlich langjährig im Betriebe tätig. Um so mehr muß darum die Art und Weise beurteilt werden, in der einzelne Meister, die im Gewerkschaftsmitglied waren oder es noch sind, gegen Mitglieder des Verbandes vorgehen, deren Arbeitskraft ganz außerordentlich nützlich für den Betrieb bisher gewesen ist. Kurzherd entlassen kann man sie nicht gut, aber man löst ausgeführt gerade die kurze Zeit arbeiten oder schiantiert sie sonst in anderer Weise, während Mitglieder des Gewerkschaftsvereins aus drei und vier Werksstätten zusammenarbeiten, um die verpöbte Arbeit eines Gewerkschaftsmitglieds durchzuschmuggeln, die Kontrolleure zu täuschen; von diesen wird das aufgedeckt und der Meister steht als Lügner vor den höheren Vorgesetzten. Es ist wohl das erste Mal, daß wir solche Ausführungen machen; jedoch bringt uns die beispiellose Frechheit, mit der die Gewerkschaftler immer besseres Wissen über Terrorismus schreiben, dabei aber selbst den schlimmsten Terrorismus treiben, zu solcher Wut. Noch ein Beispiel dafür aus dieser Fabrik: Der Vorarbeiter Schmidt ist Mitglied des Gewerkschaftsvereins. Er beschäftigt zwei Arbeiter, einer ist im Metallarbeiterverband, der andere im christlichen Verband organisiert. Einer von beiden soll entlassen werden und Schmidt eröffnet dem letzteren, er solle sich nach anderer Arbeit umsehen. Nach einigen Tagen kommt Schmidt wieder und erklärt ihm, er habe ein gut Wort eingelegt, es werde deshalb der Verbandsarbeiter entlassen. Zum Dank dafür erwarte er aber, daß der Mann aus dem christlichen Verband ausscheide und sich bei Döbler in den Gewerkschaftsverein übererschreiben lasse. Wie solche Unverschämtheit wirkt, konnte der Russe Vorarbeiter daraus ersehen, daß der betreffende Christliche am gleichen Tage seine Entlassung forderte, als sein Kollege vom Verband entlassen wurde.

Die Firma Gebrüder Comman sucht noch immer in großen Injektoren Ersatz für die Ausständigen, ein Beweis dafür, daß wohl wochenlang ausgegebene Injektoren und größtmögliche Hilfe des Bezirkes und der Gewerkschaft eine Anzahl Streikbrecher der Firma gebracht haben, aber sie sind natürlich auch danach. Wir machen die Metallarbeiter darauf aufmerksam, daß der Streik noch nicht aufgehoben ist, daß selbst aber, wenn dies geschehen sollte, die Sperre über den Betrieb so lange verhängt bleibt, bis die Firma sich zu anderer Handlungsweise der Arbeiterschaft gegenüber bequemt. Wir erwarten also nach wie vor, daß jeder organisierte Arbeiter es ablehnt, in diesem Betriebe Arbeit zu nehmen.

Die Polizei und der Ahtuhrladenschluß. Man kann nicht sagen, daß die Magdeburger Polizei in übermäßiger Weise sozialen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Aber für den Ahtuhrladenschluß scheint sie eine große Vorliebe zu haben. Als gestern Abend der Prediger der Freireligiösen Gemeinde, Herr Dr. Kramer, den Besuchern seiner Versammlung, Schriften zum Verkauf anbot, inhibierte das der über-

wachende Polizeibeamte unter der Begründung, es sei nach 8 Uhr und um 8 Uhr trete Schluß der Verkaufszeit ein. Es ist gewiß sehr erfreulich, wenn die Polizei dafür sorgt, daß Arbeiterbeschäftigung auch befolgt werden, ob sie aber bei dem Vorgehen gegen Dr. Kramer nur soziale Erwägungen leiteten, üben wir doch bezweifeln.

Magistrat und Krankenkassen. Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 87 der „Volksstimme“, die mir erst heute zu Gesicht kommt, lesen Sie in dem Artikel „Magistrat und Krankenkassen“: „Herr Künneke (Arbeitsgeber) glaubt nicht, daß er seine Frau oder seine Töchter vorkommendenfalls nach der Erholungsstätte auf der Schwanenschänke schicken würde.“ Ich habe in meiner kurzen Rede, die die probeweise Beschickung der vom Vaterländischen Frauen-Verein angebotenen Schwanenschänke-Erholungsstätte aus praktischen Gründen empfahl, obiges Bild wie folgt angewendet: Die Beschickung dieser Erholungsstätte würde sich nicht empfehlen für Melonvaldegenenten nach kurz überstandenen schweren Krankheiten, und würde ich in diesem Falle weder meine Frau noch meine Töchter, wenn ich solche besäße, dorthin schicken. Wohl aber würde ich zur Vermeidung der Gefahr bei leichten Erkrankungen raten.

Die vom Allgemeinen Frauen- und Lehrerinnenverein ins Leben genommene Fortbildungskurse für schulentlassene Mädchen der Bürger- und Volksschulen, in denen unentgeltlich Unterweisung erteilt wird in Deutsch, Körperpflege, Haushaltungsrechnen, Handarbeiten, Maschinennähen, Turnen und Bewegungsspielen, beginnen am Montag den 23. April in der Diesterwegschule. Der Unterricht dauert von 7 bis 9 Uhr abends. Anmeldungen werden noch entgegengenommen von Fräulein Rose Weber, Karlstraße 7.

Ein eigenhändiger Doppelselbstmord war eine Notiz in Nr. 89 unserer Zeitung übergeschrieben, in der mitgeteilt wurde, daß sich zwei Magdeburger Dienstmädchen in Berlin das Leben genommen hätten. Die Notiz, die einem Berliner Blatte entnommen war, gab als Ursache des Selbstmordes Entlassung der Dienstmädchen wegen „fortgesetzten nachlässigen Ausbleibens“ an. Von Lesern unsres Blattes wird uns nun der Abschiedsbrief eines der Mädchen, der Emma Weischer, zur Verfügung gestellt, wonach die Sache aber ein ganz anderes Aussehen erhält. Unter anderem schreibt das Mädchen an seine Mutter:

„Wäre ich nur abgezogen, dann brauchte ich mich nicht rauschmeißen zu lassen um nichts und garnichts auch meine liebe Freundin Bischen war auch mit im Hause wir sind am Montag Abend beide ganz plötzlich rausgeschmissen dann bin ich bis Dienstag Abend bei Bischen Eltern gewesen bis am Dienstag Dann sind wir nach Burg gemacht bis am Donnerstag früh haben uns nochmal küßlich anesiert und jetzt sind wir in Berlin es ist hier großartig wolte ja immer nach hier Meine lieben guten Eltern dies ist die letzte Nachricht die ihr von mir bekommt denn ich habe das Leben satt und haben wir beide uns vereinigt gemeinsam an dem Leben zu scheiden denn was soll ich nun anfangen, eine Stellung bekomme doch nicht wieder auf meinen Anteil was ich bekommen habe die ganze Schuld haben doch die, Zwei Jahre bin ich gut gewesen und nun auf einmal war ich nichts mehr wert, weil ich nicht gethan ... das wirst Du wohl auch wissen wie das ist liebe Mutter und jetzt muß ich mir aussprechen gegen die, habe nichts schlechtes gethan, erkundige dich bitte bei Bischen Eltern dort bin ich gewesen.“

Eine Andeutung über die Ursache der Entlassung in dem Briefe lassen wir weg. Sicher ist jedenfalls das eine: Mädchen die „fortgesetzt nachlässig ausbleiben“ behält man nicht zwei Jahre im Dienst. Und selbst wenn es vorgekommen wäre, brauchte die „Herrschaft“ das nicht gleich ins Zeugnis zu schreiben. Es scheint nach dem Abschiedsbriefe des Mädchens hier eine der bekannten Dienstmädchen-Modien vorzuliegen, deren wirkliche Ursachen aber nicht mehr einwandfrei festzustellen sind, weil die Opfer im höchsten Grade ruhen.

Die kopflose Leiche eines unbekannt, circa 22 jährigen jungen Mannes wurde am Donnerstag vormittag auf den Gleisen der Berliner Bahn hinter dem Schrottplatz aufgefunden und mitfamt dem eine kurze Strecke vom Fundplatz entfernt liegenden Kopfe nach der Leichenhalle des allstädtischen Krankenhauses gebracht. Jemand welche Papiere über die Person des jugendlichen Selbstmörders — denn um einen solchen handelt es sich augenscheinlich — wurden nicht vorgefunden.

Gefundene Leiche. Am Mittwoch Abend ist die Leiche des Arbeiters Wilhelm Bremer, der am 7. d. M. in der Höhe des Stadtparks beim Verbreiten von Flugblättern in die Elbe gefallen und ertrunken war, am Petriförder an das Land gespült worden. Die Leiche wurde nach dem Westfriedhof geschafft.

Blinder Lärm. Am Donnerstag früh 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre durch den Feuermelder Große Marktstraße alarmiert. Ein dortiger Anwohner wollte auf dem Dache der im Neuen Weg belegenen „Vereinigung“ eine Flamme bemerkt haben. Die Meldung erwies sich als blinder Lärm.

Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 18. April 1906.

Sittlichkeitsverbrechen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Arbeiter Andreas Mikolajczef hier, geboren 1880, wegen Sittlichkeitsverbrechens an der 12 Jahre alten Tochter zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein betrunkenen Majestätsbeleidiger. Der Arbeiter Friedrich Rodich aus Gießler, geboren 1880, kam auf der Wandererschaft am 26. November 1905 nach Gottesforch und lehrte beim Gastwirt Hummel ein. In der Gaststube machte Rodich sich in angetrunkenem Zustande der Majestätsbeleidigung schuldig und erhielt deswegen 3 Monate Gefängnis.

Eigennutz. Der vorbestrafte Bäderlehrling Karl Victoria aus Kronenort, geboren 1888, ein Zigeuner, fälschte im Januar d. J. hier eine Quittungskarte, bettelte und legte sich einen falschen Namen bei. In Hannover hatte Victoria sich im November auf den Namen „Billi Schmidt“ eine Quittungskarte ausstellen lassen, auch dem Kellner Schmidt eine solche gestohlen. Betreffs der Urkundenfälschung wurde das Verfahren eingestellt. Wegen der übrigen Straftaten erkannte die Kammer auf 3 Monate 1 Woche Gefängnis und 5 Wochen Haft.

Hausfriedensbruch. Der Maschinenschlosser Rudolf Kieh, geboren 1877, hier, und der Arbeiter Wolf Carl zu Diesdorf, geboren 1870, sollen am 30. September 1905 den Feldhüter Bartel, als er den Auszug vor Bezahlung der rüchständigen Miete verhindern wollte, gemeinschaftlich mißhandelt haben. Carl soll sich auch des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht erkannte am 29. Januar d. J. gegen Kieh auf 2 Monate Gefängnis, gegen Carl auf 8 Monate und 1 Woche Gefängnis. Die Berufungskammer ermäßigte die Strafe des Kieh auf 80 Mark Geldstrafe ev. 6 Tage Gefängnis und sprach Carl von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei. Im Übrigen wurde seine Berufung verworfen.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der Kommandantur.

Magdeburg, 18. April 1906.

Aus Hunger zum Dieb geworden war am 10. März dieses Jahres der Detonationshandwerker Wilhelm Hingz vom hiesigen Feldartillerie-Regiment. H., der bisher noch unbestraft und von guter Führung ist, griff auf der Handwerkerstraße aus Versehen in eine ihm nicht gehörige Drillschloße, worin sich ein Portemonnaie, enthaltend eine Reichsmark, befand. Da H., wie er angibt, großen Hunger hatte, konnte er der Versuchung nicht widerstehen und eignete sich die Mark an, um sich dafür Nahrungsmittel zu kaufen. Der Angeklagte ist geständig. Beantwagt werden 3 Wochen strenger Arrest. Das Urteil lautet dem Antrag gemäß. Von einer Veretzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes wurde in Anbetracht der bisherigen guten Führung des Angeklagten Abstand genommen.

Wegen Körperverletzung, begangen an einem Kameraden, sind angeklagt die Kanoniere Paul Jabusch und Wilhelm Biotrowsky, beide von der 3. Kompanie des 4. Fußartillerie-Regiments Ende hier. Sie haben gemeinschaftlich ohne ersichtlichen Grund den Kanonier Freyfeldt, der am Abend des 8. März auf die Stube der beiden Angeklagten kam, mit einer Klopfspeitsche derartig verhöhnt, daß der Geschlagene längere Zeit Schmerzen und blaue Flecke hatte. Mit Rücksicht auf die dabei zutage getretene Rohheit werden beantragt gegen Jabusch 3 Wochen, gegen Biotrowsky 14 Tage Gefängnis. Das Urteil lautet auf 10 bzw. 5 Tage Gefängnis. Die zum Schlagen benutzte Klopfspeitsche wurde vom Gericht als nicht gefährliches Werkzeug angesehen.

Wegen unerlaubter Entferrnung von der Truppe im wiederholten Maß war der Pionier Karl Gerk von der 3. Kompanie des 4. Pionier-Regiments hier vom Standgericht am 30. v. M. zu 4 Wochen strenger Arrest verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu hoch erschien. Da durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß der Angeklagte ohne ersichtlichen Grund seine Truppe fortgesetzt verläßt, wird die Berufung verworfen.

Letzte Nachrichten.

Das Erdbeben in Kalifornien.

Sd. New-York, 19. April. Ueber die Katastrophe in San Francisco wird weiter berichtet: Das Palasthotel ist gänzlich niedergebrennt. Die Truppen demolieren alle umliegenden Gebäude, um ein Umsichgreifen des Feuers zu verhindern. Um 11 Uhr waren bereits alle Häuser des äußersten Nordens der Stadt zerstört. Der ganze östliche Teil bildet ebenfalls ein Flammenmeer, das sich immer weiter in südöstlicher Richtung ausbreitet. — Wie verlautet, sind die zwei Schiffe, welche in der Nacht von San Francisco vor Anker lagen und gesunken sind, Kriegsschiffe. Ein heftiger Wind unterhält das Feuer und bedroht die ganze Stadt. — Telegramme aus San Francisco berichten, daß dort Meldungen eingetroffen sind, wonach alle Schiffe des amerikanischen Geschwaders, die der Stillen Ozean-Flotte angehören, gesunken seien.

Sd. San Francisco, 19. April. Die St. Ignatiuskirche steht in Flammen. Die Regierung verteilt Medikamente, Lebensmittel und Geld unter die Verunglückten. Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich die beiden Paläste der Zeitungen „Examiner“ und „Call“. Alle Journalisten, die sich in den beiden Gebäuden befanden, sind umgekommen.

Sd. New-York, 19. April. „Evening World“ meldet, daß in San Francisco das Waisenhause eingestürzt und 200 Kinder unter den Trümmern begraben wurden.

Sd. New-York, 19. April. Die Conriedsche Operntroupe befindet sich gegenwärtig in San Francisco. Unter ihnen befinden sich Kapellmeister Herr Marcello Sembrich, Oliva Fremstad, Burgstaller, Dippel, van Nooy, Mühlmann, Reig und Blag. Die Truppe wohnte im Palasthotel, konnte sich aber retten und man glaubt sie in Sicherheit, wenngleich keine Depeschen von ihnen eingetroffen sind.

* Wien, 19. April. Die Erdbebenwarte in Laibach teilt mit, daß sämtliche Instrumente daselbst gestern 1/3 Uhr nachmittags ein äußerst heftiges Fernbeben Richtung Südost auf Entfernung von 10 000 Kilometer anzeigten. Erst 5 Uhr nachmittags kamen die Apparate zur Ruhe.

* Stade, 19. April. Bei der Landtagsersahwahl für Stade I wurden von 139 abgegebenen Stimmen für den Hofbesitzer Peter Ditters auf Forst (Bund der Landwirte) 116 und für den Gegenkandidaten Peter Giese-Wittelnkirchen (Bund der Landwirte) 23 Stimmen abgegeben. Ersterer ist somit gewählt.

* Hannover, 19. April. Die Reichstags-Ersahwahl für Hannover-Linden ist auf den 22. Juni festgesetzt.

* Münster, 19. April. Der Divisionspfarrer Bachstein-Winden wurde vom hiesigen Oberkriegsgericht, an welches das Reichsmilitärgericht am 3. März die Angelegenheit zurückerwiesen hatte, wegen seiner bekannten Osnaabrücker Rede wegen Religionsfälschung zu 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Sd. Petersburg, 19. April. Das radikale Blatt „Dwa-dyaty Wet“ erhielt eine ernste Verwarnung und dürfte unterdrückt werden, weil dasselbe zum Boykott französischer Waren aufgefordert hatte im Hinblick darauf, daß Frankreich die russische Anleihe vor Zusammentritt der Reichsduma ermächtigt habe.

Gastronen

Gaszuglampen

Gasfocher

nur bestes Fabrikat, wenig Gasverbrauch. — Umarbeitung von Petroleumlampen für Gasverbrauch. — Neueste Preiswert.

O. Janoscheck, Gr. Junkerstraße 6a
Gegenüber der Buckauer Bierhalle. 3076

Leder-Ausschnitt
in großer Auswahl billigst bei
Gust. Hoffmeister
Brälatenstraße 21. 444 Annastraße 44.

Schreibhefte

nach neuester Anordnung

für Bürger- und Volksschulen

empfiehlt

Buchhandlung Volksstimme

Jacobstraße 49.

Fahrräder

nene und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten ohne grosse Anzahlung und gegen kleine monatliche Abzahlung

3085 bei **Albert Brennecke, Sudenburg**
Fernsprecher 1938. Ecke Westendstrasse.

Emaille erste Qualität.
Verkauf nach Gewicht. 3392
Billigste Bezugsquelle am Platze.
23 Altmarkt 23.

sondern drei Männer, auf denen die Hauptlast der auswärtigen Politik ruhte, ausgeschlossen — und immer dringender wiederholt sich die Frage: Wer tut ihre Arbeit? Wo es nicht unter solchen Umständen drunter und drüber gehen?

Der Gedanke liegt nahe, daß jetzt der Kaiser vielleicht die ganze Arbeit der drei Männer auf sich genommen habe; vermutlich wird aber seine Umgebung dafür sorgen, daß er keine Last auf sich nehme, unter der schon zwei Leute „zusammengebrosen“ sind. Auch sprechen die zahlreichen Reisen des Kaisers und seine vielfachen sonstigen Beschäftigungen gegen diese Annahme. Wo also ist der Mann, der die auswärtigen Geschäfte des Reiches sachmännisch leitet — will die Polizei vielleicht die Aufgabe übernehmen ihn zu suchen, oder soll für seine Auffindung ein Preis ausgeschrieben werden?

Und wer trägt vor dem deutschen Volk, wer vor dem Reichstag die Verantwortung für das, was jetzt geschieht? Den Fürsten Bülow, der sich ja noch im Amte befindet, als den Verantwortlichen zu behandeln, ließe einfach auf eine Komödie hinaus. Entweder hat Bülow in seiner Krankheit nichts erfahren, oder — was auch möglich ist — er hat seine Ohnmacht bekommen, als er den Inhalt des Goluchowski-Telegramms erfuhr, das ja viel früher abgeschickt als veröffentlicht wurde. In dem einen Falle ist er durch Abwesenheit entschuldigt, in dem anderen Falle ist er schon genug gestraft. Die liberale bürgerliche Presse, die früher über die „konstitutionellen Garantien“ wie ein Gahn über seinen Hühnerhof wachte, hat bisher noch gar nicht bemerkt, daß ihr etwas abhanden gekommen ist. Sie hat das heikle Problem bisher gar nicht anzufassen gewagt. Sie hat die Aufgabe alles zu loben, was geschieht, ohne viel zu fragen, wie es zustande gekommen ist. Ihr patriotischer Eifer weiß sich frei von jeder Neugierde, und anbetend kniet sie vor allem, was sich ihr droben hinter den Wolken verbirgt.

Nationalliberale Freude.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Krause-Königsberg, der sich jüngst im preussischen Abgeordnetenhaus im Namen seiner Fraktion gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts zu den preussischen Landtagswahlen erklärte, hat den Titel eines Geheimen Justizrats erhalten. Für das geheime Wahlrecht ist er nicht, aber der geheime Justizrat erfreut ihn und seine Gefinnungsgenossen, wie man aus dem Jubelruf der „National-Zeitung“ erkennen kann:

Dem hochverdienten Parlamentarier, der stets zu den treuesten Freunden der National-Zeitung gehört hat, sprechen wir unsern herzlichsten Glückwunsch aus. Wir sind dabei sicher, daß sich die nationalliberalen Parteifreunde in Preußen und im Reich ohne Ausnahme freudig anschließen werden.

Wie kindisch muß eine Partei geworden sein, deren Angehörige in der heutigen Zeit der Ueberfülle an Titeln und Orden durch einen simplen Geheimrat aus dem Häuschen gelockt werden.

Die Kriegsgerichte bestehen fort.

Die Meritalken französischen Offiziere demonstrieren weiter gegen die Gehe der zivilen Republik. Neuerdings sind wieder von zwei Kriegsgerichten Offiziere freigesprochen worden, die sich geweigert hatten, bei den Inventaraufnahmen in den Kirchen den Zivilbehörden gegen die rebellierenden, von den Pfaffen aufgekochten Meritalken den vom Geis diktierten Beistand zu leisten. Die Offiziere pfeifen also auf das Geis und ihre Kameraden klatschen ihnen als Richter Beifall.

Um so frapierender wirkt demgegenüber der Beschluß der Regierung und ihrer Majorität, die mit viel Lärm angekündigte Reform der Kriegsgerichte in der Verlesung verschwinden zu lassen. Zwei Tage lang hat vor ihrem jetzt eingetretenen Schluß die Kammer über allerhand belanglose Gegenstände debattiert, worunter der Schutz der nationalen Sardine den Hauptplatz einnahm, und schließlich ist sie auseinandergegangen, ohne daß man nur auch ein Sterbenswörtchen von den Kriegsgerichten hätte verlauten lassen.

Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß mit einigen Gelegenheitsparagrafen nicht viel getan wäre. Würde man die von den Militärpersonen begangenen gemeinrechtlichen Delikte sowie den Ungehorsam gegen Anordnungen der Zivilbehörden den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zuweisen, so wäre das wohl einleuchtend logisch und daneben noch eine Demonstration gegen die Offizierskaste, aber in den wichtigsten der vorliegenden praktischen Fälle ohne Bedeutung, denn die militärischen Insubordinationsvergehen blieben immer noch den Militärgerichten vorbehalten. Die von der Regierung in den letzten Tagen angenommene Klausel, daß die Kriegsgerichte gehalten sein sollten, ihre Urteile zu begründen, wäre nicht unzustande, die Opposition der Militärrichter zu beeinträchtigen, und dabei bliebe immer noch die Widerständigkeit bestehen, daß der Kriegsminister im administrativen Wege Strafen verhängen könnte, die den Freispruch der Richter tatsächlich aufheben.

Die besondere Militärgerichtsbarkeit ist eben ein Unfug und eine Unredlichkeit, sofern daneben die unbeschränkte disziplinare Gewalt des Kriegsministers besteht, die über den Angeklagten wie über seine Richter halten kann. Die einzige Lösung dieser das Prozedere wie das materielle Recht berührenden Schwierigkeiten wäre, Disziplinargewalt und Strafrecht genau auseinanderzuhalten und, unter Aufhebung der ständigen Militärgerichtsbarkeit, die Kompetenz der bürgerlichen Gerichte möglichst zu erweitern, wobei allerdings, aus den Bedürfnissen der Praxis heraus, für militärische Ausnahmegerichte in Kriegszeiten vorgezogen werden müßte.

Jedenfalls sind die Aufgaben, die sich in dieser Hinsicht der Gesetzgebung stellen, sehr kompliziert. Aber nachdem sich die Majorität und die Regierung einmal für eine Reform auf diesem Gebiete erklärt hatten, wäre ein Beschluß, der den künftigen Gesetzgebern den Weg gewiesen hätte, immerhin

eher am Platz gewesen als das stille Begräbnis, das den Aktionären ein vergnügtes Schmunzeln entlockt, und das sie bei den bevorstehenden Wahlen auszunutzen wissen werden.

Das Ministerium der Verräter.

Das neue ungarische Ministerium der magyarischen Koalition hat die Aufgabe erhalten und angenommen, das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht einzuführen und auf seinem Grunde sofort ein neues Abgeordnetenhaus wählen zu lassen. Das neue ungarische Ministerium der magyarischen Volksfeinde bereitet sich langsam aber sicher auf den Plan vor, das gegebene Versprechen zu brechen.

Vor einigen Tagen hat der neue Ministerpräsident Bekerle in einer offiziellen Rede von dem „allgemeinen Wahlrecht mit Heranziehung der beruflichen Faktoren, insbesondere des berechtigten Arbeiterelements, aber unter nationalen Anteilen“ gesprochen. Am Mittwoch hat er einer magyarischen Deputation aus Temesvár gegenüber sich ebenfalls recht verräterisch ausgedrückt:

Die von der Regierung durchzuführende Reform des Wahlrechts bezweckt, unter Wahrung der Unverletzlichkeit der ungarischen Staatsidee eine Gelegenheit zu schaffen, daß jeder berufene Faktor, insbesondere die Arbeiterklasse, die freie Ausübung des Wahlrechts erlangt. Das Wahlrecht werde ein allgemeines und jedem Bürger zugängliches sein und in möglichst kleinen lokalen Kreisen ausgeübt werden.

Nach diesen Verlegenheitsreden ist es zweifellos, daß das Ministerium Bekerle das Seine versuchen wird, um den von der Krone erhaltenen und angenommenen Auftrag, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen, durch Fälschung aus der Welt zu schaffen.

Fraglich ist nur, ob und wie weit der schmutzige Plan gelingt. Die Fälschungsversuche werden natürlich dem heftigsten Widerstand der sozialdemokratischen Partei und auch wohl der bürgerlichen Anhänger des allgemeinen Wahlrechts begegnen. Jede Absicht, die Wahlreform unter dem Vorwand des Schutzes der ungarischen (magyarischen) Staatsidee zu verstimmen, wird auch den Widerstand der nicht-magyarischen Nationalitäten entfesseln. Ob die Koalitionsregierung, die offenkundig die Adels Herrschaft aufrechterhalten will, angesichts dieses Widerstandes den Mut haben wird, die Fälschung der Wahlreform zu wagen, wird sich ja zeigen.

bleibt noch die Haltung der Krone. Die ungarische Adels Herrschaft hat es seit jeher verstanden, bei günstiger Gelegenheit die Habsburger in die Enge zu treiben, sich der Fürstenmacht gegenüber mit übermütigem Trotz zu behaupten, um nach eigenem Gutdünken das Land zu plündern. Für die Krone gibt es nur ein Mittel, die rebellische Oligarchie endgültig zu überwinden: das allgemeine, geheime Wahlrecht, die Beseitigung der Komitatswirtschaft durch Verstaatlichung der Verwaltung, den Appell an das Volk.

Wenn die Krone jetzt, mit dem momentanen Erfolg der „Entwirrung“ zufrieden, sich mit der Politik des Fortwärtelns begnügt und einer verstimmelten Wahlreform die Sanktion erteilt, so hat sie bei der nächsten geeigneten Gelegenheit die Wiederholung der eben beigelegten Wirren zu gewärtigen — ohne bei den rechtlosen, sozialökonomisch bedrückten Massen und bei den national bedrückten Nicht-magyarern auf eine Stütze rechnen zu können.

Dann aber ist es mit den Habsburgern in Ungarn endgültig vorbei.

Aus der Parteibewegung.

Genosse Ignaz Auer feiert heute, am 19. April, seinen sechzigsten Geburtstag. Wir bringen ihm unsere herzlichsten Glückwünsche dar und wünschen ihm baldige, volle Genesung von seiner Krankheit. Auer war einige Jahre hindurch sehr leidend, aber wir können mit Freude konstatieren, daß, wenn auch die alte Arbeitskraft noch nicht wiedergekehrt ist, unser Razi einer sich zurzeit relativ guten Gesundheit erfreut. Er wohnt diesen Winter allen Sitzungen des Reichstags bei und nahm an den Geschäften des Parteivorstandes teil. Wir glauben, mit unsern Glückwünschen die durchaus begründete Hoffnung verbinden zu können, unsern so verdienstvollen Ignaz Auer bald wieder ganz frei von körperlichen Beschwerden zu wissen. Möge dann unser Razi noch recht viele Jahre unter uns wirken — für die Partei wird das ein Segen sein!

Gegen die „Leipziger Volkszeitung“ ist abermals eine recht merkwürdige Anklage erhoben worden. In der Nummer vom 22. Januar erschien ein Artikel „Der Tiger als Affe“, in dem die Vorbereitungen, die der Militarismus am 21. Januar getroffen hatte, um „die Revolution“ niederzuschlagen und -zujücken, gebührend gewürdigt wurden. Wegen dieses Artikels fühlen sich die Minister des Innern und des Kriegs in Preußen und Sachsen beleidigt, weshalb sie Strafverfolgung stellten. Das ist schon merkwürdig, daß sich vier Minister auf einmal zusammenschließen, um die Beurteilung eines sozialdemokratischen Blattes zu erzielen. Noch merkwürdiger ist allerdings, daß die Staatsanwaltschaft nicht nur den verantwortlichen Redakteur, den Genossen Kressin, anklagte, sondern auch die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“, die Genossen Rehring, Leusch und Hänisch. Offenbar sucht die Staatsanwaltschaft auf diese Weise hinter den Verfasser zu kommen, worin sie sich natürlich täuschen wird. Es ist uns überhaupt nicht recht klar, wie die Anklage gegen die drei politischen Redakteure begründet werden soll. Von Herrn Böhm, dem Leipziger Ersten Staatsanwalt, ist man ja mancherlei gewöhnt, aber wie er dieser Anklage elbör vor sachlichen Richtern Erfolg verschaffen will, ist uns doch unapflich.

Landeskongress der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

b. Zwickau, den 17. April 1906.

In der alten Bergarbeiterstadt Zwickau traten heute die Vertreter des Klassenbewußten sächsischen Proletariats zu einer zweiwöchigen Verhandlung im feierlich geschmückten Saal des Belvedere zusammen.

Der Vorsitzende der Zwickauer Genossen, Genosse Müller, eröffnete die Konferenz um 10 Uhr vormittags mit einer Begrüßungsansprache. Nach der Bureauwahl und der Erledigung anderer geschäftlicher Angelegenheiten berichtete Genosse Sandermann-Dresden vom Zentral-Agitationskomitee über die Parteibewegung im vergangenen Jahre. Sie auf der vorjährigen Konferenz könne ein erfreuliches Bild

von unserer Organisation konstatiert werden, und zwar betrag die Zunahme 8000 Mitglieder. Seit 1901 haben die Organisationen um 28 000 Mitglieder zugenommen, die Gesamtzahl betragt jetzt 54 000. Die Abonnentenzahl der Parteipresse habe sich um mindestens 8000 vermehrt. Die Organisationen müßten vor den nächsten Reichstagswahl noch mehr ausgebaut werden, damit in den kommenden Kämpfen gewachsen seien. Alle Institutionen würden zum Kampfe gegen uns benützt, wie die Schandensurteile gegen die harmlosen Demonstranten und das dramatische Urteil gegen die „Leipziger Volkszeitung“ beweise. Der Redner besprach dann noch die Entwürfe zu diesem Punkt.

Nach dem vom Kassierer gegebenen Kasfenbericht stund im vergangenen Jahre vom Zentral-Agitationskomitee 16 451 Mk. eingenommen worden. An minderbemittelte Kreise sind 80 000 Agitationskalender abgegeben worden. Für die Gemeindevertreter sind über 1200 Exemplare der „Kommunalen Praxis“ gehalten worden.

Nach der Begründung der Anträge, worunter sich einer auf die Gründung der Jugendorganisation bezog, berichtete in der Nachmittagsitzung die Mandats-Prüfungskommission. Danach sind sämtliche 28 Kreise durch 58 Delegierte vertreten, außerdem sind die fünf Komitees, 12 Reichstagsabgeordnete, der Genosse Gerlach für den Parteivorstand und der Genosse Dr. Südekum von der „Kommunalen Praxis“ erschienen. Nach einer lebhaften Diskussion, in der verschiedene Wünsche zur weiteren Ausgestaltung der Organisation und der Presse vorgebracht worden waren, insbesondere die Anstellung eines Landespartisekretärs verlangt worden war, ergab die Abstimmung folgendes: Die Landesorganisation ist entsprechend dem allgemeinen Parteistatut umzuformen. Die Bezirksorganisation bleibt wie bisher unter der Leitung der Agitationskommission bestehen, an der Spitze steht das Zentral-Agitationskomitee. Diesem liegt die gesamte Agitation und jede äußere Parteitätigkeit ob. Der Antrag, in Zukunft hat jeder Kreis nur zwei Delegierte zu senden, wurde abgelehnt; ebenso der auf Anstellung eines Landespartisekretärs. Der Antrag, die Jugendorganisation betreffend, wurde dem Zentralkomitee zur Berücksichtigung überwiesen.

Zum Punkt 2 berichtete der Genosse Goldstein über die Tätigkeit des Landtags. In Beispielen zeigte er die Arbeiterfeindschaft dieses agrarischen Dreiklassenlandtags. Bei jedem Gesetzentwurf breche die Arbeiterfeindschaft hervor. An eine freie Entwicklung des Wahlrechts sei nicht zu denken. Der neue Mann, Graf Hohenthal, könne und werde an dem System nichts ändern. Wir hätten deshalb nur weiter wie bisher zu arbeiten, bis zum endgültigen Sturz der Dreiklassen-schmach.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 18. April 1906.

Zum Streik der Ruffcher.

Die Polizei hat auch heute morgen wieder elf Streikposten sistiert. Ihnen wurde auch das vervielfältigte Protokoll zur Unterschrift vorgelegt. Man stellt das Verlangen an die Streikposten, zu unterschreiben, daß sie die öffentliche Ruhe und Ordnung und den Verkehr durch Ausübung ihres Rechtes gestört haben, und die Streikbrecher haben Spießruten laufen lassen. Die Sistierten verweigern selbstverständlich ihre Unterschrift unter ein Protokoll zu setzen, was von Anfang bis zu Ende nur erdichtete Tatsachen enthält. Die vier Streikenden, die gestern morgen in Haft genommen worden sind, hat man heute wieder aus der Haft entlassen. Warum man sie in Haft behalten hat, ist den Inhaftierten nicht mitgeteilt worden? Wie lange wird diese Hejrag auf die Streikenden noch fortgesetzt werden? Die Veranlasser dieser Kesseltreiben gegen die Streikenden werden doch jetzt schon zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es das ungeeignetste Mittel ist, den Kampf zu beenden. Nicht durch Rechtslosmachung der Streikenden, sondern dadurch, daß man ihre berechtigten Forderungen erfüllt, wird dieser Kampf ein Ende nehmen. Die Streiklage ist auch heute noch unverändert.

Gestern Abend hatte in der „Freundschaft“ der „Arbeitgeber-Verband Magdeburg“ seine Generalversammlung. Herr Simon Sprenger senior war auch durch Zirkular zu dieser Versammlung eingeladen worden. Der Vorsitzende, Herr Direktor Dittmar, erklärte bei Eröffnung der Versammlung, daß Sprenger irrtümlich nochmals eingeladen sei und forderte ihn auf, das Sozial zu verlassen. Man ließ Herrn Sprenger aber nicht einmal die Zeit, den Ueberzeher anzuziehen, sondern packte ihn und warf ihn hinaus, und zwar so heftig, daß er beinahe hingeschlagen wäre. Als Scheidegruß rief man ihm die Worte Lump und ehrloser Kerl nach. Und warum wurde Sprenger in dieser pöbelhaften Weise behandelt und so brutal an die Luft gesetzt? Nur weil er den Takt mit der Organisation abgeschlossen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkannt hat! Die Herren vom Arbeitgeber-Verband können nicht Worte genug finden, um den Terrorismus der Streikenden zu brandmarken und benutzen die geringsten Anlässe dazu, die Polizei auf sie zu hetzen. Sie selbst aber läben einen brutalen Terrorismus, wie er von den Streikenden bisher noch nicht angewandt worden ist und auch in Zukunft nicht angewandt werden wird. In ihren Augen ist Sprenger ein ehrloser Mensch, weil er den Beschluß ihrer Organisation nicht hochgehalten hat, dieselben Leute aber versuchen die ehrlichen Arbeiter, die sich im Streik befinden, zu überreden die Arbeit wieder aufzunehmen. Das hieße eine Tat zu begehen, die zehnmal ehrloser ist als die Tat, die sie bei Sprenger verurteilen. Hier kommt die zweierlei Moral dieser Herren wieder in der brutalsten Form zum Ausdruck. Herr Fiering machte in der Kommissionsitzung am Sonnabend die Bemerkung, daß er den „letzten Tropfen Blut“ für seine Arbeitswilligen, die ihm aus der Not geholfen hätten, hingeben würde. Also eine ehrlose Tat, wenn sie von Arbeitern gegen Arbeiter verübt wird, erscheint in den Augen der Arbeitgeber als höchst ehrenhaft und nachahmenswert, überzeugt sich aber ein Unternehmer von der Berechtigung der Forderungen der Arbeiter und erkennt sie an, so ist er in ihren Augen ein Abtrünniger, ein Ehrloser, dem kein Mensch mehr Arbeit geben darf. Wird die Staatsanwaltschaft nichts gegen diese Art von Terrorismus einzusetzen haben? —

Zur Maler-Aussperrung.

Am Mittwoch Abend fand eine Versammlung der ausgeherrten Malerzöglinge im „Dreitaferbund“ statt. In der Bezirksleiter Rehrorn einen kurzen Bericht über den bisherigen Verlauf und den Stand der Aussperrung gab. Redner sprach seine Befriedigung darüber aus, daß eine größere Anzahl von Aussperrten bereits abgereist und somit den Arbeitsmarkt hier entlastet hätte. Diese Entlastung müsse aber weiter fortgesetzt werden. Da in Berlin und andern Orten die Lohnbewegungen als erledigt angesehen werden können, wird es den noch vorliegenden ledigen wie auch den verheirateten Malern nicht schwer werden, anderweitig unterzukommen. Die letzteren forderte R. besonders auf, außerhalb Magdeburgs Arbeit anzunehmen, da ja laut Streikreglement die Familien hier Unterstützung erhalten. Wenn sich am Plage die Zahl der Arbeitskräfte in dem Maße

vermindert, als die Zeit der Hochkonjunktur heranrückt, werden die Unternehmern schon andern Sinnes werden und zu Verhandlungen geneigt sein. Vorderrhand können die Gehilfen die bisher geliebte passive Haltung noch weiter einnehmen.

Best sämtliche der Organisation angehörigen Arbeiter sind ausgesperrt. Wo solche noch in Arbeit stehen, soll in den nächsten Tagen den betreffenden Meistern der Tarif vorgelegt werden. Bei Nichtanerkennung desselben sind die Gehilfen alsdann verpflichtet, die Arbeit sofort einzustellen. Ausgesperrt waren insgesamt 273 Gehilfen. Abgerechnet sind bis jetzt 82 zu den neuen Bedingungen arbeiten 37, 15 daß noch 170 Gehilfen zu unterstützen sind. Diese Zahl ist wie irgend möglich zu reduzieren wird die nächste Aufgabe der Verhandlungsleitung sein. Der Bezirksleiter kündigt an, daß diejenigen, die künftig als Streikposten sich Unterlassungen zuschulden kommen lassen oder sich nicht zur regelmäßigen Kontrolle einfinden, für diesen Tag keine Unterstützung erhalten. Nachdem aus der Versammlung heraus die Laubheit der Aussperrten in diesem ihnen aufgezwungenen Kampf mehrfach auf das schärfste kritisiert worden war, gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach die Gehilfen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, pro Tag 50 Pf. an die Streikklasse abzuführen haben. Dasselbe wird von denen verlangt, die nur 8 Tage in der Woche arbeiten. Mit der Aufforderung, energischer als bisher in diesem Kampfe die Interessen der Gehilfenchaft zur Geltung zu bringen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins finden kommende Woche statt. Die Bezirke Sudenburg und Buckau halten ihre Versammlungen Montag den 23. April ab. Für die Bezirke Wilhelmstadt, Neue Neustadt, Alte Neustadt, Magdeburg-Süd und Magdeburg-Nord sind sie auf Dienstag den 24. April angesetzt worden. In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten. Besonders haben sich die Versammlungen mit dem Weltfeiertag, dem 1. Mai, zu beschäftigen. Es ist Aufgabe der Genossen, für recht lebhaften Besuch zu tragen.

Einer abermaligen Aufreizung zum Klassenhass soll sich Genosse Holzappel in einer Rede in Groß-Mülken schuldig gemacht haben. Das Vergehen wird in einer Kritik an der Justiz erwidert. Auch der Vorsitzende der Versammlung soll durch einige Bemerkungen am Schluß der Verhandlungen sich gegen § 130 St.-G.-B. vergangen haben, wie beiden Sündern heute früh bei einer Vernehmung vom Untersuchungsrichter mitgeteilt wurde.

Zum 1. Mai. Die organisierten Stukkateure beschließen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Garrett Smith u. Comp. und die Tätigkeit der Gewerksvereine. Die Kontraktverwaltung der Firma Garrett Smith u. Co. hat sich seit Ende vorigen Jahres Mühe gegeben, den Betrieb bis zur Uebergabe an eine neue Firma weiterzuführen, allerdings unter bedeutender Einschränkung desselben. Die Arbeiterzahl ist nicht mehr halb so groß als vordem. Es wird auch der neuen Firma immerhin einige Schwierigkeiten bereiten, Ersatz zu bekommen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. Die jetzt noch Beschäftigten sind sämtlich langjährig im Betriebe tätig. Um so mehr muß darum die Art und Weise verurteilt werden, in der einzelne Meister, die im Gewerksverein Mitglieder waren oder es noch sind, gegen Mitglieder des Verbandes vorgehen, deren Arbeitskraft ganz außerordentlich nützlich für den Betrieb bisher gewesen ist. Kurzherd entlassen kann man sie nicht gut, aber man läßt ausgeschickt gerade die kurze Zeit arbeitslos oder schikanieren sie sonst in anderer Weise, während Meister und Mitglieder des Gewerksvereins aus drei und vier Werkstätten zusammenarbeiten, um die verpflanzte Arbeit eines Gewerksvereins durchzuführen, die Kontrolleure zu täuschen; von diesen wird das aufgedeckt und der Meister steht als Lügner vor den höheren Vorgesetzten. Es ist wohl das schlimmste, daß wir solche Ausführungen machen; jedoch zwingt uns die beispiellose Frechheit, mit der die Gewerksvereine wider besseres Wissen über Terrorisimus schreiben, dabei aber selbst den schlimmsten Terrorisimus treiben, zu solcher Mißrede. Noch ein Beispiel dafür aus dieser Fabrik: Der Vorarbeiter Schmidt ist Mitglied des Gewerksvereins. Er beschäftigt zwei Arbeiter, einer ist im Metallarbeiterverband, der andre im christlichen Verband organisiert. Einer von beiden soll entlassen werden und Schmidt eröffnet dem letzteren, er solle sich nach anderer Arbeit umsehen. Nach einigen Tagen kommt Schmidt wieder und erklärt ihm, er habe ein gut Wort eingelegt, es werde deshalb der Verbandler entlassen. Zum Dank dafür erwarte er aber, daß der Mann aus dem christlichen Verband ausscheide und sich bei Wehler in den Gewerksverein überschieben lasse. Wie solche Unverschämtheit wirkt, konnte der Wusze Vorarbeiter daraus erkennen, daß der betreffende Christliche am gleichen Tage seine Entlassung forderte, als sein Kollege vom Verband entlassen wurde.

Die Firma Gebroer Commhau sucht noch immer in großen Zusätzen Ersatz für die Ausständigen, ein Beweis dafür, daß wohl wochenlang aufgegebenen Zusätze und größtmögliche Hilfe Wehler und der Gewerksvereine eine Anzahl Streikbrecher der Firma gebracht haben, aber sie sind natürlich auch danach. Wir machen die Metallarbeiter darauf aufmerksam, daß der Streit noch nicht aufgehoben ist, daß selbst aber, wenn dies geschehen sollte, die Sperre über den Betrieb so lange verhängt bleibt, bis die Firma sich zu anderer Handlungsweise der Arbeiterschaft gegenüber bequemt. Wir erwarten also nach wie vor, daß jeder organisierte Arbeiter es ablehnt, in diesem Betriebe Arbeit zu nehmen.

Die Polizei und der Achtuhrladenschluß. Man kann nicht sagen, daß die Magdeburger Polizei in übermäßiger Weise sozialen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Aber für den Achtuhrladenschluß scheint sie eine große Vorliebe zu haben. Als gestern Abend der Prediger der Freireligiösen Gemeinde, Herr Dr. Kramer, den Besuchern seiner Versammlung, Schriften zum Verkauf anbot, inhibierte das der über-

wachende Polizeibeamte unter der Begründung, es sei nach 8 Uhr und um 8 Uhr trete Schluß der Verkaufszeit ein. Es ist gewiß sehr erfreulich, wenn die Polizei dafür sorgt, daß Arbeitergesetz auch befolgt werden, ob sie aber bei dem Vorgehen gegen Dr. Kramer nur soziale Erwägungen leiteten, möchten wir doch bezweifeln.

Magistrat und Krankenkassen. Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 87 der „Volksstimme“, die mir erst heute zu Gesicht kommt, sagen Sie in dem Artikel „Magistrat und Krankenkassen“: „Herr Könnede (Arbeitgeber) glaubt nicht, daß er seine Frau oder seine Töchter vorzukommenfalls nach der Erholungsstätte auf der Schwannenschanze schicken würde.“ Ich habe in meiner kurzen Rede, die die probenweise Beschuldigung der vom Vaterländischen Frauen-Verein angebotenen Schwannenschanze-Erholungsstätte aus praktischen Gründen empfahl, obiges Zitat wie folgt angewendet: Die Beschuldigung dieser Erholungsstätte würde sich nicht empfehlen für Kantonaleszenten nach kurz überstandenen schweren Krankheiten, und würde ich in diesem Falle weder meine Frau noch meine Töchter, wenn ich solche besäße, dorthin schicken. Wohl aber würde ich zur Vermeidung der Unfälle bei leichten Erkrankungen raten.

Die vom Allgemeinen Frauen- und Schwesternverein ins Leben gerufenen Fortbildungskurse für schulentlassene Mädchen der Bürger- und Volksschulen, in denen unentgeltlich Unterweisung erteilt wird in Deutsch, Körperpflege, Hauswirtschaftslehre, Handarbeiten, Maschinennähen, Turnen und Bewegungsspielen, beginnen am Montag den 23. April in der Dörfelerschule. Der Unterricht dauert von 7 bis 9 Uhr abends. Anmeldungen werden noch entgegengenommen von Fräulein Rose Meyer, Karlstraße 7.

Ein eigentümlicher Doppelselbstmord war eine Notiz in Nr. 88 unserer Zeitung überschrieben, in der mitgeteilt wurde, daß sich zwei Magdeburger Dienstmädchen in Berlin das Leben genommen hätten. Die Notiz, die einem Berliner Blatte entnommen war, gab als Ursache des Selbstmordes Entlassung der Dienstmädchen wegen „fortgesetzten nächtlichen Ausschlebens“ an. Von Lesern unsres Blattes wird uns nun der Abschiedsbrief eines der Mädchen, der Emma Meischer, zur Verfügung gestellt, wonach die Sache aber ein ganz anderes Aussehen erhält. Unter anderem schreibt das Mädchen an seine Mutter:

„Wäre ich nur abgezogen, dann bränte ich mich nicht rauschmeißen zu lassen und nichts und gar nichts auch meine liebe Freundin Bischen war auch mit im Hause wir sind am Montag Abend beide ganz plötzlich rausgeschmissen dann bin ich bis Freitag Abend bei Bischen Eltern gewesen bis am Freitag Dann sind wir nach Burg gemacht bis am Donnerstag früh haben uns nochmal löstlich anesetzt und jetzt sind wir in Berlin es ist hier großartig wollte ja immer nach hier Meine lieben guten Eltern dies ist die letzte Nachricht die ihr von mir bekommt denn ich habe das Leben satt und haben wir beide uns vereinigt gemeinsam aus dem Leben zu scheiden denn was soll ich nun anfangen, eine Stellung bekomme doch nicht wieder auf weilen Altst was ich bekommen habe die ganze Schuld haben doch die, Zwei Jahre bin ich gut gewesen und nun auf einmal was ich nicht mehr wert, weil ich nicht gethan . . . das willt Du wohl auch wissen wie das ist liebe Mutter und jetzt muß ich mir aussprechen gegen dich, habe nichts schlechtes gethan, erkundige dich bitte bei Bischen Eltern dort bin ich gewesen.“

Eine Anbeutung über die Ursache der Entlassung in dem Briefe lassen wir weg. Sicher ist jedenfalls das eine: Mädchen die „fortgesetzt“ nächtlich ausschleiben“ behält man nicht zwei Jahre im Dienst. Und selbst wenn es vorgekommen wäre, brauchte die „Herrschafft“ das nicht gleich ins Zeugnis zu schreiben. Es scheint nach dem Abschiedsbriefe des Mädchens hier eine der bekannten Dienstmädchenmordvorfälle vorzuliegen, deren wirkliche Ursachen aber nicht mehr einwandfrei festzustellen sind, weil die Opfer im kühlen Grunde ruhen.

Die korpulente Leiche eines unbekanntem, zirka 22-jährigen jungen Mannes wurde am Donnerstag vormittag auf den Gleisen der Berliner Bahn hinter dem Schrottplatz aufgefunden und misant dem eine kurze Strecke vom Fundplatz entfernt liegenden Koppe nach der Leichenhalle des altstädtischen Krankenhauses gebracht. Irrendewelche Papiere über die Person des jugendlichen Selbstmörders — denn um einen solchen handelt es sich augenscheinlich — wurden nicht vorgefunden.

Gefundene Leiche. Am Mittwoch Abend ist die Leiche des Arbeiters Wilhelm Bremer, der am 7. d. M. in der Höhe des Stadtparks beim Verkeiten von Fingulättern in die Elbe gefallen und ertrunken war, am Petriförderer an das Land gespült worden. Die Leiche wurde nach dem Westfriedhof geschafft.

Blinder Lärm. Am Donnerstag früh 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehrr durch den Feuermeister Große Marktstraße alarmiert. Ein dortiger Anwohner wollte auf dem Dache der im Neuen Weg belegenen „Vereinigung“ eine Flamme bemerkt haben. Die Meldung erwies sich als blinder Lärm.

Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 18. April 1906.

Sittlichkeitsverbrechen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Arbeiter Andreas Mikolajczek hier, geboren 1860, wegen Sittlichkeitsverbrechens an der 12 Jahre alten Tochter zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein betrunkenen Majestätsbeleidiger. Der Arbeiter Friedrich Hodiak aus Eickfer, geboren 1880, kam auf der Wanderschaft am 26. November 1905 nach Gottesforth und lehrte beim Gastwirt Hummel ein. In der Gaststube machte Hodiak sich in angetrunkenem Zustande der Majestätsbeleidigung schuldig und erhielt deswegen 3 Monate Gefängnis.

Zigeunertaten. Der vorbestrafte Bäckerlehrling Karl Victoria aus Kronenfort, geboren 1888, ein Zigeuner, falschte im Januar d. J. hier eine Quittungskarte, bestellte und legte sich einen falschen Namen bei. In Hannover hatte Victoria sich im November auf den Namen „Willi Schmidt“ eine Quittungskarte ausstellen lassen, auch dem Kellerer Schmidt eine solche geföhren. Vetreffs der Urkundenfälschung wurde das Verfahren eingestellt. Wegen der übrigen Straftaten erkannte die Kammer auf 3 Monate 1 Woche Gefängnis und 5 Wochen Haft.

Hausfriedensbruch. Der Maschinenschlosser Rudolf Ties, geboren 1877, hier, und der Arbeiter Adolf Carl zu Diesdorf, geboren 1870, sollen am 30. September 1905 den Feldhüter Bartsch, als er den Auszug vor Bezahlung der rückständigen Miete verhindern wollte, gemeinschaftlich mißhandelt haben. Carl soll sich auch des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht erkannte am 20. Januar d. J. gegen Ties auf 2 Monate Gefängnis, gegen Carl auf 8 Monate und 1 Woche Gefängnis. Die Berufungskammer ermäßigte die Strafe des Ties auf 30 Mark Geldstrafe ev. 6 Tage Gefängnis und sprach Carl von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei. Im übrigen wurde seine Berufung verworfen.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der Kommandantur.

Magdeburg, 18. April 1906.

Aus Hunger zum Diebe geworden war am 10. März dieses Jahres der Dekonomiehandwerker Wilhelm Hünge vom hiesigen Feldartillerie-Regiment. H., der bisher noch unbestraft und von guter Führung ist, griff auf der Handwerkerstraße aus Versehen in eine ihm nicht gehörige Brillenschuhe, worin sich ein Portemonnaie, enthaltend eine Reichsmark, befand. Da H., wie er angibt, großen Hunger hatte, konnte er der Vernehmung nicht widerstehen und eignete sich die Mark an, um sich dafür Nahrungsmittel zu kaufen. Der Angeklagte ist geständig. Beantwortet werden 3 Wochen freier Arrest. Das Urteil lautet dem Antrag gemäß. Von einer Verurteilung in die 2. Klasse des Soldatenhandes wurde in Anbetracht der bisherigen guten Führung des Angeklagten Abstand genommen.

Wegen Körperverletzung, begangen an einem Kameraden, sind angeklagt die Kanoniere Paul Jabusch und Wilhelm Biotrowsky, beide von der 3. Kompanie des 4. Fußartillerie-Regiments Ende hier. Sie haben gemeinschaftlich ohne ersichtlichen Grund den Kanonier Frickel, der am Abend des 8. März auf die Stube der beiden Angeklagten kam, mit einer Kloppeische derartig verhöhnt, daß der Geschlagene längere Zeit Schmerzen und blaue Flecke hatte. Mit Rücksicht auf die dabei zutage tretende Rohheit werden beantragt gegen Jabusch 3 Wochen, gegen Biotrowsky 14 Tage Gefängnis. Das Urteil lautet auf 10 bzw. 5 Tage Gefängnis. Die zum Schlagen benutzte Kloppeische wurde vom Gericht als nicht gefährliches Werkzeug angesehen.

Wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe im wiederholten Rückfalle war der Pionier Karl Herz von der 3. Kompanie des 4. Pionier-Bataillons hier vom Standgericht am 30. v. M. zu 4 Wochen strenger Arrest verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu hoch erschien. Da durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß der Angeklagte ohne ersichtlichen Grund seine Truppe fortgesetzt verläßt, wird die Berufung verworfen.

Letzte Nachrichten.

Das Erdbeben in Kalifornien.

Sd. New-York, 19. April. Ueber die Katastrophe in San Francisco wird weiter berichtet: Das Palasthotel ist gänzlich niedergebrannt. Die Truppen demokralen alle umliegenden Gebäude, um ein Umsichgreifen des Feuers zu verhindern. Am 11 Uhr waren bereits alle Häuser des äußersten Nordens der Stadt zerstört. Der ganze östliche Teil bildet ebenfalls ein Flammenmeer, das sich immer weiter in südöstlicher Richtung ausdehnt. Wie verlautet, sind die zwei Schiffe, welche in der Nacht von San Francisco vor Anker lagen und gesunken sind, Kriegsschiffe. Ein heftiger Ostwind unterhält das Feuer und bedroht die ganze Stadt. — Telegramme aus San Francisco berichten, daß dort Meldungen eingetroffen sind, wonach alle Schiffe des amerikanischen Geschwaders, die der Stillen Ocean-Flotte angehören, gesunken seien.

Sd. San Francisco, 19. April. Die St. Ignaziuskirche steht in Flammen. Die Regierung verteilt Medikamente, Lebensmittel und Geld unter die Verunglückten. Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich die beiden Paläste der Zeitungen „Examinair“ und „Call“. Alle Journalisten, die sich in den beiden Gebäuden befanden, sind umgekommen.

Sd. New-York, 19. April. „Evening World“ meldet, daß in San Francisco das Waisenhaus eingestürzt und 200 Kinder unter den Trümmern begraben wurden.

Sd. New-York, 19. April. Die Conriedsche Operntroupe befindet sich gegenwärtig in San Francisco. Unter ihnen befinden sich Kapellmeister Herz, Marcello Sembrich, Olive Fremstad, Burgstaller, Dippel, van Nooy, Mühlmann, Reiß und Blag. Die Truppe wohnte im Palasthotel, konnte sich aber retten und man glaubt sie in Sicherheit, wenngleich keine Depeschen von ihnen eingetroffen sind.

* Wien, 19. April. Die Erdbebenwarte in Laibach teilt mit, daß sämtliche Instrumente daselbst gestern 1 1/2 Uhr nachmittags ein äußerst heftiges Fernbeben Richtung Südost auf Entfernung von 10 000 Kilometer anzeigten. Erst 5 Uhr nachmittags kamen die Apparate zur Ruhe.

* Stade, 19. April. Bei der Landtagsersatzwahl für Stade I wurden von 139 abgegebenen Stimmen für den Hofbesitzer Peter Otters auf Jork (Bund der Landwirte) 116 und für den Gegenkandidaten Peter Giese-Wittlitzschen (Bund der Landwirte) 23 Stimmen abgegeben. Ersterer ist somit gewählt.

* Hannover, 19. April. Die Reichstags-Ersatzwahl für Hannover-Linden ist auf den 22. Juni festgesetzt.

* Münster, 19. April. Der Disziplinarpfarrer Bachstein-Minden wurde vom hiesigen Oberkriegsgericht, an welches das Reichsmilitärgericht am 3. März die Angelegenheit zurückerwiesen hatte, wegen seiner bekannten Dünabücker Rede wegen Religionschmähung zu 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Sd. Petersburg, 19. April. Das radikale Blatt „Dwobgalky Wet“ erhielt eine erste Verwarnung und dürfte unterdrückt werden, weil dasselbe zum Boykott französischer Waren aufgefordert hatte im Hinblick darauf, daß Frankreich die russische Anleihe vor Zusammentritt der Reichsduma ermöglicht habe.

Gastronomen
Gaszuglampen
Gasfocher
nur bestes Fabrikat, wenig Gasverbrauch. — Umarbeitung von Petroleumlampen für Gasverbrauch. — Neueste preiswert.
O. Janoscheck, Gr. Junkerstraße 6a
Gegenüber der Buckauer Bierhalle. 3076

Leder-Ausschnitt
in großer Auswahl billigt bei
Gust. Hoffmeister
Prälantenstraße 21. 444 Annastraße 44.

Schreibhefte
nach neuer Anordnung
für Bürger- und Volksschulen
empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme
Jakobstraße 49.

Fahrräder
neue und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten:
ohne grosse Anzahlung und gegen kleine monatliche Abzahlung
3085 bei **Albert Brennecke, Sudenburg**
Fernsprecher 1938. **Ecke Westendstrasse.**

Emaille
erste Qualität.
Verlauf nach Gewicht. 3392
Billigste Bezugsquelle am Platze.
23 Altmarkt 23.

Warenhaus GEBR. BARASCH

Zum Schulbeginn

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Für den Handarbeits-Unterricht

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Pa. Nähadeln mit Goldböhre	Brief 1	Pf.
Blitznadeln mit und ohne Goldböhre	Brief 8	5 Pf.
Pa. Häkelnadeln Stahl	Stück 6	1 Pf.
Pa. Häkelnadeln mit Holzgriff	Stück 12 10 8 3	2 Pf.
Pa. Häkelnadeln Bein	Stück 4	2 Pf.
mit Holzgriff	Stück 8	8 Pf.
Bindlochstecher Bein	3 Stück	2 Pf.
und 1 Stück	5	Pf.
Sticknadeln mit und ohne Spitze Brief 25 Stück	7	Pf.
Stricknadeln extra fein Stahl, mit Schwabacher Spitze	Spieß 3	1 Pf.
Fingerschützer	Stück 8	5 Pf.
Fingerhüte Messing Aluminium Stahl	6 Stück 1 Pf. 2 Stück 1 Pf. 2 Stück 1 Pf.	

Estremadura (Mag Hauschild)	
gebleicht	Nr. 2 2½ 3 3¼ 4 4½ 5 6 7 8 9 10
Lage 50 gr	20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 32 Pf.
roh	Nr. 2 2½ 3 3¼ 4 4½ 5
Lage 50 gr	18 19 20 21 22 23 24 Pf.
schwarz	Nr. 3 4
Lage 50 gr	23 25 Pf.

Estremadura Prima	
gebleicht	Nr. 2 2½ 3 3¼ 4 4½ 5 6 7 8
Lage 50 gr	12 13 14 15 16 18 20 Pf.
roh	Nr. 2 2½ 3 3¼ 4 4½ 5
Lage 50 gr	10 11 12 13 14 15 16 Pf.

Häkelgarn in Wagen, gebleicht (Mag Hauschild)	
Lage 50 gr	Nr. 14 16 20 24 30 40 50 60 70
	22 23 24 26 27 30 33 36 42 Pf.

Häkelgarn prima weiß und creme	
20 gr-Späuel	Nr. 20 30 40 50
	6 7 8 9 Pf.

Häkelgarn creme, in Wagen	
Lage 50 gr	Nr. 14 16 20 30 40
	12 12 13 15 17 Pf.

Stickgarn D. M. C. mit Glanz	
Dode	weiß blau rot
	5 6 6 Pf.

Baumwolle ungebleicht, 4-, 6- und 8fach		Lage 9	Pf.
Baumwolle gebleicht		Nr. 6/8 10 12 14 16	
Lage 50 gr		10 10 12 13 14	Pf.

Leinen

Schulleinen pa. Halbleinen, 80 cm breit Meter 45 Pf.

Reinleinen Creus

Nr. 40 starkfädig	45 mittelstark	50 feinfädig	55 extra fein	60
Nr. 70 Pf.	75 Pf.	80 Pf.	85 Pf.	95 Pf.

Leinen nach Schulvorschrift

Reinleinen Creus gebleicht

Nr. 40	45	50	55	60
Meter	85	90	95	1.00 1.05

Mädchen-Turnanzüge	
vorschriftsmäßig	
aus gutem marine Körperlein, mit weiß garniert, bestehend aus Bluderhose und hübsch garniertem Hänger, in Matrosenfasson	
Gr. 80	90 100 110 cm
	4.75 5.25 5.75 6.25

Holznelbüchsen	Stück 6	3 Pf.
Strickscheiden mit Metallhülfen und Gummizug	Stück 10	5 Pf.
Strickscheiden mit Weinhülfen und pa. Gummizug	Stück 18	14 Pf.
Strickscheiden mit Metallhülfen u. pa. Seiden-Gummizug	Stück	28 Pf.
Scherenketten	Stück 35	25 Pf.
Stickscheren	Stück	20 Pf.
Pa. Vellchen-Stopfgarn	Rolle 5 Gramm	3 Pf.
	Rolle 10 Gramm	5 Pf.
Glanzzwirn schwarz und weiß, 80 Yarb	Rolle	3 Pf.
Pa. Kristallzwirn schwarz und weiß	Stern 40 Meter	4 Pf.
Schulzwirn in Doden	Dode 2	1 Pf.

Stramin in allen Stärken	Meter	17 Pf.
Namentücher Kanevas, nach Schulvorschrift	Gr. 40/40 Stück 15 Pf. Gr. 35/35 Stück 8 Pf. Gr. 30/30 Stück 6 Pf.	
Namentücher pa. Linon, aufgezeichnet, weiß	Stück 12	7 Pf.
Strickbeutel Fischerstoff, Größe 27/35 mit Zug		20 Pf.
Knäuelbeutel Fischerstoff, mit Zug	Stück	7 Pf.
Strickbeutel mode Körper, vorgezeichnet und hübsch garniert		25 Pf.
Nadelbücher Filz, vorgezeichnet	Stück	5 Pf.

Schul-Schürzen Hänger, gestreift Gingham, mit Befäß, 60 cm	48	Pf.
Schul-Schürzen Hänger, kariert Gingham, hübsch garniert	Größe 60 70 80 90 cm	
	75 95 1.15 1.45	

Schul-Schürzen Hänger - Reform, kariert Gingham, mit Bolant	Größe 60 65 70 cm	
	Stück 1.05 1.15 1.25	

Prima Turnschuhe Garburger Fabr., braun Segeltuch mit Gummisohle	Größe 24-30 31-35 36-42	
	Paar 1.45 1.75 1.95	

Hemdenpassen ff. Hemdentuch, vorgezeichnet	24	Pf.
Hemdenpassen ff. Leinen, vorgezeichnet	60	Pf.
Nachtjacken-Garnituren ff. Hemdentuch, vorgezeichnet	15	Pf.
Nachthemden-Garnituren ff. Linon, vorgezeichnet	25	Pf.
Languettenstreifen für Hemden, 2½ Meter lang, aufgezeichnet	ff. Hemdentuch 12 Pf. ff. Leinen 25 Pf.	
Languettenstreifen für Beinkleider, 1,20 Mtr. lang, aufgezeichnet	ff. Hemdentuch Paar 8 Pf. ff. Leinen Paar 20 Pf.	
Taschentücher mit reizenden Zeichnungen	ff. Linon Stück 25 Pf. ff. Leinen Stück 48 Pf.	

Weißer Aermelschoner	Paar 30 18	10 Pf.
----------------------	------------	--------

Weißer Kinder-Aermelschürzen mit Bolant, nach Schulvorschrift	Gr. 70 80 90	
	Stück 1.35 1.50 1.65	

Reform-Beinkleider	aus pa. Echeviot	Gr. 60 65 70	
	Stück 2.95 3.25 3.50		
	aus pa. marine Satin	Gr. 60 65 70	
	Stück 1.95 2.10 2.25		

 **Feinster frischer Viktoria-Rhabarber Pfund 8 Pf.**

Maifeier 1906 der Sozialdemokraten Magdeburgs.

Morgens 10 Uhr
finden für alle feiernden Arbeiter folgende

Acht Fest-Versammlungen

statt:

Metallarbeiter

im Etablissement „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c
Referent: Genosse Brandes.

Holzarbeiter

in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27-28
Referent: Genosse Beims.

Graphisches Gewerbe und Gastwirtsgehilfen

im „Sängerheim“, Blaneibellstraße 6
Referent: Genosse Mößlinger.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Schneider

im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38
Referent: Genosse Bender.

Hafenarbeiter, Maler, Heizer, Städtische Arbeiter

in der „Gemütlichkeit“, Tischlerkrugstraße 22
Referent: Genosse Decker.

Schuhmacher und verwandte Berufsgenossen

in der „Krone“, Moldenstraße 43-45
Referent: Genosse Haupt.

Kupferschmiede, Cöpler, Stukkateure, Tabakarbeiter

in der Zentralherberge, Kleine Klosterstraße 15-16
Referent: Genosse Müller.

Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter und alle bisher nicht aufgeführten Berufe

im „Reichsbund“, Gr. Storchstr. 7
Referent: Reichstagsabgeordneter W. Pfannkuch.

Nach Schluß der Versammlungen

Gemeinschaftlicher Spaziergang

nach dem „Luisenpark“, wo Konzert, Gesangsvorträge, turnerische Aufführungen, Kinderpolonaise und Präsentverteilung an Kinder stattfinden.

Für alle Arbeiter, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe nicht begehen können, finden abends 8 Uhr folgende

Mai-Versammlungen

statt:

Neue Neustadt: Im „Weißen Hirschen“. Referent: Reichstagsabgeordn. W. Pfannkuch.

Alte Neustadt: In der „Krone“, Moldenstraße. Referent: Parteisekretär Holzappel.

Buckau: Im „Thalia-Saal“, Dorotheenstraße 14. Referent: Redakteur Wittmann.

Sudenburg: In der „Zerbster Bierhalle“. Referent: Genosse Hähnen.

Auf Beschluß der internationalen Kongresse und der deutschen Parteitage ist die würdigste Feier des 1. Mai die **Arbeitsruhe.**

Wir ersuchen die Genossen, soweit sie dauernde wirtschaftliche Schädigung nicht zu befürchten haben, diesem Beschluß im weitesten Maße nachzukommen.

Die feiernden Genossen haben die dringende Pflicht, die Versammlungen am Vormittag zu besuchen.

Den Anweisungen der an Abzügen kenntlichen Ordner ist unbedingt Folge zu leisten.

Das Maifestkomitee.

Vom Handelshilfsarbeiter-Kongress.

Am 2. Verhandlungstage hielt August Werner, Berlin einen Vortrag über die Frage, ob die gegenwärtigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe den berechtigten Wünschen der Handelshilfsarbeiter entsprechen. Der Redner wies darauf hin, daß die bürgerlich-gelernte Rechtsprechung es war, die in befremdlichen Kreisprüfungen den von einigen Gemeinden zugunsten der Handlungsgehilfen und Handelshilfsarbeiter erlassenen Ortsstatuten entgegentrat. Solches ist in Markstraße und Frankfurt a. M. geschehen. Langsam scheine sich allerdings selbst in Unternehmungskreisen die Erkenntnis von der Nützlichkeit der Sonntagsruhe Bahn zu brechen, wenigstens ließen Neuherungen im „Konfessionär“ darauf schließen. Da aber die meisten Gemeindevorstände noch glauben, möglichst viele Ausnahmen zugunsten der Unternehmer zuzulassen zu müssen, spiele die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe noch eine beträchtliche Rolle. Die vom Zentralverband im Herbst 1905 aufgenommene Statistik hat nach den Mitteilungen des Referenten ergeben, daß von 2377 an 83 Orten beschäftigten Handelshilfsarbeitern nicht weniger als 13 604, also 57,2 Prozent Sonntags beschäftigt sind; an sämtlichen Sonntagen des Jahres waren 2700 Personen, das ist 20,8 Prozent dieser Gruppe, beschäftigt. Die Schädigung des Handelshilfsarbeiters ist um so unverantwortlicher, als heute die technischen Einrichtungen selbst in der Nahrungsmittelbranche weit genug vorgehritten sind, um die Waren vor dem Verderben schützen zu können. Selbst im Milchhandel läßt sich, wie der Redner darlegt, die Sonntagsruhe durchführen. Das beste Beispiel dafür, daß man im Handelsgewerbe ohne Sonntagsarbeit auskommen könne, bieten ja England und Amerika, zwei Länder, die sich zu ganz gewaltiger Blüte entwickelt haben, obgleich dort die Sonntagsruhe in bekannter Strenge besteht. Gesetzgebung und Organisation, so schloß der Referent unter dem Beifall der Versammlung, haben dahin zu wirken, daß auch der Arbeiter im Handelsgewerbe wenigstens an einem Tage der Woche sein eigener Herr sein kann.

In der Diskussion wurden drastische Beispiele dafür angeführt, daß die Behörden gar oft nur widerwillig die zugunsten der Sonntagsruhe bestehenden Bestimmungen zur Durchführung bringen. In Hamburg ist es nach den Mitteilungen eines Redners vorgekommen, daß Schulleute solchen Unternehmern, die von Handelshilfsarbeitern wegen Übertretung des Gesetzes angezeigt waren, zu verstehen gegeben haben, daß sie sich doch durch das Vorgehen der Arbeiter belästigt fühlen möchten, damit dann gegen diejenigen, die die Gesetzesübertretung aufdeckten, wegen groben Unfugs eingeschritten werden könne. Ein anderer Redner meinte, daß man bei solchen im Interesse der Arbeiter notwendigen Anzeigen am besten den Beamten eine Verletzung des religiösen Gefühls vorzuwerfen, dann habe man an ehesten Aussicht, Gehör zu finden. Ein Delegierter aus Rassel berichtete, daß er einen Unternehmer Sonntags mit Polizeibeamten plaudernd auf dem Hofe seines Geschäftes angetroffen habe, während ein Dutzend Hausdiener um sie herum ihrer gewöhnlichen Arbeit nachgingen. Die Anzeige dieses Falles hatte gegen den Gewerkschaftsleiter einen Verleumdungsprozeß zur Folge, in welchem der Angeklagte erst in der dritten Instanz freigesprochen wurde. Interessant sind die Ausführungen des Staatsanwalts in dieser Verhandlung. Dieser Güter des Gesetzes fand es gar nicht so schlimm, wenn die Bestimmungen über die Sonntagsruhe übertreten würden; was aber das Verhalten des Beamten betreffe, so könne ein Schuhmann doch nicht alle Gesetzesbestimmungen im Kopfe haben. Interessant ist auch eine Mitteilung aus Leipzig. Dort wurde ein Stadtrat in seinem Geschäft bei Übertretung der Sonntagsruhe ertappt. Er erklärte, sich seiner Gesetzesübertretung bewußt zu sein. Als er dann darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er doch selber ein entsprechendes Ortsstatut mit erlassen habe, meinte er, daß diese Verordnung, wenn sie bestünde, schnell wieder abgejagt werden müsse. Andre Redner führten an, daß oft genug an Sonntagen Kutscher wegen Vergeltens gegen die Strafenordnung notiert würden, daß die Polizei aber nicht daran zu denken scheine, sich den Unternehmer anzusehen, der den Arbeiter dem Gesetz zuwider Sonntags auf die Straße schießt.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten Werner ging der Kongress am Nachmittag zur Frage der Unfallversicherung der Handelshilfsarbeiter als dem 5. Punkt der Tagesordnung über. Da der Referent in der Angelegenheit des Nachschlusses, Bender, an seinem Wohnort Magdeburg in gewerkschaftlichen Angelegenheiten tätig sein mußte, machte sich diese Verrückung der Tagesordnung notwendig. Herr Zimmer-Breslau referierte über die Unfallversicherung. Als die Handelskammer Magdeburg sich für die Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auf alle Handelsbetriebe erklärte und mehrere Handelskammern sich dieser Ansicht angeschlossen, richtete der Zentralverband eine entsprechende Eingabe an den Handelsminister, auf die jedoch unter nichtsagender Begründung eine ablehnende Antwort einging. Nach der schon mehrfach erwähnten Statistik des Verbandes waren 70,3 Prozent der Betriebe mit 83,1 Prozent der Beschäftigten nach dem Gesetz versicherungspflichtig. Bei der hohen Unfallziffer von 14,9 auf 1000 Versicherte im Handelsgewerbe sei es um so unverzeihlicher, daß in den meisten Unternehmungen nicht einmal Verbandstatuten vorhanden seien. Mangelhafte Leitern, ungenügende Räumlichkeiten, die Ausnutzung allzu jugendlicher Nachfahrer gehörten zu den hauptsächlichsten Ursachen der Unfälle. Die Berufsgenossenschaften täten sich derweil in bürokratischen Selbstamkeiten etwas zugute. So habe man in Kiel von einer verunglückten Handlungsgehilfin im Krankenhaus eine Bescheinigung darüber verlangt, daß sie noch am Leben sei, und als diese Bescheinigung angefordert wurde, sei abermals am 1. März d. J. eine Bescheinigung darüber verlangt worden, daß sie nicht nur am Tage der Ausstellung der ersten Bescheinigung, sondern auch früher, am 1. Januar noch gelebt habe. Bevor nicht die Arbeiterschaft in den Berufsgenossenschaften eine gezielte Vertretung habe, bevor nicht die Unfallversicherungspflicht erweitert werde, könne von Betriebssicherheit im Handelsgewerbe nicht die Rede sein.

Auch hier brachte die Diskussion zahlreiche Mißstände aus Licht. Sodann wurden die Einigungs-Verordnungen einer kurzen Debatte unterzogen, die mit dem Beschluß endete, daß die Erörterung dieser Angelegenheit den Lokalorganisationen, ganz gleich, ob sie auf dem Kongress vertreten sind oder nicht, übertragen werden soll. Nachdem das Resultat dieser Verhandlungen dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter unterbreitet worden ist, soll dessen Vorstand eine besondere Konferenz der in Betracht kommenden Vereine einberufen.

Der 2. Verhandlungstag wurde geschlossen mit dem Referat des Delegierten Bender-Magdeburg über den Auktions-Laden- und Geschäftsschluß. Am Mittwoch wird der Kongress seine Arbeiten beendigt haben.

Sechster Verbandstag der Sattler.

(Eigener Bericht der „Volksstimme“.)

T. Dresden, 17. April 1906.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Streiks, Lohn- und Tarifbewegungen, referierte Verbandssekretär Blum-Berlin in Vertretung des erkrankten ersten Vorsitzenden Sassenbach. Redner weist auf die Intensität der gegenwärtigen Lohnbewegungen hin und erwähnt die Tatsache, daß die Berliner Koffermacher nach sechswoöchigem Streit sich nennenswerte Vorteile erkämpften. Dergleichen würde es wahrscheinlich schon diese Woche zu einer größeren Ausbreitung Dresdener Waggonarbeiter kommen. Wir müssen uns fragen, ob es nicht notwendig sein wird, in Aussicht stehende Lohnbewegungen früher als bisher beim Hauptvorstand anzumelden, damit Vorstand und Ausschuss rechtzeitig disponieren können. Besonders möchte er vor Überstürzung bei der Einleitung von Lohnbewegungen warnen und darauf hinweisen, daß die Vorbereitungen dazu bedeutend vorrätiger getroffen werden müssen. Man solle nicht Mitglieder werben unter dem bestimmten Versprechen: dann und dann wollen wir in eine Lohnbewegung eintreten, weil man niemals die Geschäftskonjunktur auf längere Zeit voraus sicher berechnen könne, auf der anderen Seite aber zur Einlösung des einmal gegebenen Versprechens gedrängt und folgerart mitunter in einen aussichtslosen Lohnkampf getrieben werde. Ein großer Uebelstand sei es, daß bei jeder Kleinigkeit von einzelnen Vertrauensstellen verlangt werde, den Zugang fern zu halten oder daß sofort die Sperre verhängt werde. Man müsse dafür sorgen, daß künftighin nur der Hauptvorstand nach Erwägung aller Einzelheiten berechtigt sei, die Sperren zu verhängen oder vor Zugang zu warnen. Eine Erhöhung der Streikunterstützung und eine Erhöhung der Arzengzeit zum Bezuge der Unterstützung ist nötig, denn wir müssen verlangen, daß die Kollegen sich heizten organisieren (Beifall).

Vor der heute vormittag einsetzenden Generaldebatte gab der Vorsitzende noch bekannt, daß an Stelle Siberschnitz von der Generalkommission Knoll-Berlin delegiert und erschienen sei. Die Debatte selbst war eine rege und äußerst instruktive. Die Erfahrungen der Vergangenheit wurden richthilflos besprochen und daraus Schlüsse für die Zukunft gezogen. Es kann indes nicht unsere Aufgabe sein, die internen Details der sich bis in die zwölfte Stunde hinziehenden Beratungen durch die Arbeiterpresse dem dabei interessierten Unternehmertum zugänglich zu machen.

In der Spezialdiskussion wird beschlossen, daß die Genehmigung zu Angriffstreiks in Zukunft nur erteilt wird, wenn vier Fünftel aller in Betracht kommenden sich in gemeinsamer Abstimmung für eine Arbeitseinstellung erklären. Weiter beschloß die Generalversammlung, die Unterstützungssätze bei Streiks und Ausperrungen wie folgt zu regeln bzw. zu erhöhen: bei mindestens halbjähriger Mitgliedschaft (26 Wochen) für männliche verheiratete Mitglieder wöchentlich 15 Mark, für ledige 13 Mark, für weibliche 8 Mark; bei mehr als 13 und weniger als 26 Wochenbeiträgen betragen die entsprechenden Sätze 12, 10 und 7 Mark. Familienväter erhalten für jedes Kind 1 Mark pro Woche bis zu 5 Mark. Weibliche Mitglieder mit Kindern ohne Ernährer erhalten 10 Mark pro Woche und gleichfalls bis zu 5 für jedes Kind 1 Mark. Bei einer Mitgliedsdauer von weniger als 13 Wochen werden für männliche Mitglieder 9 und für weibliche 6 Mark wöchentliche Streikunterstützung gezahlt. Unorganisierte erhalten selbstredend keinerlei Unterstützung. Nach längerer Debatte wird auf Antrag Berlins die Bestimmung getroffen, daß die Verwaltungsstellen keine Sammellisten herausgeben dürfen. Das Hauptinteresse der Diskussion nahm ein Leipziger Antrag in Anspruch, der wünscht, daß bei Streiks und Ausperrungen politischer Natur sowie durch die Maifeier entstehende Konflikte die Unterstützungssätze für Maßregelungen in Kraft treten sollen. Hieran beteiligte sich ein großer Teil der Delegierten für und wider. In der Abstimmung wird eine Unterstützung in Fällen politischen Massenstreiks abgelehnt, dagegen eine solche im Falle von Maßregelung gelegentlich der Maifeier mit großer Majorität angenommen.

Damit ist auch der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt und „Agitation und Gaulitung“ wird verhandelt, aber bis zum Schluß der Nachmittagsitzung nicht zu Ende geführt.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Metallarbeiter! Infolge des Ausschloßstreiks in Berlin werden jedenfalls in den nächsten Tagen die Schlossermeister versuchen, in einer Reihe von Städten Arbeitswillige anzuwerben. Wir ersuchen, sobald dies geschieht, uns sofort Mitteilung zukommen zu lassen. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Zum mitteldeutschen Bergarbeiterstreik. Die Sechserkommission der ausständigen Bergleute wandte sich an die Bergbehörden mit der Bitte um Vermittlung. Da die Bergbesitzer jedoch eine Vermittlung ablehnen und ihrerseits bereit sind, mit ihren Belegschaften selbst zu unterhandeln, leisteten die Behörden dem Gesuch um Vermittlung keine Folge. In einer Besprechung mit den interessierten Beratern stellte Gewerkerat Boehnisch-Knefelwitz fest, daß die Werte bereits seien, die Arbeiter wieder anzunehmen, soweit ihre Plätze nicht besetzt sind. In den Verhandlungen der Ausständigen am Montag und Dienstag wurde die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Die Zahl der Ausständigen beträgt 4300 bei einer Gesamt-Arbeiterschaft von 15 600.

In der Zellstofffabrik Waldhof trat das gesamte Personal, etwa 1800 Arbeiter, in den Ausstand.

Zur Hamburger Konfektionsarbeiterbewegung. Das Angebot des Gewerbegerichts, in dem Streit der Konfektionsarbeiterinnen zwischen beiden Parteien zu vermitteln, wurde angenommen von den Arbeitgebern wie von den Arbeitnehmern. Es ist wahrscheinlich, daß eine Einigung zustande kommt.

38 Bestreiter sind bei der Firma Franz Bahner, Silberwarenfabrik in Düsseldorf, in den Ausstand getreten. Es handelt sich bei dem Kampf um die Verteidigung des Koalitionsrechts. Wenn der Zugang von auswärtig fern gehalten wird, muß die Firma nachgeben.

In der Del- und Futtermittelfabrik Union in Ründen hat ein großer Teil der Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Die übrigen Arbeiter sind, da der Betrieb nicht aufrechterhalten werden kann, entlassen worden.

Ein Streit der Lithographen und Steinrunder ist in Hannover ausgebrochen. Es stehen im Streit 177 Mann bei 13 Firmen, bisher hat eine Firma, die 10 Mann beschäftigt, den Tarif anerkannt.

Der Vorstand des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter hat die in Klagen weiterstreikenden Mitglieder seiner Organisation aus dem Verband ausgeschlossen! Das ist sicher eine sehr originelle Methode, um sich Unterstützungspflichten vom Halbe zu schaffen. Die Unternehmers haben zahlreiche Arbeiter ausgesperrt, die genauen Zahlen sind noch nicht ermittelt.

Streiks in Frankreich. In Paris greifen die Sejer und die Postunterbeamten. Zwischen ausständigen und arbeitswilligen Arbeitern der Seidenwebereien in Lyon kam es zu großen

Betrug. Der vorbehaftete Arbeiter Adolf Graubau...

Sittlichkeitsverbrechen. Unter verschlossenen Türen...

Bermischte Nachrichten.

Th. Unsere neue Sonne. Am 21. Februar 1901 wurde von D...

Kleine Chronik.

Eine brennende Grube.

Zu dem Grubenbrand in Dudweiler wird mitgeteilt...

Falsche Spione.

Dienstagabend wurden in Kiel von der Polizei zwei Personen...

Eine Frau als Pastor.

In Rosenbüll bei Tönning in Schleswig hatte vor kurzem...

Wohlfahrtsauschuß hat Deine Tätigkeit in den Departemen...

Burg, 19. April. (Gewerkschaftskartell.) Die morgige...

Halberstadt, 18. April. (Eine Mausehre schlimmer...

(Die Handschuhmacher) hielten gestern abend im Ge...

Discherleben, 19. April. (Der Name der Stadt.) Die...

Schönebeck, 18. April. (Der Verband der Hafen...

Wernigerode, 19. April. (Ein Mord) sollte im März...

Raiffeisen, Gendarmerie und Truppen Schritten ein...

Zum amerikanischen Grubenarbeiterstreik. Die amerika...

Verflechtung des Stukkateur-Verbandes mit der Dr...

Provinz und Umgegend.

Ein Beitrag zur Lage der Landarbeiter.

Dieser Tage ist eine Klage eines Landarbeiters gegen Amts...

Diesdorf, 19. April. (Die Versammlung des Sozial...

Diesdorf, 19. April. (Spurlos verschwinden) ist der...

Feuilleton.

(Nachdruck verboten)

Augustin Robespierre.

Roman aus der französischen Revolutionszeit.

Von Jan ten Brink. Deutsch von Georg Gärtner.

(53. Fortsetzung.)

20. Augustin zwischen zwei Feuern.

Seit dieser geheimnisvollen Entweichung des Marquis...

Die Flucht war von David organisiert worden...

Am Abend des 18. Nivose (7. Januar) 1794 war...

Als die beiden Brüder im Studierzimmer angelangt...

„Rein lieber Augustin, ich habe gute Nachrichten! Der...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Der spezielle Auftrag ist besonders ehrenvoll für Dich...

„Maximilien seufzte tief auf. „Wem ist heutzutage eigent...

„Maximilien kramte eine Weile unter seinen Papieren...

„Seute bin ich in Passy einer Verbindung ehemaliger...

„Augustin konnte vor Schrecken fast nicht mehr atmen...

„Sind gegen diese können schon Maßregeln getroffen?“

„Gewiß, der Ausschuß hat heute mittag an den Bürger...

(Fortsetzung folgt.)

Kirche zur Verlesung gebracht. Nachdem der Vorfall dem zuständigen Konfessionar in Kiel gemeldet worden war, hat nun Pastor Wolff seitens der Oberkirchenbehörde eine Zurechtweisung und Verwarnung wegen dieses bölligen „Novums“ erhalten.

Von Felsen erschlagen.

In einem Steinbruch bei Witten wurden durch stützende Gesteinmassen zwei Arbeiter getödtet.

Im Untersuchungsgefängnis erschossen.

Der 63 Jahre alte, aus Schillingen gebürtige Geschäftsreisende Ernst v. Frischken, der zuletzt in der Panierstraße 15 zu Witzdorf wohnte, war früher bei der Ostbahn Lademeister, wurde aber vor 4 Jahren entlassen, weil er krank. Seitdem war er als Reisender tätig, zuletzt 4 Monate lang in Magdeburg bei einem Jahnrechner. Hier zog er Geld für gekaufte Gebisse ein, verbrauchte es für sich und wurde deshalb wegen Unterschlagung verfolgt. In der vergangenen Woche kehrte der Gefangene nach Witzdorf zu seiner Familie zurück und suchte eine neue Stellung als Reisender bei einem Kaufmann. Er wurde aber im Kontor verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Am Abend tötete sich der Gefangene im Untersuchungsgefängnis durch einen Revolvererschuss in die Brust. Von anderer Seite wurden folgende Einzelheiten, die die Affäre in recht dunklen Lichte erscheinen lassen, gemeldet: Gegen Abend, kurz nach 8 Uhr, klopfte v. Frischken an seine Zelle an, und obwohl es gegen die Zurechtweisung war, sich in so später Stunde noch zu den Gefangenen zu begeben, ging der Gefangenenaufsicher M., der erst seit vier Wochen sein Amt im Witzdorfer Gefängnis versteht, doch hin, um nach dem Gefangenen zu sehen. Gleich darauf brachte ein Schuß von F. s. Jelle her, und völlig verblüfft und sattsamlos kam der Gefangenenaufsicher M. zurück. Als M. seine Fassung wiedergewonnen hatte, erzählte er, daß er beim Betreten der Gefängnisse mit dem Schlüsselbund unversehens seinen Dienstrevolver aus der Tasche gerissen, daß dieser sich sofort entladen und die Kugel v. Frischken getödtet hätte. Der Gefangenenaufsicher liegt jetzt vor Aufregung schwerkrank darnieder. Nach einer andern Version soll der Gefangene nach einer vertraulichen Unterredung mit dem Aufseher diesem die Schußwaffe entwinden und sie dann blitzschnell auf sich gerichtet und abgedrückt haben. Die Untersuchung über diese mysteriöse Affäre ist im Gange. Die Leiche wurde nach dem Berliner Schanzhaus gebracht.

Der Ausbruch des Vesuvs.

Aus dem Vesuvgebiet lauten die Nachrichten weiter sehr befriedigend. Aschenregen wird nur noch aus Somma Vesuviana gemeldet, nachgelassen bzw. ganz aufgehört hat dieser in St. Anastasia, Ottajano und Cercota. Ueberhaupt ist eine ständige Abnahme der Eruptionsercheinungen zu verzeichnen. In Ottajano wurden zwei Greise im Alter von 64 und 84 Jahren noch lebend unter den Trümmern hervorgezogen. In San Giuseppe wurden 126 Leichen geborgen, eine große Anzahl von Leichen liegt noch unter den Trümmern. Die in Verwesung übergegangenen Leichen verbreiten einen schrecklichen Geruch und erschweren die Reinigungsarbeiten.

Eine furchtbare Erdbebenkatastrophe.

Die Erde bebte! Ein Erdbeben jagt das andre. Dem Ausbruch des Vesuv folgte das Erdbeben auf der Insel Formosa, und jetzt hat sich wieder ein furchtbares Erdbeben im Westen der Vereinigten Staaten von Nordamerika ereignet. Am schwersten ist San Francisco, die Stadt des ewigen Frühlings, betroffen worden; ein großer Teil der Stadt ist zerstört. Tausende von Menschen haben ihr Leben dabei verloren.

Da fast alle Telegraphenverbindungen infolge der Katastrophe zerstört worden sind, ist es zurzeit unmöglich, ein genaues Bild von dem Umfang der Katastrophe sowie genaue Angaben über die Zahl der Opfer zu erhalten. Soviel steht aber schon jetzt fest, daß das Unglück eine der schwersten Erdbebenkatastrophen ist, die die Geschichte überhaupt zu verzeichnen hat.

Die Katastrophe ereignete sich Mittwoch früh, vermutlich um 5 Uhr 15 Minuten, da alle Uhren in San Francisco um diese Zeit stehen geblieben sind. Das Erdbeben erstreckte sich über Hunderte von Quadratmeilen. Der Verlust an Menschenleben wird auf mehrere tausend geschätzt, mehrere hundert Bruchname sind bereits aufgefunden. Das Erdbeben zerstörte in San Francisco eine große Anzahl Gebäude, darunter das große Hospital und das stehende Millionen Dollar kostende Stadthaus. Die elektrische und Gasbeleuchtung verjagte, die Hauptwasserleitungen brachen. Die Feuerwehr, die sich infolgedessen ohne Wasser sah, sprengte eine Anzahl brennender Gebäude mit Dynamit in die Luft. Eine drei Meilen lange Eisenbahnstrecke wurde von einer

sich öffnenden Erdspalte verschlungen und sich die Telegraphenbrüche mit sich. Der größte Schaden ist an der Wasserfelle San Francisco und östlich und südlich des Postamts angerichtet.

Kurz nach 8 Uhr vormittags ereignete sich ein zweites Erdbeben, welches die Panik erhöhte. Die Einwohner flüchteten auf die Straßen. Das Erdbeben war jedoch nur von kurzer Dauer.

Der ganze vom Meer aus sichtbare Teil von San Francisco steht in Flammen. Das Feuer greift rasch um sich, und wenn kein Westwind einsetzt, droht die Gefahr, daß die ganze Stadt niederbrennt. Da es an Wasser fehlt, wurden Häuser in die Luft gesprengt, um den Flammen Einhalt zu tun. Ganze Straßenzüge sind durch die Trümmerhaufen versperrt. Ein schlafträgliches Hotel stürzte ein, dabei wurden 70 Personen unter den Trümmern begraben, und diese gingen dann in Flammen auf. In gleicher Weise fiel ein großes Wohnhaus, wobei etwa 80 Personen ums Leben kamen. Das Palace Hotel steht in Flammen. Im Süden der Market Street flog ein großer Gasbehälter auf, wodurch eine große neue Feuerbrunst veranlaßt wurde. Die Ventile sind geschlossen. In den Straßen patrouillieren Truppen, die Befehl haben, jeden, der beim Diebstahl betroffen wird, niederzuschleien. Die Postbehörde erklärte, sie hätte Mitteilungen erhalten, denen zufolge die Katastrophe in San Francisco Tausende von Menschenleben gefordert hätte. Nachmittags sind bereits 400 Tote nach einer in der Gite errichteten Leichenhalle gebracht worden. Es treffen fortgesetzt neue Leichenansammlungen ein. Das ganze Stadtviertel, das durch die Market Street und Folsom Street sowie die dritte und neunte Straße begrenzt wird, ist ein Flammenmeer.

Ein Telegramm aus Sacramento meldet, daß eine drei Meilen lange Strecke der Eisenbahn zwischen der Stadt Saffun und Venicia versunken ist. Durch das Erdbeben sind acht Häuserblöcke des Fabrikviertels, welches den nordöstlichen Teil San Francisco bildet, zerstört worden; geringerer Schaden ist in allen übrigen Teilen der Stadt angerichtet worden.

Die Stadt Sacramento ist von der Erdbebenkatastrophe ebenso heimgesucht wie San Francisco. Das Erdbeben, das San Francisco heimstürzte, erstreckte sich, wie der Seismograph des Wetterbureaus in Washington anzeigt, über den ganzen Kontinent. Der Apparat vibrierte noch am Mittag und zeigt damit an, daß das Erdbeben noch nicht aufgehört hatte.

Aus Wien wird gemeldet: Die Erdbebenwarte von Laibach meldete Mittwoch nachmittag von 2.25 Uhr bis 2.59 Uhr Aufzeichnungen von einem starken verheerenden Erdbeben, das stärker gewesen sein mußte als jenes von Formosa.

San Francisco, das 400 000 Einwohner zählt, ist die größte Stadt des Staates Kalifornien und der wichtigste Handelsplatz an der Westküste Amerikas. Es liegt auf einer 48 Kilometer langen und 10 Kilometer breiten Landzunge und wird im Osten von der San Francisco-Bai begrenzt, die durch die „Goldene Pforte“ mit dem Stillen Ozean in Verbindung steht. Die Stadt erstreckt sich von der Bai die Abhänge mehrerer Hügel hinan, die bis 110 Meter hoch sind. San Francisco ist eine Stadt jüngsten Ursprungs. Die erste europäische Niederlassung wurde dort im Jahre 1776 von Franziskanermönchen angelegt. Der Aufschwung der Stadt datiert vom Jahre 1848, in dem zuerst Gold in Kalifornien entdeckt wurde. Noch in jenem Jahre brachte es San Francisco auf 1000 Einwohner, 1852 zählte man dort schon 34 776 Einwohner, darunter nur 5245 weibliche. Heute beträgt die Einwohnerzahl mehr als 400 000.

Vereins-Kalender.

Fabrikarbeiterverband. Versammlungen finden statt: Sonntag den 21. April, abends 8 Uhr, Bezirk Neustadt im Lokale des Herrn Küster, Fabrikstr. 5-6; Bezirk Sudenburg bei Albert Naumann, St. Michaelstr. 16. Sonntag den 22. April, vorm. 11 Uhr, Bezirk Alie Neustadt bei Wilh. Ladenmacher, Ottenbergstr. 13. Die Generalversammlung sämtlicher zur Verwaltungsstelle Magdeburg gehörenden Bezirke findet am Sonntag den 6. Mai, vorm. 1 Uhr, im „Dreitaferbund“, Gr. Sturckstr. 7, statt.

Verband der Kupferschmiede. Sonntag den 22. April, vorm. 11 Uhr, Extraversammlung bei G. Böhm, Kl. Klosterstr. 15-16. 598

Neue Rentkammer Arbeiter-Versicherung u. Säugernachh. Freitag den 20. April gemeinsame Probe.

Semboorf. Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Semboorf. Die Mitgliederversammlung findet am Sonnabend den 21. April, abends 8 Uhr, statt.

Schneebeck. Zentralrentkammer der Wagenbauer. Sonnabend den 21. April Versammlung im „Bürgerhaus“.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00—22,00 Speldeböhen (welche) 23,00—38,00. Winsen 24,00—60,00. Erbsenkartoffeln 4,50—5,50. Mischkroh 4,50—5,50. Krummstroh 3,50 bis 4,00. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,97—1,08, von der Seele 1,60—1,80. Rindfleisch 1,40—1,50. Schweinefleisch 1,80—1,80. Kalbfleisch 1,50—1,60. Hammelfleisch 1,40—1,80. Speck (geräuchert) 1,80—1,80. Schmalz 2,40 bis 2,70. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,40—4,00.

Viehmarkt.

Magdeburg, 18. April. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 174 Rinder, 132 Kälber, 104 Schafvieh etc., 1051 Schweine. Verkauf für 100 Pf. Lebendgewicht: a) vollfleischige 39—41 Mk., b) mäßig genährte junge und ältere 32—35 Mk., c) gering genährte bis zu 5 Jahren 37—40. b) vollfleischige jüngere 34—36, c) mäßig genährte jüngere und ältere 31—33 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 27—30 Mk. Färren und Kühe: a) vollfleischige, ausgewählte Färren höchsten Schlachtwertes — Mk., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 31—33 Mk., c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färren 27—30 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färren 24—26 Mk., e) gering genährte Kühe und Färren 21—23 Mk. Kälber: a) feinste Mast 52—57 Mk., b) mittlere 44—50 Mk., c) geringe Saugkälber 35—42 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) — Mk. Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 36—38 Mk., b) ältere Mastlamm 32—34 Mk., c) mäßig genährte 27—32 Mk. Schweine: (mit 20 Prozent Tara) a) vollfleischige 72 Mk., b) fleischige 68—71 Mk., c) gering entwickelte 64—67 Mk., d) Sauen 62—67 Mk. Verkauf und Tendenz: Schweine lebhaft, sonst langsam. Ueberhand: 30 Rinder, 6 Kälber, 18 Schafe, 160 Schweine.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null			
Zser, Oger und Moldau.			
Ort	Datum	Wasserstand	Veränderung
Jungbunzlau	16. April	+ 0.70	17. April + 0.58
Lann	"	+ 0.40	" + 0.43
Widweiss	"	+ 0.56	" + 0.64
Prag	"	"	"

Ausruht und Saale.

Ort	Datum	Wasserstand	Veränderung
Stralsund	17. April	+ 2.25	18. April + 2.20
Weißensand Untp.	"	+ 1.18	" + 1.10
Erzfa	"	+ 2.66	" + 2.56
Wilsleben	"	+ 2.42	" + 2.34
Bernburg	"	+ 1.98	" + 1.88
Salbe Oberpegel	"	+ 1.86	" + 1.80
Salbe Unterpegel	"	+ 1.80	" + 1.68

Mulde.

Ort	Datum	Wasserstand	Veränderung
Deffau	17. April	+ 0.94	18. April + 0.95

Elbe.

Ort	Datum	Wasserstand	Veränderung
Harzburg	16. April	+ 0.80	17. April + 0.73
Brandeb	"	+ 1.10	" + 1.11
Melmit	"	+ 0.77	" + 0.81
Leimzig	"	+ 0.60	" + 0.61
Niffis	17.	+ 1.09	18. + 1.26
Dresden	"	- 0.42	- 0.35
Torgau	"	+ 1.84	+ 1.87
Wittenberg	"	+ 2.56	+ 2.56
Hopkai	"	+ 2.07	+ 2.05
Barby	"	+ 2.44	+ 2.40
Schneebeck	"	+ 2.29	+ 2.28
Magdeburg	18.	+ 2.03	19. + 2.08
Langermünde	17.	+ 3.03	18. + 3.02
Wittenberge	"	+ 2.72	" + 2.72
Brandeb	"	+ 2.27	" + 2.22
Lauenburg	"	+ 2.28	" + 2.22

Fleisch-Offerte. 3566

Kindfleisch, Schmorfleisch	75 Pf.	Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch	75 Pf.
Rouladen	85 "	Rothwurst, Leberwurst und	
Kochfleisch	65—70 "	Sülze	75 "
Schweinefleisch, Schinken	80 "	Bratwurst	100 "
Ausgeschälten Naden und		Harte Bratwurst	100 "
Karbonade	85 "	Schinkenwurst	100 "
Kalbsteif	55—65 "	Schinkenped	100 "
Hammelfleisch	65 u. 70 "	Schmalz	80 "

Rohes Schinken, im ganzen Pfd. 1.20 Mk.
im Ausschnitt 1.30 "

Schwibbogen 3, in der Gde.

Zum Schulanfang!
Ein großer Posten
Knaben-Anzüge
für jedes Alter, in vorzüglichen Qualitäten, zu staunenerregend billigen Preisen.
ca. 150 Stück Knaben-Anzüge
für das Alter von 3 bis 5 Jahren
Wert ca. 6.00 bis 8.50 Mk. das Stück
Stück für Stück **4.05 Mk.**
nur solange Vorrat.

Gelegenheitskaufgeschäft
ADOLPH MICHAELIS
Ratswageplatz 1
Eingang Apfelstrasse erste Tür.

Santa Lucia feurig-süßer Kraft-Rotwein
3/4 Liter mit Flasche 1.50 und 2.— ist als **Frühstücks-Wein** wie für **Blutarme und Schwache konkurrenzlos!** 3564

Aerztlich empfohlen. Zu haben in allen besseren Kolonialwaren- u. Drogen-Handlungen.

Wasche mit **Henkel's Bleich-Soda** überall zu haben.

3131

Guter Herr- u. Damenrad, 1 neues, ff. Zuckerkart. 2.50, Brennschiff, tab. nähr. Mischmasch, Kartoffeln Magnum Bon. 2.00, Doppelft., 45 Mk. Wilhelmstr. 19. Kischhofstr. D. Witte, Weinbergstr. 49. Tel. 4304

Mittrauisch betrachten Sie die Billigkeit meiner Waren und doch erhalten Sie vom **Guten das Beste** in Butter, Schmalz, Margarine, Käse, Wurst, Corned beef, Lachs, Zucker, Kaffee usw.
Wagners Butterhalle
Sudenburg, Rottersdorferstr. 10

Waschen Sie schon mit **Kluges Seifensalmiak?** 445
Burg, Breitweg 7
Lager fertiger Säрге
in jeder Ausführung
Möbel in allen Holzarten empfiehlt 2367
G. Stollberg.

Schweinefleisch billiger!
Heute Freitag sowie morgen Sonnabend offeriere:
Pa. Schweinefleisch Schinken, Naden, Karbonade } a Pfd. 75 Pf. nur
hiesige Schlachthausware Bauch, Rippe a Pfd. nur 70 Pf.

Pa. Rindfleisch Schmorstück } a Pfd. 65—70 Pf.
Roastbeef }
Suppenfleisch a Pfd. 50—60 Pf.

ff. Kalbfleisch Neue Rinder } a Pfd. von 50 Pf. an
Brust a Pfd. 45—55 Pf.

Prima dicke Blumen a Pfund 70 Pf.
bei 10 Pfund a Pfund nur 67 Pf. 3568

Richard Bosse nur Gr. Marktstraße 20

Wasche mit LUHN'S wäscht am besten

Dem berechnigten Chemiker untersucht.

Angesichts unter Kontrolle des kgl. Sanitätsr. Dr. H. Lüdicke, Halle a. S.

Wer seine Kinder lieb hat gibt ihnen **Karl Koch's** langjährig bewährten **Nährzwieback.**

Karl Koch's Nährzwieback bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt den Knochenbau und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch.

Zu haben in Läden und Bäckereien à 10, 20, 30 und 60 Pf. bei: W. Lamm jr., Tischlerbrücke Hans Eger, Breitenweg 188 G. F. Grubig, Breitenweg 120 Gottfried Pöhlcher, Breitenweg 77 und 263

Albert Müsche Nachf., Breitenweg 249 u. Sutfuß-Adolfstr. 40 Mag. Grubig, Jakobstraße 6 Gustav Hubert, Jakobstraße 16 Otto Buchel, Flora - Drogerie, Neustädterstraße 25b Dr. Otto Krause, Löwen-Apothek, Altemarkt 11.

In Südburg: S. Stachloff, Halberstädterstr. 113 S. Dankwort (Alte Apotheke) M. Pirke (Hohenzollern-Apothek) Gust. Schubert, Halberstädterstraße 107.

In Neustadt: Gustav Graf, Lüberstraße 31 Friedr. Paul, Lüberstraße 101 Paul Albrecht, Lüberstraße 17 G. Wehmeyer, Schmidtstraße 15 Hermann Lager, Lüberstraße 24

In Wilhelmstadt: S. Senf, Gr. Diederichstraße 227 Mag. Kühne, Annaststraße 1 Otto Freitag, Annaststraße 47

In Budau: Hans Kohnmann, Rosen-Apothek, Alte, Thiemede, Grusonstraße

In Fernerleben: Rud. Zinnert und in der Hauptmehlgerade Ab. Sauer Nachf., Schönebekerstraße 103 M185

Hüte werden zum 3406 **Modernisieren** angenommen. Preiswerte Zustaten, wie: Blumen, Säuber, Federn, Hut-Fassons.

J. Brilles Neustadt.

10 000 junge **Kanarienhähne** und Weibchen, Zucht 1906, sowie alte Hähne und alle Weibchen laufe ich sofort. 1406

F.H. Oehlert, N. Neustadt, Endelstr. 1

Stabfedern empf. die Buchbdlg. Volkstimme.

Feinstes frisches **Wurstschmalz 55 Pf.**

Pfund nur 5 Prozent Rabattsparten 3544

Butterhandlg. Edelweiss 40 Südburg 40 Halberstädterstraße 40

Wischerleben.

Allg. Ortskrankenkasse für verschiedene Berufe.

Die Rollenmäßige 3543

April- Generalversammlung

findet am Sonntag den 21. April cr., abends 8 1/2 Uhr.

im großen Saale des **Goldenen Anker** statt, und werden die Vertreter der Kassenglieder und der Arbeiter hiermit eingeladen und um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Tages-Ordnung:

1. Jahres- u. Rechnungsbilanz 1905. 2. Bericht des Ausschusses über die Führung der Jahres-Rechnung. 3. Jahres-Erklärung. 4. Entschluß für ein angelegentliches Nachbühnenmitglied (Arbeitnehmer) 5. Abänderung des § 43 Abs. 3 und 4 des Statuten. 6. Beschluß.

Wischerleben, den 17. April 1906. Der Vorstand.

Tüchtige Schlosser finden dauernde und lohnende Beschäftigung. 3550 **Metall-Industrie Schönebeck A.-G. Schönebeck a. E.**

Entsch. Fahrabf. 38 Wlt. 3. vert. Tüchtigen Schlosser sucht Harststraße 2, b. 9 Tr. Bohramm. A. Rosenberg, Ankerstr. 1.

Sozialdemokratischer Verein für Magdeburg und Umgegend.

Bezirks-Versammlungen finden statt:

Montag den 23. April Bezirk Budau, im „Thalia-Saal“, Dorotheenstr. Bezirk Südburg, in der „Berthler Bierhalle“.

Dienstag den 24. April Bezirk Alte Neustadt, in der „Krone“, Molkenstr. Bezirk Neue Neustadt, im „Weißen Hirsch“. Bezirk Magdeburg-Süd, in der „Bürgerhalle“. Bezirk Magdeburg-Nord, in der Zentralherberge. Bezirk Wilhelmstadt, im „Luisenpark“.

Frauen- u. Mädchen-Bildungsverein **Versammlung** Montag den 23. April 1906, abends 8 1/2 Uhr bei Lütchefeld, Knochenhauerufer 27/28.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Arbeitersekretärs Mößinger über „Die Frau und die Arbeit“. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Metallarb.-Verband 460 **Verwaltung Magdeburg.** Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.

Versammlungen finden statt: Sonntag den 21. April, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Magdeburg (innere Stadt mit Friedrichstadt und Werder) in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27/28.

Tagesordnung: 1. Nationalökonomischer Vortrag des Genossen Dr. Aug. Müller über „Das Einkommen und seine Verteilung“. 2. Stellungnahme zur ordentlichen Generalversammlung am 29. d. Mts. im „Luisenpark“. 3. Verschiedenes.

Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Spielgartenstr. **Tagesordnung:** 1. Die Ausstellung für Arbeiterschutz in Charlottenburg und Verwandtes. Referent: Kollege E. Hoffmann. 2. Stellungnahme zur ordentlichen Generalversammlung am 29. d. Mts. im „Luisenpark“. 3. Verschiedenes.

Die Mitglieder der lokalen Krankenkasse werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Mittwoch den 25. d. M., abends 8 Uhr, eine Besprechung derselben in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27/28, stattfindet, um einen Antrag für die Generalversammlung herbeizuführen, ob die Krankenkasse nach Inkrafttreten der Erwerbslosen-Unterstützung vom 1. Juli d. J. an noch weiter bestehen soll. Wir bitten um zahlreichen Besuch der vorstehenden Versammlungen. Die Verwaltung.

Achtung! Installateure und Klempner. Achtung! Sonntag den 22. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Volk, Tischlerkrugstraße 22

Oeffentliche Versammlung aller Installateure und Klempner.

Tagesordnung: 1. Die Ergebnisse der Statistik. 2. Stellungnahme zur Maifeier. 3. Verschiedenes. Kollegen! Agitiert lebhaft in jeder Werkstatt unserer Berufe. Die Versammlung muß von allen Kollegen besucht werden. Der Einberufer.

Magdeburg und Umgegend Sonntag den 21. April, abends 5 1/2 Uhr, im „Dreikaiserbund“, Große Storchstraße 7

Oeffentliche Zimmerer-Versammlung

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Maifeier. 2. Der Ausschreibereis und seine Folgen für die Zimmerer. 3. Zurückgehaltener Antrag Eracau von der letzten öffentlichen Versammlung am 28. Februar. 4. Verschiedenes. 3563 Zahlreichen Besuch erwartet Hermann Voigt II.

Konsumverein für Gommern und Umgegend. Die Lagerhalterstelle ist besetzt, für die Bewerbungen besten Dank.

Der Vorstand und Aufsichtsrat. L. A. Friedrich Enderling.

Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter **Verwaltung Magdeburg** Bureau: Knochenhauerufer 28. — Fernsprecher 404.

Versammlungen finden statt: Sonntag den 21. April, abends 8 Uhr

Bezirk Neustadt im Lokale des Herrn Rißter, Fabrikstr. Bezirk Südburg bei Albert Raumann, St. Michaelstr. 16.

Sonntag den 22. April, vormittags 11 Uhr Bezirk Alte Neustadt bei W. Badenmacher, Ottenbergstr. 18.

Tagesordnung: 1. Vortrag. — 2. Verbandsangelegenheiten. — 3. Verschiedenes. Referenten sind die Genossen Mößinger, Nitsch und Frenzel. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Verwaltung.

Hafenarbeiter und Binnenschiffer Freitag den 20. April, abends 8 Uhr, im Lokal „Dreikaiserbund“, Große Storchstraße 7

Oeffentl. Versammlung **Tagesordnung:** „Deutschtum heißt Freiheit“. Referent Kollege Karl Görlitz-Hamburg. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Einberufer.

Töpfer! Sonntag den 21. April 1906, abends 8 Uhr in Böhmers Lokal

Mitglieder-Versammlung. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand.

Arbeiter-Gesangverein Männerchor — Farmersleben. Freitag den 27. April, abds. 8 Uhr, in Stillers Stablflement

Humoristischer Abend ausgeführt von der Volksängergesellschaft Strzelewicz, Berlin.

Programme sind im Vorverkauf zu haben bei sämtlichen Mitgliedern, in beiden Konsumvereinslagern und im Lokal des Herrn Stiller zum Preise von 25 Pfennig. Hierzu ladet ein Der Vorstand.

Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands

Mitgliedschaft Schönebeck Am Sonntag den 21. April, im Saale der „Tonhalle“

9. Stiftungsfest bestehend in

Konzert, Gesang, Festrede und Ball unter Mitwirkung des Hafenarbeitergesangvereins „Sangesfreund“. Einladungsarten sind zu haben bei den Unterkassierern, beim Vorstand und im „Wiener Restaurant“. 3564 Hierzu ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

Walhalla. Bester Spielplan in dieser Saison! Abends täglich köstlicher Erfolg.

Stadt-Theater. Freitag den 20. April 1906. Die Afrikanerin.

Zu der Volksvorstellung „Der Hefser“ am Sonntag den 22. April sind noch Plätze vorhanden.

Hofjäger Gastspiel des Original-Kölnischer Volkstheaters (Dir. A. Baum u. H. Prang)

Tränen gelacht werden allabendlich über Strohwitwer Tünnen!

Freie der Plätze im Vorverkauf wie bekannt.

Wilhelm-Theater. Freitag den 20. April 1906. Der Weg zur Hölle.

Sonntag den 21. April 1906. Die Doppelhehe.

Im Zirkus täglich abends 8 Uhr: 1? Sein Verfallnis oder Die Verführerin

Hierauf: Ein Abend in einem Berliner Singeltangel Rentier Vohnhummel. M. Samit

Standesamt. Magdeburg-Alstadt, 18. April. Aufgebote: Postkassierin, Otto Urban hier mit Hedwig Engelhardt in Althaldensleben. Hauptmann Stanislaus von Jerin mit Anna Claus geb. Forstmann in Bad Harzburg. Former Friedrich Wilhelm Schrader in Stahfurt mit Emma Sophie Wijnemann in Förderstedt. Fleischer Albert Franz Schmidt mit Auguste Selig in Südburg. Schreiber Gust. Heim. Friedr. Alpers hier mit Johanne Marie Martha Schulze in Drumbly. Maschinenschlosser Alfred Penn mit Helene Pohl. Geschäftsführer Johann Cernal mit Anna Nebach. Kaufm. Karl Aug. Heim. Köhler in Gr.-Nedeleben mit Olga Elise Ilse in Althaldensleben. Heizer Karl Krause mit Hedwig Lieber. Kunstmalers Hans Meyer hier mit Franziska Bressel in Bresslau.

Eheschließungen: Prokurist Bernhard Kroening mit Ella Schulze. Arbeiter Max Hartmann mit Hedwig Richter. Eisenarb. Otto Fergand mit Hedwig Dilla. Sergeant Karl Ribbe mit Elisabeth Albers. Geburten: Gertrud, T. des Arbeiters Wäffertiers Wilhelm Werner. Erich, Vogel, 1 J.

Todesfälle: Hermann, S. des Arbeiters Hermann Hinge, 7 M. Kurt, S. des Bauarbeiters Andreas Achilles, 5 M. Erich, S. des Hilfsrotenführers Gustav Pohl, 3 M. Marie, T. des Arbeiters Robert Wäffertiers Wilhelm Werner. Erich, Vogel, 1 J.

Todesfälle: Anna, T. des Schlossers Paul Jawschki, 2 J. Arbeiterinvalide Christian Krause, 74 J. 10 M. Karl, S. des Arb. Gustav Hellige, 1 J. 1 M. Budau, 18. April.

Aufgebote: Eisenbahnarbeiter Wilhelm Heinrich Haenze mit Martha Müller.

Eheschließungen: Schulm. Karl Werner mit Luise Endemann. Konfist.-Bur.-Diätar Otto Müller mit Frida Baume. Geburten: Otto, S. des Heizers Otto Voigt.

Todesfälle: Tischler Robert Mejer, 58 J. 11 M. 20 J. Neustadt, 18. April.

Aufgebote: Architekt Wilhelm Christian Mack in Degerloch mit Johanne Marie Jaehjer hier. Eheschließungen: Arbeiter Emil Lebbin mit Martha Haute. Schlosser Gustav Meyer mit Anna Ehrig. Fabrikarbeiter Josef Pradel mit Anna Vielh. Arbeiter Herr. Schmidt mit Anna Thebes. Geburten: Elsa, T. des Konf. Paul Karling. Anna und Martha, Zwillingst. des Steingutbrechers Michael Pilarczyk. Paul, S. des Arb. Wilhelm Keeling. Otto, S. des Schlossers Ernst Knoblauch. Todesfälle: Anna und Martha, Zwillingst. des Steingutbrechers Michael Pilarczyk, 1 J. Spediteur Georg Claassen, 47 J. 5 M. 12 J. Charlotte, T. des Buchdruckmaschinenmeisters Eduard Kühnast, 1 J. Emma Hartmann, unversehrl., 22 J. 7 M. 22 J.

Todesfälle: Anna, T. des Schlossers Friedr. Bode. Helene, T. des Arb. Gust. Wintler. Kurt, S. des Schuhmanns Gustav Siegmund. Paul, S. des Arbeiters Hugo Herrmann. Otto, S. des Rutschers Theob. Freyhof, Ernst, S. des Eisenbr. Willi Mittelstedt. Justus, S. des Arbeiters Karl Horn. Bruno, S. des Eisenh.-Hilfschaffn. Wilhelm Poggensee. Margot, T. des Jungen Otto Kowatz. Erich, S. des Arbeiters Otto Knaut.

Todesfälle: Wwe. Karoline Vogt geb. Walther, 77 J. 11 J. Feldweibel a. D. Hermann Klentge, 69 J. 3 M. 23 J. Wwe. Dorothee Straube geb. Hallmann, 65 J. 6 M. 3 J. Dienstmädchen Frida Dan, unversehrl., 19 J. 8 M. 15 J. Paula Mahrenholz, unversehrl., 19 J. 4 M. 9 J. Steinseher Wilhelm Körber, 54 J. 11 M. 18 J. Friz, S. des Händl. Friedrich Kadel, 1 J. 7 M. 3 J. Gustav, S. des Eisenbr. Gustav Schindler, 1 J. 1 M. 15 J.

Aufgebote: Schuhm.-Meister Johann Georg Ludwig Dackstein mit Witwe Josphich, Marie Charlotte Friederike Elisabeth geb. Mensch, Sergeant 4. Komp. 66. Inf.-Regt., Friedrich Otto Zaeger mit Emma Luise Schwente. Mätelmeister Mich. Greif mit Johanna Paulina Hummel.

Geburten: Willi, S. des Schmieds Herr. Rups. Heinrich, S. des Schmieds Heinrich Lichtenberg. Else, T. des Schlossers Paul Jawschki. Gertrud, T. des Arb. Martin Wiltz. Emma, T. des Kräftigen Wilhelm Dietrich. Edwin, S. des Rutschers Rud. Wahrs. Ernst, S. des Arbeiterinval. Bernhard Jillemann. Luise, T. des Arb. Friedr. Gebhardt.

Todesfälle: Else, T. des Schlossers Paul Jawschki, 2 J. Arbeiterinvalide Christian Krause, 74 J. 10 M. Karl, S. des Arb. Gustav Hellige, 1 J. 1 M. Budau, 18. April.

Aufgebote: Eisenbahnarbeiter Wilhelm Heinrich Haenze mit Martha Müller.

Eheschließungen: Schulm. Karl Werner mit Luise Endemann. Konfist.-Bur.-Diätar Otto Müller mit Frida Baume. Geburten: Otto, S. des Heizers Otto Voigt.

Todesfälle: Tischler Robert Mejer, 58 J. 11 M. 20 J. Neustadt, 18. April.

Aufgebote: Architekt Wilhelm Christian Mack in Degerloch mit Johanne Marie Jaehjer hier.

Eheschließungen: Arbeiter Emil Lebbin mit Martha Haute. Schlosser Gustav Meyer mit Anna Ehrig. Fabrikarbeiter Josef Pradel mit Anna Vielh. Arbeiter Herr. Schmidt mit Anna Thebes.

Geburten: Elsa, T. des Konf. Paul Karling. Anna und Martha, Zwillingst. des Steingutbrechers Michael Pilarczyk. Paul, S. des Arb. Wilhelm Keeling. Otto, S. des Schlossers Ernst Knoblauch.

Todesfälle: Anna und Martha, Zwillingst. des Steingutbrechers Michael Pilarczyk, 1 J. Spediteur Georg Claassen, 47 J. 5 M. 12 J. Charlotte, T. des Buchdruckmaschinenmeisters Eduard Kühnast, 1 J. Emma Hartmann, unversehrl., 22 J. 7 M. 22 J.

Aufgebote: Buchbinder Albin Meyer in Niederbörsch mit Frida Rittne hier.

Eheschließungen: Schlosser Erich Bergmann mit Anna Werner. Ingenieur Walter Jordan in Schönebeck mit Olga Betschhorn hier. Schmiedemeister Friedrich Nische in Queckhörn mit Martha Hädort hier. Lithograph Friedrich Böhr in Linden mit Lucie Schäfer hier. Vermacher Feig Horst mit Elise Koch. Lackierer Otto Liebergelb mit Ida Bernhardt in Ruhla.

Geburten: T. des Bergarb. Friedrich Hecht. T. des Arbeiters Friedrich Richter. T. des Lehrers Otto Schöbel.

Todesfälle: Arbeiter Anton Petrovski, 47 J. 10 M. 22 J. Witwe Dorothee Strauch geb. Breichthum, 77 J. 10 M. 27 J. Walter, S. des Maurers Fritz Zeidler, 4 M. 20 J. Witwe Dorothee Reuter geb. Funke, 68 J. 3 M. 25 J. Emma, T. unehelich, 1 J. 7 M. 10 J.

Halberstadt. **Aufgebote:** Lehrer Oswald Artur Selle hier mit Friederike Ida Frida Meuride in Zappendorf. Unteroffizier Christian Otto Funke hier mit Anna Rahmann in Dingelstedt.

Geburten: S. des Lokomotivheizers Friedrich Brink. T. des Polzeiregiments Edmund Ewert. T. des Konduktors Gustav Behne. S. des Maschinisten Gustav Hochhaus. T. des Arbeiters Hermann Fein. S. des Handschuhdrehers Emil Specht. S. des Steinsehers Albert Funke. S. des Arbeiters Ernst Kapmann.

Todesfälle: Hermann, S. des Arbeiters Hermann Hinge, 7 M. Kurt, S. des Bauarbeiters Andreas Achilles, 5 M. Erich, S. des Hilfsrotenführers Gustav Pohl, 3 M. Marie, T. des Arbeiters Robert Wäffertiers Wilhelm Werner. Erich, Vogel, 1 J.